Nachrichten

Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

1/2014
44. Jahrgang

Raumplanung im Klimawandel

Schutz, Anpassung oder Transformation?
Jörn Birkmann

Region Stuttgart: Anpassung an den Klimawandel
Thomas Kiwitt

Klimagerechte Verantwortung
Walter Kufeld

REGKLAM – Integrierte Klimaanpassung in Dresden
Bernhard Müller, Alfred Olfert

KLIFF-IMPLAN: Handlungsempfehlungen für Niedersachsen
Jan Spiekermann

Interview: Lokale Wissensordnungen in der Klimapolitik

www.arl-net.de

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Arbeitsberichte

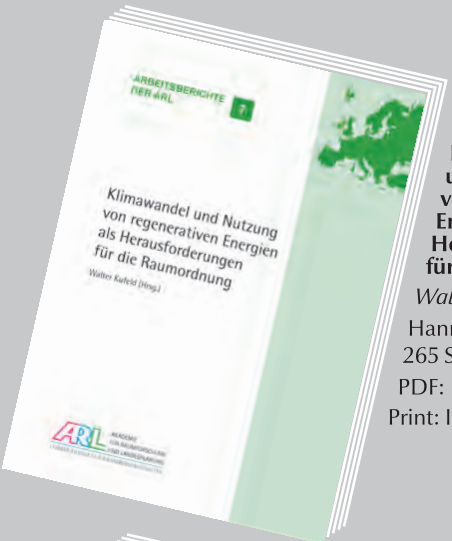
AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

4

Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen

Theophil Weick, Stefan Germer, Joachim Albrech, Roland Wernig (Hrsg.)

Hannover 2012
129 Seiten, Abb.
PDF: ISBN 978-3-88838-377-9
Print: ISBN 978-3-88838-378-6



7

Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung

Walter Kufeld (Hrsg.)

Hannover 2013
265 Seiten, Abb.
PDF: ISBN 978-3-88838-383-0
Print: ISBN 978-3-88838-384-7

5

Governance-Prozesse für erneuerbare Energien

Britta Klagge, Cora Arbach (Hrsg.)

Hannover 2013
113 Seiten, Abb.
PDF: ISBN 978-3-88838-379-3
Print: ISBN 978-3-88838-380-9

8 NEU

Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten

Patrick Küpper, Meike Levin-Keitel, Friederike Maus, Peter Müller, Sara Reimann, Martin Sondermann, Katja Stock, Timm Wiegand (Hrsg.)

Hannover 2014
260 Seiten, Abb.
PDF: ISBN 978-3-88838-385-4
Print: ISBN 978-3-88838-386-1

6

Zukunft der Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen

Sabine Baumgart, Thomas Terfrüchte (Hrsg.)

Hannover 2013
77 Seiten, Abb.
PDF: ISBN 978-3-88838-381-6
Print: ISBN 978-3-88838-382-3

9

Tourismus und Regionalentwicklung in Bayern

Hubert Job, Marius Mayer (Hrsg.)

Hannover 2013
252 Seiten, Abb.
PDF: ISBN 978-3-88838-387-8
Print: ISBN 978-3-88838-388-5

Alle Bände stehen zum kostenfreien Download unter **shop.arl-net.de** bereit. Dort kann auch eine kostenpflichtige gedruckte Ausgabe bestellt werden.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)
Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
Hohenzollernstr. 11 • 30161 Hannover
Tel. +49 511 3 48 42-13 • Fax +49 511 3 48 42-41
berswordt@arl-net.de • www.arl-net.de

Vorwort

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Leibniz-Forum für Raumwissenschaften, wird als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft alle sieben Jahre evaluiert, um die Berechtigung ihrer weiteren Förderung durch Bund und Länder zu überprüfen. Die nächste Evaluierung steht im Januar 2015 an. Das Jahr 2014 wird daher ganz wesentlich von der Vorbereitung darauf geprägt sein. Einerseits sind Evaluierungen wenig beliebt, weil sie einen sehr großen Arbeitsaufwand mit sich bringen, der in gewisser Weise zusätzlich zum Alltagsgeschäft geleistet werden muss und bisweilen dessen reibungslosen Ablauf sogar beeinträchtigen kann. Andererseits sind sie enorm hilfreich: Man müsste sie erfinden, wenn es sie nicht schon gäbe! Die Vorbereitung auf eine Evaluation bietet die Chance, die eigene Arbeit zu reflektieren, eingefahrene Routinen auf den Prüfstand zu stellen, neue Herausforderungen zu erkennen und anzunehmen. Vor allem aber bietet sie auch die Möglichkeit, sich der eigenen Hauptaufgaben und Kernkompetenzen zu vergewissern.

In diesem Sinne muss es darum gehen, den schon vor einiger Zeit begonnenen Weg der Profilierung der ARL als Einrichtung der inter- und transdisziplinären Forschung und des Transfers zwischen Forschung und Praxis fortzusetzen. Das besondere Merkmal der ARL ist ihr Netzwerkcharakter. Als Akademie vereint sie Fachleute aus Wissenschaft und Praxis aus den Bereichen Raumforschung, Raumplanung und Raumentwicklung. Ihre Arbeitsweise ermöglicht den Diskurs zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen, die raumrelevante Fragestellungen bearbeiten, sowie zwischen Forschung und Praxis der Raumgestaltung und -planung. Alle Arbeitsweisen und „Produkte" der Akademie müssen diesen spezifischen Charakter unterstützen.

Diese Überlegungen standen auch am Beginn einer Diskussion über eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit der ARL. Einer der ersten Punkte war dabei eine mögliche Neugestaltung der ARL-Nachrichten. Die Auseinandersetzung mit weiteren Arbeitsweisen und Produkten der Öffentlichkeitsarbeit der ARL wird danach folgen.

Die Weiterentwicklung der ARL-Nachrichten soll in diesem Sinne von zwei Leitgedanken bestimmt werden: Zum einen soll es um die Verbesserung der inter- und transdisziplinären Diskurse gehen, zum anderen soll der Transfer zwischen Forschung und Praxis weiter verbessert werden. Im Einzelnen führt das zu folgenden Überlegungen:

In den Arbeitsgremien der ARL findet ein vielfältiger Austausch zwischen den raumrelevanten wissenschaftlichen Disziplinen sowie zwischen Wissenschaft und Praxis statt. Bislang wurde in den ARL-Nachrichten über Ergebnisse dieses Austausches umfassend und informativ berichtet. Künftig soll mehr als bisher der Diskurs selbst in den ARL-Nachrichten stattfinden. Dazu dient insbesondere die Einführung eines jeweiligen Themenschwerpunktes, in dessen Rahmen Mitglieder der Akademie und des erweiterten Netzwerkes mit eigenen Beiträgen unterschiedlichster Art zu diesem Diskurs beitragen können. Die ARL-Nachrichten sollen als „Hauspublikation" der Akademie die Vielfalt der Themen und Ansätze abbilden und eine Plattform für den Austausch zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen sowie zwischen Forschung und Praxis sein. Dabei wird „Transfer" *nicht* im Sinne einer „Einbahnstraße" als Weitergabe von wissenschaftlich erarbeitetem Wissen an die Praxis verstanden, sondern als beidseitiger Lernprozess. Daraus sollen im besten Falle neue Forschungsideen und -fragen hervorgehen. Überkommene Überzeugungen sollen hinterfragt, neues Wissen generiert und Umsetzungsmöglichkeiten und Entscheidungshilfen entwickelt werden.

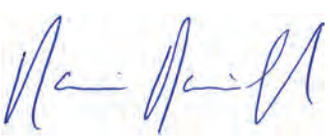
Dieser hohe Anspruch hat Folgen für die Beiträge in den ARL-Nachrichten: Um den Austausch über Fachgrenzen hinweg sowie zwischen Wissenschaft und Praxis zu ermöglichen bzw. zu verbessern, müssen die Texte anschaulich und anregend sein. Es muss

darum gehen, Verständigung zu ermöglichen und Anschlussfähigkeit zu gewährleisten, nicht darum, im Fachjargon die eigene Community zu beeindrucken.

Das hier skizzierte Verständnis hat darüber hinaus auch Folgen für die Auswahl der Themen und die Zusammenstellung der Texte. Unser Anspruch ist es vor allem, Themen in den Mittelpunkt zu stellen, die aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven diskutiert und bearbeitet werden und für Wissenschaft und Praxis gleichermaßen interessant sind. Durch unterschiedliche Textformate – kurze konzeptionelle Einführungen, aktuelle Analysen, Interviews mit bekannten Fachleuten und gelungene Beispiele aus der Planungspraxis – sollen die Themen interessant und anschaulich aufbereitet werden und eine breite Leserschaft aus Forschung und Praxis ansprechen. Wenn das gelingt, dient es zugleich der Wahrnehmbarkeit und dem Ansehen der Akademie.

Neben dem jeweiligen Themenschwerpunkt werden wir aber auch weiterhin in bewährter Weise im Sinne einer qualitätsvollen Hauspublikation der Akademie bekannte Funktionen der Nachrichten erfüllen: Es wird weiterhin Berichte aus der Arbeit der ARL-Gremien und aus der ARL-Geschäftsstelle geben. Wir weisen auch in Zukunft auf wichtige Neuigkeiten aus der raumwissenschaftlichen Forschung und Planungspraxis hin und berichten über die Weiterentwicklung des personellen Netzwerks der Akademie. Eine solche Mischung von neuen und bewährten Formaten prägt auch dieses erste Heft der ARL-Nachrichten im Jahr 2014.

Im Namen aller, die an der Neukonzipierung und Neugestaltung der ARL-Nachrichten beteiligt waren und sind, darf ich Ihnen eine informative und anregende Lektüre wünschen. Über Rückmeldungen, Hinweise und Anregungen würden wir uns sehr freuen.



Prof. Dr. Rainer Danielzyk
Generalsekretär der ARL

Inhalt

Editorial

5 *Gabriele Schmidt*

Aktuell

7 *Klaus J. Beckmann*
Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus Sicht der Raumentwicklung

Thema

10 *Jörn Birkmann*
Schutz, Anpassung oder Transformation?

13 Lokale Wissensordnungen in der Klimapolitik – Interview mit *Hubert Heinelt*

16 *Thomas Kiwitt*
Region Stuttgart: Anpassung an den Klimawandel

18 *Walter Kufeld*
Klimagerechte Verantwortung

21 *Bernhard Müller, Alfred Olfert*
REGKLAM – Integrierte Klimaanpassung in Dresden

24 *Jan Spiekermann*
KLIFF-IMPLAN: Handlungsempfehlungen für Niedersachsen

Aus der ARL

27 *Lena Neubert*
Klimawandel und Raumplanung: Noch viele offene Fragen

28 *Anne Ritzinger*
Neues aus dem Nordwesten

30 *Andreas Stefansky*
Informations- und Initiativkreis Braunkohlenplanung

31 *Hans-Jörg Domhardt, Petra Schmidt-Kaden*
Informations- und Initiativkreis Regionalplanung

33 *Melhelm Daoud, Vaclav Kocur, Timm Wiegand*
Synergien zwischen LAG-AG „Wissensgesellschaft“ und Studienprojekt

35 *Andreas Stefansky*
Regionalplanung 3.0 – die dritte Generation Raumordnungspläne in Sachsen

37 *Anne Ritzinger*
Nutzungskonkurrenzen im Untergrund nehmen zu

39 *Andreas Stefansky*
Kleinere Städte als Ankerpunkte im ländlichen Raum

40 **Personen**

Aus Raumforschung und -planung

41 *Philipp Zakrzewski*
DFG-Projekt: Reurbanisierung in den USA und Deutschland

41 *Heike Hensel*
IÖR-Jahrestagung am 25. Juni in Dresden

42 *Thilo Lang*
EU-Projekt RegPol² gestartet

42 *Rainer Danielzyk*
Beirat für Raumentwicklung

43 *Volkmar Baumgärtner*
Erstmals Reinhard-Baumeister-Preis verliehen

43 ARL-Kongress 2014

44 **Förderkreis für Raum- und Umweltforschung**

46 **Ausgewählte Zeitschriftenbeiträge**

49 **Neuerscheinungen aus anderen Verlagen**

Über die ARL

AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) untersucht die Wirkung menschlichen Handelns auf den Raum und analysiert die Möglichkeiten einer nachhaltigen Raumentwicklung. Dies geschieht auf den Feldern Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Kultur.

Die ARL ist das zentrale, disziplinübergreifende Netzwerk von Expertinnen und Experten, die in der Raumforschung und Raumplanung arbeiten. Damit bietet sie die ideale Plattform für den raumwissenschaftlichen und raumpolitischen Diskurs. Forschungsgegenstand sind räumliche Ordnung und Entwicklung in Deutschland und Europa.

Die Akademie ist eine selbstständige und unabhängige raumwissenschaftliche Einrichtung öffentlichen Rechts von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse. Sie wird gemeinsam von Bund und Ländern finanziert und gehört der Leibniz-Gemeinschaft an.

Sie vereint Fachleute aus Wissenschaft und Praxis in ihrem Netzwerk. Dadurch können Grundlagenforschung und Anwendung eine direkte Verbindung eingehen – eine wichtige Voraussetzung für eine fundierte Beratung von Politik und Gesellschaft.

Dank ihrer Netzwerkstruktur und der Arbeitsweise in fachübergreifenden Gruppen ermöglicht die ARL den effizienten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen Akteuren. So sind erfolgreiche Kommunikation und Wissenstransfer auf allen Ebenen gewährleistet. Auf der Basis des personellen Netzwerks fungiert die ARL als Mittlerin zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Nähere Informationen über die ARL finden Sie unter www.arl-net.de.

Impressum

NACHRICHTEN DER ARL

Herausgeber: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)
Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover
Tel.: +49 511 34842-0
Fax: +49 511 34842-41
arl@arl-net.de
www.arl-net.de

Redaktion: Gabriele Schmidt (V.i.S.d.P.)

Lektorat: Cornelia Maria Hein, Heike Wegner

Satz/Layout: Oliver Rose

Cover: Hochwasserschutz mit Sandsäcken, © PhotographyByMK - Fotolia.com

Druck: BenatzkyMünstermann Druck GmbH, 30559 Hannover

Die Nachrichten der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Heft 1, März 2014, 44. Jahrgang

Auflage: 2000

ISSN 1612-3891 (Printausgabe)
ISSN 1612-3905 (Internetausgabe)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der erste Themenschwerpunkt der neuen ARL-Nachrichten widmet sich dem Thema „Klimawandel und Raumplanung". Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Die Folgen der Erderwärmung sind bereits jetzt in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens spürbar. Es ist deswegen dringend erforderlich, die Entwicklung von Städten, Regionen und Infrastrukturen an ein verändertes Klima anzupassen. Der Raumplanung kommt hierbei eine zentrale koordinierende Rolle zu.

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) hat in den letzten Jahren zu diesem Themenfeld mehrere wissenschaftliche und praxisnahe Beiträge geliefert. Zuletzt ist der Forschungsbericht „Raumentwicklung im Klimawandel – Herausforderungen für die räumliche Planung" des ARL-Arbeitskreises „Klimawandel und Raumplanung" (Birkmann, Vollmer, Schanze 2013) erschienen. Mit dem Themenschwerpunkt in diesem Heft möchten wir an unsere Forschungsergebnisse anknüpfen, sie in kurzen, anschaulichen Texten einem breiten Publikum zugänglich machen und den inter- und transdiziplinären Wissenstransfer anregen. Neben Beiträgen aus den Forschungsgremien der ARL präsentieren wir deswegen auch Ergebnisse aus anderen Forschungs-Praxis-Projekten. Im Fokus des Themenheftes steht die politische und planungspraktische Seite des Umgangs mit dem Klimawandel.

In der Vergangenheit haben sich Städte vor allem auf Maßnahmen zum Klimaschutz konzentriert, z. B. durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Angesichts steigender Durchschnittstemperaturen und häufiger werdender Extremwetterereignisse gewinnen jedoch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels an Bedeutung. Die Prämisse lautet: Wenn sich die Auswirkungen des Klimawandels nur noch eingeschränkt vermeiden lassen, gilt es, die Gesellschaft rechtzeitig in die Lage zu versetzen, mit Extremwetterereignissen und schleichenden Veränderungen umzugehen.

Doch was bedeutet eigentlich Anpassung? Auf welcher Grundlage können Anpassungsstrategien entwickelt werden und inwiefern sind Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit Maßnahmen zum Klimaschutz vereinbar? Diesen Fragen geht PD Dr. Jörn Birkmann von der United Nations University Bonn in seinem einführenden Beitrag nach. Bezug nehmend auf die neusten Erkenntnisse des Weltklimarates macht er deutlich, dass Anpassungsmaßnahmen eine Risikoperspektive zugrunde liegen sollte, die dem Zusammenspiel von Klimaveränderungen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, wie z. B. dem demografischen Wandel, Rechnung trägt.

Von welchen Einflussfaktoren hängt es ab, ob Städte das globale Problem Klimawandel in ein lokales „Gefährdetsein" übersetzen und Gegenmaßnahmen ergreifen? Und womit sind die unterschiedlichen Ansätze verschiedener Städte zu erklären? Um diese Fragen geht es im Interview mit Prof. Dr. Hubert Heinelt von der TU Darmstadt. Die von ihm geleitete interdisziplinäre DFG-Forschergruppe untersucht am Beispiel der Klimapolitik von München, Stuttgart und Frankfurt am Main, inwieweit stadtspezifische Bedingungen die Ursache dafür sind, dass verfügbares Wissen in politischen Entscheidungen aufgegriffen wird oder nicht. Die Ergebnisse dieses Städtevergleichs bieten eine interessante Interpretationsfolie für die nachfolgenden Praxisbeiträge aus Stuttgart, München, Dresden und Niedersachsen.

Den Auftakt der Praxisbeispiele macht Thomas Kiwitt, Leitender technischer Direktor des Verbands Region Stuttgart. Wegen ihrer besonderen Topographie („Stuttgarter Kessellage") spürt die Stadt die Folgen des Klimawandels vor allem in Form von steigenden Durchschnittstemperaturen und zunehmenden Hitzetagen. Kiwitt zeigt in seinem Beitrag, welche Strategien und Maßnahmen in der MORO-Modellregion in den letzten Jahren ergriffen wurden und welche weiteren Schritte nach Projektabschluss in Vorbereitung sind bzw. bereits durchgeführt werden.

Walter Kufeld, Leitender Regierungsdirektor an der Regierung von Oberbayern, plädiert in seinem Beitrag für ein klimagerechtes und nachhaltiges Handeln auf allen Planungsebenen sowie für eine zentrale koordinierende Rolle der Raumplanung in der Klimapolitik. Differenziert nach Planungsebenen und Verantwortungsbereichen zeigt er beispielhaft, wie das Prinzip der „klimagerechten Verantwortung" im Planungssystem institutionell verankert werden kann und welche Maßnahmen und Instrumente hierfür bereits zur Verfügung stehen.

Im Beitrag von Prof. Dr. Bernhard Müller, Leiter des Leibniz-Instituts für Ökologische Raumentwicklung in Dresden (IÖR), und Alfred Olfert, wissenschaftlicher Mitarbeiter im IÖR, geht es um Maßnahmen für eine integrierte Klimaanpassung in der REGKLAM-Modell-

region Dresden, die im Rahmen des BMBF-Programms „Klimawandel in den Regionen zukunftsfähig gestalten" (KLIMZUG) umgesetzt wurden. Sie zeigen, welch ambivalente Auswirkungen steigende Durchschnitts- und Maximaltemperaturen sowie zunehmende Niederschläge für unterschiedliche gesellschaftliche Teilbereiche in der Region haben, und geben einen Einblick in die Projektpraxis von REGKLAM. Die Autoren betonen, wie wichtig es für den Projekterfolg war, dass von Beginn an alle relevanten Akteure einbezogen wurden. Frühzeitig wurde in Dresden auch die Frage behandelt, wie die im Modellprojekt aufgebaute Struktur verstetigt werden kann.

Der Themenschwerpunkt schließt mit Handlungsempfehlungen für die räumliche Planung in Niedersachsen, vorgetragen von Jan Spiekermann, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ARL und Projektkoordinator von KLIFF-IMPLAN. Das Querschnittsprojekt wurde von der ARL als federführender Einrichtung gemeinsam mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Region Hannover ins Leben gerufen. Spiekermann zeigt exemplarisch an zwei Handlungsfeldern – dem Küstenschutz und dem Schutz der biologischen Vielfalt – die Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projektes.

In der Rubrik „Aktuelles" kommentiert Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Präsident der ARL, den Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Er betont die zentrale Rolle der Raumentwicklung im Hinblick auf die gegenwärtigen Gestaltungsaufgaben und zeigt sich zugleich skeptisch, ob diese angesichts der veränderten Zuordnung der Aufgabenfelder auf verschiedene Ministerien die ihr zugedachte koordinierende Rolle angemessen ausfüllen kann.

In den Rubriken „Aus der ARL" und „Aus Raumforschung und -planung" stellen wir wie gewohnt Neuigkeiten aus dem Netzwerk der ARL und aus anderen Einrichtungen der Raumforschung und -planung vor.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Gabriele Schmidt
Stabsstelle Wissenschaftskommunikation
✆ 0511 34842-56
schmidt@arl-net.de

© Thaut Images - Fotolia.com

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus Sicht der Raumentwicklung

Vornehmste Aufgabe einer Wissenschaftlichen Akademie – hier der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – ist es, in ihrem Aufgaben- und Themenfeld Befunde der derzeitigen Lage und Entwicklung zu sichten und zu strukturieren, Wirkungszusammenhänge zu identifizieren, Beiträge zur Theoriebildung zu liefern sowie voraussichtliche und belegbare Entwicklungstendenzen darzustellen. Aufgabe ist es aber auch, beabsichtigte politische sowie praktische Handlungsstrategien und Maßnahmen auf Wirksamkeit zu beurteilen. Insbesondere eine inter- und transdisziplinär arbeitende Akademie wie die ARL hat auch eine gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen – insbesondere durch fundierte und qualifizierte Politik- und Gesellschaftsberatung. Insofern sind selektive Hinweise zu Intentionen und Inhalten des Koalitionsvertrags der Großen Koalition vertretbar, ja sogar erforderlich.

Erwartungen an den Koalitionsvertrag einer „Großen Koalition“

In jeder Legislaturperiode sind besonders wichtige und zukunftsweisende Aufgaben auf den Weg zu bringen oder zu bewältigen. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeigt sich eine überproportional hohe Anzahl anspruchsvoller struktureller Aufgaben. Diese sind zum Beispiel:

- der demografische Wandel (begleitet durch teilräumliche Schrumpfung, strukturelle Alterung und zunehmende ethnische Mischung)
- die neuen Lebensweisen und Lebensstile
- Klimaschutzaufgaben („mitigation“)
- Aufgaben zur Vorbereitung einer eventuellen Klimaanpassung („adaptation“)
- die Energiewende unter Steigerung der Energieeffizienz, Erweiterung des Einsatzes regenerativer Energiequellen
- die Stärkung der Bildung, Ausbildung, Forschung und Innovationen
- die öffentliche Verschuldung und das Wirksamwerden der Schuldenbremse
- der Erneuerungs- und Nachholbedarf im Bereich öffentlicher Infrastrukturen (z. B. Verkehrsnetze, Hochbauten)
- Anforderungen an die Ausgestaltung von Partizipationsprozessen.

Alle genannten Aufgaben- und Problemstellungen haben eine deutliche räumliche Perspektive. Sie sind insofern raum-diskriminierend, als Ausgangslagen, Stärken und Schwächen sowie Risiken und Potenziale sich in Teilräumen unterschiedlich ausprägen – zwischen Bundesländern, Regionen, Städten, Ost und West, Nord und Süd, Metropolen, Agglomerationen oder ländlichen Räumen. Der Raumentwickung mit ihren Instrumenten der Landes-, Regional und Stadtentwicklungsplanung sowie der Infrastrukturplanung und den Gemeinschaftsaufgaben kommt daher eine besondere Bedeutung bei der Bewältigung der oben genannten Aufgaben zu. Die veränderte Zuordnung der Aufgabenfelder auf Bundesebene auf verschiedene Ministerien muss sich dabei erst noch bewähren:

- Stadtentwicklung, Städtebau, Wohnungsbau, Bauwesen beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Raumordnung beim Ministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur
- Energie sowie Energienetze beim Ministerium für Wirtschaft und Energie.

Neue Schnittstellen sind zu definieren und auszugestalten. Es gibt die Chance zu einer effizienten Organisation und Ablaufgestaltung der Zusammenarbeit, aber auch Risiken einer mängelbehafteten Ausgestaltung – an den Schnittstellen verschiedener Ministerien sind die Risiken besonders hoch.

Bewertung ausgewählter Aussagenbereiche des Koalitionsvertrages

Präambel mit starkem Raumbezug

Die Präambel fixiert eine Reihe von Zielen, die eine hohe Relevanz für die Raumentwicklung in Deutschland haben. Diese bleiben allerdings einer Präambel entsprechend unspezifisch. Hierfür einige Beispiele:

- Standortvorteil Infrastruktur durch Investitionen stärken
- Energiewende voranbringen
- flächendeckendes Breitbandangebot

- starke Kommunen – zukunftsfeste Finanzbeziehungen von Bund und Ländern
- Zusammenhalt sichern und Bürgerrechte stark machen

Letztlich sind für raumspezifische und ziel- sowie ergebnisorientierte Handlungsansätze „Indikatoren- und Berichtsysteme zur Lebensqualität" (Kap 1.1) sehr hilfreich. Die Raumforschung wird dazu wichtige Grundlagen liefern können. Raumentwicklungsstrategien und raumbezogene Politikstrategien können diese Indikatoren nutzen.

Das Ziel „Standortvorteil Infrastruktur mit mehr Investitionen stärken" wird in der Präambel mit der Aussage verbunden, „besondere Anstrengungen (zu) unternehmen, um zusätzliche Ausgaben für eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen. Diesem Ziel dient auch eine Ausweitung der LKW-Maut sowie eine europarechtkonforme PKW-Maut". Inwieweit das Ziel erreicht werden kann, wird von der Umsetzung bzw. Umsetzbarkeit der Instrumente abhängen. Hier sind bei der PKW-Maut eher Zweifel anzumelden – vor allem hinsichtlich des Umfangs der dem Verkehrshaushalt zusätzlich zugeführten Mittel.

Erfordernisse zu Bundesraumordnungsplänen nach § 17 Raumordnungsgesetz

Im Abschnitt 1.1 „Deutschlands Wirtschaft stärken" haben besonders die relativ unspezifischen Ziele „Rohstoffsicherung" und „Rohstoffförderung im Inland" Raumentwicklungsbedeutung. Dort werden explizit die Rolle und die Aufgaben der Raumordnung genannt. Dies sind die Verfahrensführung und -begleitung (z. B. in Raumordnungsverfahren), die Überprüfung, ob ein „Bundesraumordnungsplan" für dieses Handlungsfeld erforderlich ist, und eine offensive Ausgestaltung der Abwägungsrolle der Raumordnung. Diese müsste aber auch explizit angestrebt und vorgesehen werden für:

- die räumliche Ausrichtung der „Strategischen Investitionspolitik" (Pkt 1.1) in Leitmärkten wie Mobilität und Logistik, Energie- und Umweltwirtschaft sowie E-Mobilität,
- die räumliche und indikatorengestützte Ausbildung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) und die Verknüpfung mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) sowie die Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsaufgabe „Entwicklung des ländlichen Raumes",
- die Umsetzung des Solidarpaktes II – unter Verweis auf die Überprüfung – und die Entwicklungsaufgaben der Bund-Länder-Finanzkommission.

Die angestrebte „stärkere Rolle des Bundes bei der Planung eines deutschlandweiten Flughafennetzes" durch Vorlage eines Luftverkehrskonzeptes ist eine raumordnerische Aufgabe, die gerade unter Ausschöpfung der Ermächtigungsgrundlage nach § 17 Abs. 2 Raumordnungsgesetz durch die Raumordnung ausgefüllt werden sollte. Dies könnte man sich für Häfen und überregionale Logistikstandorte ebenso vorstellen. In den Koalitionsvertrag haben diese zu überprüfenden Optionen jedoch keinen Eingang gefunden.

Der Hochwasserschutz – wie auch der Gewässer- und Meeresschutz – setzt raumordnerische Koordinierung voraus. Möglicherweise sollten im Rahmen eines Nationalen Hochwasserschutzprogramms gerade raumordnerische Belange, Handlungserfordernisse und Instrumente zum Einsatz kommen. Damit käme der Raumordnung eine (verstärkte) koordinierende Rolle zu.

Es wird abzuwarten sein, ob die zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben notwendige Koordinierung und Priorisierung tatsächlich gelingt.

Finanzausstattung für Infrastrukturen nur Absichtserklärung?

Wird das Kapitel 1.3 „In Deutschlands Zukunft investieren: Infrastruktur" für den Bereich Verkehr in Bezug auf die Empfehlungen der Bodewig-Kommission kritisch analysiert, bleiben die Aussagen der Koalitionsvereinbarung hinter den Erwartungen zurück. Die zur Raum-, Sozial- und Wirtschaftsentwicklung notwendige Sicherung einer verlässlichen Erreichbarkeit scheint weiter infrage gestellt zu sein. Sehr zu begrüßen ist aus Sicht der Raumentwicklung allerdings das Bekenntnis zu einem „nationalen Prioritätenkonzept" der Bundesverkehrswege (80 % der Mittel für Neu- und Ausbau) sowie zu einer Bevorzugung der Substanzsicherung („Erhalt und Sanierung vor Neu- und Ausbau"). Enttäuschend bleibt hingegen die Aufstockung der Investitionsmittel mit – voraussichtlich – 5 Mrd. Euro über vier Jahre (1,2 Mrd. Euro/p.a.) bei einem Bedarf von Bund, Ländern und Gemeinden von mehr als 7,2 Mrd. Euro/p.a. Nachholbedarf (vgl. Bodewig-Kommission). Eine unzuverlässige, weil störungsanfällige und nicht ausreichend leistungsfähige Verkehrserschließung führt zu Entwicklungsproblemen von Teilräumen oder zu nicht eintretenden modalen Verkehrsverlagerungen, die aus Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzgründen gerade auch raumordnerisch wünschenswert wären.

Breitbandausbau als Allheilmittel?

Der beabsichtigte und flächendeckende Breitbandausbau, um „die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden", hat besondere Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Die Beiträge der Breitbanddienste zur regionalen Daseinsvorsorge, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Sicherung von medizinischer Versorgung sind für die ländlichen Räume ohne Zweifel standortsichernd. Sie sind aber kein Allheilmittel für ländliche Räume mit hoher Abwanderungsgefährdung, Entleerung sowie hoher Strukturschwäche. Hier fehlen kritisch reflektierende Auseinandersetzungen mit langfristigen Entwicklungs-

optionen und deren praktischer Umsetzung durch entsprechende Fachpolitiken, z. B. der Stadtentwicklung, der Städtebauförderung oder des Wohnungsbaus – eine typische zentrale Frage der Raumentwicklung.

Aufgabenzuschnitte der Ministerien überprüfungswürdig

Bei der Umsetzung der Energiewende (Kap. 1.4 „Die Energiewende zum Erfolg führen") wird die Chance vertan, die Federführung für den Um- und Aufbau der Fernnetze in dasjenige Ministerium zu geben, das wegen seiner Zuständigkeit für die Raumordnung vergleichsweise „interessenneutral" – zwischen Energiewende, Wirtschaftsentwicklung, Umwelt und Naturschutz, Klimaschutz – die Aspekte der Raumentwicklung ermittelt und abwägt (Bundesbedarfsplan; Beteiligungsverfahren, Akzeptanzschaffung). Hier bleibt vieles auch weiterhin Absichtserklärung, ohne dass eine realistische Einschätzung der Umsetzungsschwierigkeiten erkennbar würde. Die Auseinandersetzungen über Trassen mit der Zivilgesellschaft, mit Städten, mit der Land- und Forstwirtschaft sowie anderen stehen noch bevor und werden bis in das Kabinett dringen.

Teilaspekt „Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land"

Die Sicherung der Städtebauförderung – auch mit dem Teilprogramm „Soziale Stadt" – ist zur Renaissance der Städte unverzichtbar und dient daher der räumlichen Entwicklung von Agglomerationsräumen gleichermaßen wie von Klein- und Mittelstädten als „Anker" im ländlichen Raum. Die verbilligte Abgabe von Konversionsliegenschaften fördert auch in finanzschwachen Regionen und Städten die notwendige Entwicklung von Wohnbauland oder von Flächen für Aufgaben der Daseinsvorsorge. Allerdings erscheint das „Verbilligungsvolumen" von 100 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren eher wie ein Tropfen auf den heißen Stein und sollte unter Kriterien der Raumentwicklung überdacht werden.

Fazit

Bei aller Selektivität der Darstellungen und Ausführungen muss festgestellt werden, dass die Koalitionsvereinbarungen eine strategische und koordinierende Raumentwicklung als Raumordnung, Landes-/Regionalplanung und Stadtentwicklung als zwingend erforderlich und im Grundsatz zu stärken erkennen lassen. Die Darstellung der instrumentellen Ansätze und die neuen Zuständigkeitszuordnungen lassen allerdings Zweifel im Hinblick auf die Umsetzung aufkommen.

Die Raumentwicklung ist also vermehrt gefordert, den Leistungsnachweis anzutreten und entsprechende rechtliche, instrumentelle und finanzielle Ausstattungen und organisatorische Voraussetzungen einzufordern. Es bleibt viel zu tun. Und es bleibt auch ein gehörig Maß an Skepsis hinsichtlich einer tatsächlichen Bereitstellung geeigneter Grundlagen und Instrumente.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann ist seit 2013 Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Von 2006–2013 leitete er das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) und führt heute das Büro „KJ. Beckmann: ProStadt – Kommunalforschung, Beratung, Kommunikation und Moderation".

Kontakt:

Klaus J. Beckmann ✆ 030-78795795
kjbeckmann@googlemail.com

Schutz, Anpassung oder Transformation?

Das kleine grüne Schild „Unterwegs mit Ökostrom", zu sehen beim Einstieg in den ICE, die Frage der Wärmedämmung des Hauses oder auch der Einbau einer Klimaanlage gegen Hitzestress in der Dachgeschosswohnung – das sind Alltagsthemen, die direkt oder indirekt mit Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zusammenhängen.

In der wissenschaftlichen, politischen und planerischen Diskussion wird dabei immer deutlicher, dass der Klimawandel nicht nur veränderte Umweltbedingungen hervorrufen wird, sondern auch erhebliche Veränderungen in Gesellschaften erfordert. Dies betrifft insbesondere Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Raumstrukturen, -funktionen und -nutzungen sowie Planungsverfahren.

Klimaschutz oder Anpassung

In der Vergangenheit hatte das Thema „Klimaschutz" eine größere Bedeutung als die Frage der Anpassung an den Klimawandel, da man unter anderem befürchtete, eine zu starke Gewichtung der Anpassung könnte dazu führen, dass die Diskussion über verbindliche Klimaschutzziele aufgeweicht würde. In der aktuellen Diskussion auf internationaler und nationaler Ebene (IPCC 2012, 2013) wird allerdings immer deutlicher, dass Strategien sowohl zum Klimaschutz als auch zur Anpassung notwendig sind, um Risiken im Kontext des Klimawandels zu mindern. Folglich wird Anpassung heute in Wissenschaft und Praxis als neue Handlungsstrategie intensiv diskutiert. Zahlreiche größere Forschungsvorhaben, Pilotprojekte und Experten- sowie Praxisnetzwerke (siehe hierzu insbesondere die Beiträge von Müller und Kiwitt in diesem Heft, Birkmann et al. 2013) haben in den letzten Jahren hierzu einen deutlichen Erkenntniszuwachs erbracht. Dennoch ergibt sich heute mehr denn je für viele Regionen und Städte – wie z. B. für New York nach dem Hurrikan Sandy 2012, Bangkok nach dem Hochwasser 2011 oder Karlsruhe und Stuttgart nach dem Hitzesommer 2003 – die Herausforderung, Anpassungsfragen in konkrete Strategien und Planungsprozesse zu übersetzen. Dabei stellen sich u. a. folgende Fragen: Woran muss man sich in Zukunft anpassen? Wie stark können Klimaveränderungen und Klimavariabilität ausfallen? Auf welcher Grundlage sollten Anpassungsstrategien aufgebaut werden? Welche Informationen sind derzeit verfügbar? Wie viel Zeit haben Städte und Regionen für die Anpassung an bestimmte klimatische und gesellschaftliche Veränderungen? Wo liegen die Grenzen der Anpassung? Und schließlich: Was bedeutet eigentlich Anpassung?

Ohne auf alle diese Fragen eingehen zu können und ohne den Anspruch zu erheben, die zahlreichen wissenschaftlichen Studien und Praxisbeispiele in Deutschland, Europa oder weltweit zu reflektieren, werden im Folgenden einige Innenansichten der Forschungen des Weltklimarates (IPCC) geboten. Dabei wird z. B. aufgezeigt, wie man die IPCC-Berichte lesen „muss". Es wird thematisiert, auf welchem Grundverständnis Anpassungsstrategien aufbauen sollten und warum eine Risikoperspektive immer stärker an Bedeutung gewinnt. Des Weiteren wird verdeutlicht, dass die Diskussion über Klimaschutz und -anpassung in Städten und Regionen heute nicht nur in Deutschland, sondern in weltweiten Städte-Netzwerken geführt und vorangetrieben wird. Abschließend wird auf die Frage eingegangen, was eigentlich Anpassung bedeutet und wie Konzepte der Anpassung mit anderen Leitthemen wie Resilienz und Transformation verknüpft sind.

Innenansichten: Weltklimarat (IPCC)

Nach neuesten Erkenntnissen der Arbeitsgruppe I des Weltklimarates (IPCC 2013) zu den physischen Grundlagen des Klimawandels ist unbestreitbar, dass es eine eindeutige Erwärmung des Klimasystems gibt und viele beobachtbare Veränderungen seit den 1950er Jahren vorher nie aufgetreten sind (IPCC 2013: 2-15). Die von mehr als 160 Staaten diskutierte Zusammenfassung der wissenschaftlichen Erkenntnisse des IPCC für politische Entscheidungsträger (Summary for Policy Maker) unterstreicht, dass die Atmosphäre und die Ozeane sich erwärmt haben, Schnee- und Eismengen zurückgegangen sind und der Meeresspiegel angestiegen ist. Eindeutig ist zudem, dass die Konzentrationen der Treibhausgase zugenommen haben (IPCC 2013: 2). Neben den inhaltlichen Aussagen dieser Berichte ist die Gewichtung und Bewertung von Befunden bedeutsam: Die IPCC-Berichte nutzen eine „kalibrierte" Sprache, d. h. eine präzise Verwendung bestimmter Begriffe, wie z. B. „wahrscheinlich" oder „sehr wahrscheinlich", um Aussagen zu differenzieren. Neben der Diskussion darüber, wie wahrscheinlich das Auftreten bestimmter Phänomene ist, nutzt der IPCC auch Kategorien, die das Vertrauen in die jeweiligen Erkenntnisse bewertet, sog. „confidence statements". Diese ermöglichen es, Zusammenhänge und Erkenntnisse hinsichtlich ihrer Verlässlichkeit zu bewerten. Die Frage, inwieweit man bestimmten wissenschaftlichen Berichten (ver-)trauen kann oder nicht, führt teilweise zu recht intensiven Diskussionen. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedeutsamer, dass der neueste IPCC-Bericht der Arbeitsgruppe I beispielsweise zu dem Schluss kommt, dass sich der globale mittlere Meeresspiegelanstieg im 21. Jahrhundert weiter erhöhen wird. Unter allen RCP-Szenarien

– dies sind Szenarien für die zukünftigen Emissionen und Konzentrationen von Treibhausgasemissionen – wird die Geschwindigkeit des Meeresspiegelanstiegs wegen der zunehmenden Ozeanerwärmung und des Massenverlustes von Gletschern und Eisschildern die von 1971–2010 beobachtete Geschwindigkeit *sehr wahrscheinlich* übertreffen (IPCC 2013: 23). „Sehr wahrscheinlich" bedeutet in diesem Zusammenhang eine Wahrscheinlichkeit von 90 bis 100 %.

Das Beispiel des Meeresspiegelanstiegs bietet auch einen wichtigen Hinweis auf einen anderen Aspekt, der in der Diskussion über den Klimawandel und die Frage der Anpassung und Planung vielfach zu kurz kommt. Zahlreiche Diskussionen orientieren sich heute vorwiegend an der Frage der Größenordnung der globalen oder regionalen Erwärmung („2 Grad Ziel"-Diskussion bzw. „2 Grad Plus"- oder sogar „3 Grad Plus"-Welt). Dabei wird allerdings oft übersehen, dass nicht nur die Stärke des Klimawandels und möglicher Extremereignisse (Starkniederschläge, Hitzestress etc.), sondern auch die Geschwindigkeit der Veränderungen wesentlich darüber entscheidet, ob sich Ökosysteme, Menschen, Siedlungsräume, Infrastrukturen und Planungssysteme auf solche Veränderungen einstellen können.

Risikoperspektive erforderlich

In Öffentlichkeit und Politik besteht teilweise der Eindruck, dass Strategien zur Anpassung an den Klimawandel sich primär auf ein gut definiertes, klar erkennbares Klimaphänomen beziehen (z. B. verstärkte Hochwasser oder Hitzebelastungen). Neuere Forschungen des Weltklimarates (IPCC 2012) sowie Studien aus Regionen und Städten zeigen allerdings, dass sich Anpassungsstrategien nicht allein auf die Veränderung des Klimas und sog. Extremereignisse beziehen sollten, sondern eine Risikoperspektive erforderlich ist, die der Frage nachgeht, welche direkten und indirekten zukünftigen Auswirkungen und Schäden durch das Zusammenspiel von Klimaveränderung (Gefahrenperspektive) und gesellschaftlichem Wandel (Vulnerabilitätsperspektive) entstehen. Diese Perspektivenerweiterung wurde insbesondere im neusten IPCC-Spezialbericht SREX (IPCC 2012) definiert und spielt in dem Ende März 2014 verabschiedeten IPCC-Bericht der Arbeitsgruppe II eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zu früheren Konzeptionen, die den Handlungsdruck primär über die Intensität und Häufigkeit von klimabedingten Phänomenen (Klimastimuli) ermittelten, ist die heutige Problemdefinition darauf gerichtet, die Gefahren aus dem physischen Klimawandel mit der Anfälligkeit bzw. Vulnerabilität von Gesellschaften, Siedlungsräumen und Infrastrukturen zu verknüpfen, um so entsprechende Risiken zu ermitteln. Diese Risiken sollten der Ausgangspunkt für Anpassungsstrategien sein. Diesem Grundverständnis folgt auch der neue Bericht des ARL-Arbeitskreises „Raumentwicklung im Klimawandel" (Birkmann et al. 2013).

Klima- und gesellschaftlicher Wandel

Die Bedeutung von Risiken, die sowohl durch den Klimawandel, die Klimavariabilität als auch durch den gesellschaftlichen Wandel determiniert werden, lassen sich z. B. für Deutschland am Beispiel des Hitzerisikos veranschaulichen. Die Zunahme von Hitzestress kann nach neuesten Erkenntnissen der Forschung sehr deutlich mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht werden (IPCC 2012). Das Risiko des Hitzestresses wird dabei nicht allein durch höhere Temperaturen (sog. tropische Tage [Temperatur über 30 Grad Celsius] oder tropische Nächte [Temperatur über 20 Grad Celsius]) hervorgerufen, sondern hängt auch mit der Vulnerabilität von gesellschaftlichen Gruppen und dem generellen Vorbereitungsgrad auf solche Ereignisse zusammen. Bei bisherigen Hitzestressereignissen, z. B. im Hitzesommer 2003 in Europa, aber auch während der Hitzewelle 2013 in England, waren insbesondere ältere Menschen betroffen, die aufgrund ihrer körperlichen bzw. gesundheitlichen Bedingungen und teilweise sozialen Isolation weniger Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten hatten und damit deutlich anfälliger waren als andere Altersgruppen. Wegen der potenziellen Zunahme von Hitzewellen und aufgrund des größer werdenden Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird man in Deutschland von einem steigenden Risiko in diesem Bereich ausgehen müssen.

Gerade dicht bebaute Großstädte, in denen sich die Temperaturen während einer Hitzeperiode durch den städtischen Hitzeinseleffekt noch weiter nach oben bewegen, sind hier besondere Hotspots.

Anpassung bezieht sich daher sowohl auf Fragen der Veränderung von Siedlungs- und Freiraumstrukturen (z. B. kühlende Freiflächen in der Stadt) als auch auf soziale und demografische Aspekte, wie z. B. auf die Frage, wie man ältere Menschen besser erreichen und informieren kann (Hitzewarnsysteme). Interessanterweise gewinnen integrative und strategische Ansätze der Stadt- und Regionalentwicklung in diesem Kontext an Bedeutung, denn in vielen Städten und Regionen können nur sektorübergreifende und gesamträumliche Ansätze Synergien zwischen fach- bzw. sektorspezifischen Strategien herstellen und Konflikte zwischen diesen mindern. In diesem Zusammenhang werden aber auch die Grenzen der Anpassung immer deutlicher, wie z. B. physische, finanzielle, institutionelle und normative Grenzen (Limits of Adaptation).

Weltweite Netzwerke und Lernprozesse

Neue Netzwerke von Städten und Regionen, wie das „C40"-Netzwerk, das Hauptstädte wie New York, London, Berlin und Bogota umfasst, oder auch das Netzwerk „Resilient Cities", das rund 2.000 Städte und Partner vernetzt, verdeutlichen, dass das Thema „Anpassung und Klimaschutz" nicht mehr isoliert in einzelnen Pilotgemeinden, sondern bereits im Verbund zwischen Städ-

ten weltweit bearbeitet wird. Inwieweit Organisationen in diesen Netzwerken neben dem Erfahrungsaustausch auch systematisch lernen, ist bisher wenig erforscht. Deutlich wird allerdings, dass sich die Netzwerke nicht nur mit Veränderungen des Klimas, sondern auch mit veränderten Handlungs- und Planungskonzepten befassen und dabei die Diskussion des Klimawandels mit anderen Leitbildern und Konzepten, wie Resilienz, Vulnerabilität und Transformation, verknüpfen.

Anpassung, Resilienz und Transformation

Anpassung im Kontext des Klimawandels ist heute nicht mehr auf ein rein reaktives Verständnis von Anpassung begrenzt, sondern neueste Definitionen differenzieren beispielsweise zwischen inkrementeller versus transformativer Anpassung. Unterstrichen wird damit, dass Anpassung nicht nur kleinere technologische oder physische Veränderungen von Siedlungsräumen oder Infrastrukturen als nachgelagerte Reaktion auf Umweltveränderungen beinhaltet, sondern im Kontext der Transformation von Gesellschaften und Wirtschaftsweisen zu sehen ist. Dies verlangt beispielsweise, bisherige Verhaltensweisen, Normen und Werte tiefgreifend zu hinterfragen. Dabei ergibt sich ein deutliches Spannungsverhältnis zwischen Anpassung und Resilienz. Resilienz, meist mit Robustheit von Systemen übersetzt, ist hier konzeptionell weiter gefasst. Im Vergleich zu den Stabilitätsvorstellungen des Nachhaltigkeitskonzepts der 1990er Jahre verdeutlichen Konzepte der sozial-ökologischen Resilienz, dass Krisen ein Bestandteil von Entwicklung sind und demzufolge Resilienzbildung mit Lern- und Innovationsprozessen in Krisen einhergehen muss. Konzepte des transformativen Wandels im Kontext der Klimadiskussion verstärken diese Perspektive und suchen nach Kristallisationspunkten, die entsprechende Transformationen ausgelöst haben. Zur Veranschaulichung dieser Diskussion kann man für den Bereich der Stadtentwicklung folgendes Beispiel skizzieren: Während die Stärkung des Belangs „Klima" in der Abwägung mit anderen Belangen eher kleinere Veränderungen erfordert, ist unter der Perspektive von Resilienz und transformativem Wandel die grundsätzlichere Frage zu stellen, ob und inwieweit bisherige Planungssysteme von ihrem Ansatz her den Herausforderungen des Klimawandels (Umgang mit Unsicherheit, Denken in Szenarien etc.) hinreichend Rechnung tragen bzw. tragen können. Neueste Empfehlungen der EU-Kommission für die Weiterentwicklung der Strategischen Umweltprüfung im Kontext von Biodiversität und Klimawandel (EC 2013) unterstreichen beispielsweise die Bedeutung von Klima- und sozio-ökonomischen Szenarien, um Vulnerabilitäten und Risiken zu ermitteln (EC 2013: 17, 39). Dies verlangt vielfach deutliche Umdenkprozesse, also die Planung mit verschiedenen Szenarien.

Insgesamt wird man zukünftig an die Raumentwicklung und Planung stärker als bisher die Frage stellen, wie man zwischen den Zielen des Erhalts und der Robustheit von Raumstrukturen und -nutzungen auf der einen und der notwendigen Förderung der Wandlungsfähigkeit und Adaptivität auf der anderen Seite vermitteln kann.

Spannungen zwischen diesen Leitbildern sind dabei unvermeidbar, wobei die Lösung raumspezifische Ansätze erfordert. Die Bearbeitung dieser Fragen ist dabei nicht nur von akademischem Interesse. Angesichts steigender Kosten für die Bewältigung von Extremereignissen und steigender Mittel für den Bereich Klimawandel sind diese Fragen auch für Praxis und Politik in Städten und Regionen – weltweit – von Bedeutung.

PD Dr. Jörn Birkmann ist Abteilungsleiter bei der Universität der Vereinten Nationen in Bonn und IPCC-Leitautor für den fünften IPCC-Sachstandsbericht. Er ist seit 2009 Mitglied der ARL und hat den Arbeitskreis „Klimawandel und Raumplanung" von 2007 bis 2012 geleitet.

Kontakt:

Jörn Birkmann ✆ 0228-8150208
birkmann@ehs.unu.edu

Literatur

Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel – Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover. = Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2.

EC – Europäische Kommission (2013): Guidance on Integrating Climate Change and Biodiversity into Strategic Environmental Assessment. Brüssel. Verfügbar unter: http://ec.europa.eu/environment/eia/pdf/SEA%20Guidance.pdf

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2013): Climate Change 2013 – The Physical Science Basis. Working Group I Contribution to the Fifth Assessment Report of the IPCC. Geneva.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2012): Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation. Special Report of Working Groups I and II of the IPCC. Cambridge: University Press.

Lokale Wissensordnungen in der Klimapolitik

Ein Gespräch mit Hubert Heinelt über Problemwahrnehmungen, Handlungsorientierungen und die Frage, warum Städte unterschiedliche Strategien im Umgang mit dem Klimawandel wählen

Das Interview führte Gabriele Schmidt.

© TU Darmstadt

Hubert Heinelt

Herr Professor Heinelt, Sie leiten eine interdisziplinäre DFG-Forschergruppe, bei der es um Strategien und Maßnahmen deutscher Großstädte gegen den Klimawandel geht. Ihre Fallbeispiele sind Frankfurt am Main, München und Stuttgart. In Ihrem Projekt geht es Ihnen jedoch weniger um die Strategien und Maßnahmen als solche, als um die Erklärung der Problemwahrnehmung von Städten bzw. die Begründung von lokalen politischen Entscheidungen. Warum ist gerade die Klimapolitik so interessant für diese Frage?

Bevor ich auf die Frage antworte, erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Als Sozialwissenschaftler an einer Technischen Universität bekomme ich von Ingenieuren häufiger die Frage gestellt, warum in politischen Entscheidungsprozessen entweder nur ein Teil oder unter Umständen gar nichts von dem, was sie bereits an Problemlösungen erarbeitet haben, berücksichtigt wird. Das war der Ausgangspunkt unserer interdisziplinären Forschergruppe. Das Thema „Klimawandel" schien uns interessant zu sein, weil Städte den Klimawandel als Herausforderung für sich wahrnehmen müssen. Nehmen wir das Beispiel München: Man kann sich vorstellen, dass die Münchner froh sind, wenn es ein bisschen wärmer wird und es mehr laue Abende im Biergarten gibt. Das globale Problem des Klimawandels muss also erst einmal in den lokalen Kontext hineingebracht werden. Verbunden mit dem Ausgangsproblem, dass das Wissen der Ingenieure z. B. im Bereich der Verkehrsplanung oder im Hinblick auf Passivhäuser nur teilweise in politische Entscheidungsprozesse einfließt, wollen wir der Frage nachgehen, wie Akteure in der Kommunalpolitik Probleme wahrnehmen und warum für kommunalpolitische Entscheidungsträger bestimmte Entscheidungen Sinn ergeben und entsprechend begründbar sind. Wie greifen sie vorhandene Wissensangebote auf, um Lösungen für die von ihnen erkannten Herausforderungen zu entwickeln?

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das man erst einmal lokalisieren muss. Wie kann man zum Beispiel in kommunalpolitischen Debatten rechtfertigen, dass man für die Lösung eines globalen Problems kommunale Ressourcen einsetzt? Und wie kann man den Beitrag des eigenen Handelns zu einer Lösung des Problems für andere, aber auch für sich selbst begründen?

Wie schaffen es kommunalpolitische Akteure, das globale Problem „Klimawandel" auf ihren Handlungsraum herunterzubrechen und bearbeitbar zu machen? Welche Unterschiede beobachten Sie zwischen den Untersuchungsstädten?

In einigen Städten gibt es lokale „Aufhänger", so z. B. in Stuttgart. Die Stadt liegt in einem Talkessel und hat aufgrund der Topographie schon immer ein Problem mit dem Stadtklima gehabt. Der Klimawandel wird deswegen unter dem bereits bekannten Phänomen das Stadtklimas thematisiert. Es wird z. B. argumentiert: Wenn der Klimawandel voranschreitet, wird es bei uns noch heißer, die Herausforderungen werden dann noch größer.

In Frankfurt am Main und München gab es solche unmittelbaren Anknüpfungspunkte nicht. Kommunale Entscheidungsträger mussten deswegen zunächst sich selbst und andere davon überzeugen, dass eine Notwendigkeit besteht, etwas zu tun und dass der eigene Beitrag zum Klimaschutz angemessen ist. In diesen beiden Städten kam ein anderer Mechanismus zum Tragen, den wir als „Beobachtung anderer" bezeichnen: Städte beobachten andere Städte und orientieren sich an ihnen. Antriebsmoment für das eigene Handeln ist das Interesse, entweder gleich oder besser zu sein

als andere. Im ersten Fall ist das Motiv Identifikation, im zweiten Fall Konkurrenz. In Frankfurt am Main und München – zwei Städte, die für sich in unterschiedlicher Weise reklamieren, immer vorne zu sein – spielt dieser Mechanismus eine große Rolle. Wenn andere Städte im Bereich Klimaschutz aktiv sind, müssen sie auch etwas machen. Dieser Mechanismus wird oft auch strategisch eingesetzt.

Neben dem Mechanismus der Beobachtung anderer haben Sie vier andere Mechanismen ausfindig gemacht. Können Sie noch ein Beispiel für einen anderen Mechanismus geben?

Zur Begründung des eigenen Handelns wird nicht nur auf die Aktivitäten anderer verwiesen, sondern häufig auch auf etwas, das als selbstverständlich vorausgesetzt wird und die Grundlage für alle weiteren Abwägungsprozesse bilden kann. Man bezieht sich auf etwas, von dem man im Prinzip ausgehen kann, dass alle anderen dies auch so sehen. Dies kann z. B. ein Leitbild sein, das sich im Rahmen lokaler „Agenda 21"-Prozesse herausgebildet hat, oder als evident geltende Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie oder eines externen Gutachtens, aber auch Positionen, die von Akteuren in der Kommunalverwaltung vertreten werden, die in der Stadtgesellschaft als Experten anerkannt sind. Der Bezug auf ein gemeinsam geteiltes bzw. anerkanntes „Drittes" ermöglicht und erleichtert die Verständigung auf gemeinsame Handlungsstrategien. Wir nennen diesen Mechanismus die Entwicklung des Bezugspunkts einer „triadischen Kommunikation". In den Dokumenten unserer Untersuchungsstädte wurde z. B. oft auf den Weltklimarat oder das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung verwiesen. Und die Stadt München hat an Debatten aus den 1980er Jahren zu Fragen der Energieerzeugung angeknüpft. München ist deswegen schnell zum „frontrunner" einer CO_2-sensiblen Energieerzeugung geworden. In Stuttgart ist auf Bezugspunkte verwiesen worden, die auf der Expertise der Abteilung Stadtklimatologie gründen. Und in Frankfurt hat für die Fokussierung auf Passivhäuser das Energiereferat innerhalb der Stadtverwaltung eine zentrale Rolle gespielt.

Neben Mechanismen sprechen Sie auch von „Wissensordnungen". Was verstehen Sie hierunter?

Wenn man von Wissen in sozialwissenschaftlichen Debatten spricht, ist Wissen mit einer bestimmten Bedeutung aufgeladen. Wissen ist in diesem Zusammenhang mehr als nur Information. Wissen ist mit bestimmten Kausalannahmen und mit bestimmten normativen Orientierungen verbunden. Mit anderen Worten: Meiner Handlung liegt nicht nur ein Verständnis darüber zugrunde, wie die Welt funktioniert, ich habe auch eine Vorstellung davon, wie sie funktionieren sollte und interveniere deswegen in einer bestimmten Art und Weise. Eine Wissensordnung hat also eine kognitive und eine normative Dimension: Ich mache mich handlungsfähig, indem ich mir aus der Vielzahl von Informationen oder auch Wissensangeboten diejenigen heraussuche, die zu meinen Kausalannahmen und normativen Orientierungen passen und baue mir daraus eine Wissensordnung. Das ist die inhaltliche Komponente. Zusätzlich weist eine Wissensordnung eine strukturelle bzw. institutionelle Komponente auf, die Handlungen längerfristig stabilisiert und dadurch für ein hohes Maß an Handlungsentlastung sorgt. Zu solchen strukturellen bzw. institutionellen Komponenten können Gremien wie die Münchner Energiekommission zählen oder kommunale Verwaltungseinheiten wie die Stuttgarter Abteilung Stadtklimatologie. Wir sprechen also nur dann von einer Wissensordnung, wenn die Kausalannahmen und normativen Orientierungen Handlungen nicht nur situativ prägen, sondern dauerhaft.

Welche Einflussfaktoren bestimmen, welche Mechanismen wo zum Tragen kommen? Welche Rolle spielen institutionelle und (Stadt-)Strukturvariablen? Wo sind die Akteure hinter den von Ihnen beschriebenen Mechanismen?

Die von Ihnen angesprochenen Einflussfaktoren sind Entscheidungsvoraussetzungen, die von Akteuren aufgegriffen werden müssen. Für München sind z. B. Passivhäuser kein Thema, weil damit höhere Unterkunftskosten verbunden sind.

Das Mietniveau ist in Frankfurt am Main ebenfalls sehr hoch.

Eben. Daran erkennt man das Moment der normativen Orientierungen einer Wissensordnung. Oder allgemeiner gesprochen: Es gibt keinen direkten Einfluss solcher Kontextfaktoren auf das Wissen, das das Handeln begründet. Es kommt vielmehr darauf an, dass diesen Kontextfaktoren eine bestimmte Relevanz beigemessen wird und dafür spielen die angesprochenen Mechanismen eine Rolle. Natürlich können hierbei parteipolitische Färbungen eine Rolle spielen. In München hat die lange Tradition rot-grüner Kooperation zu einer bestimmten inhaltlichen Ausgestaltung der Klimapolitik geführt, man hat sich dabei aber der angesprochenen Mechanismen bedient. Mechanismen – wie der Städtevergleich – müssen also auf der Prozessebene mobilisiert werden, um bestimmte Wirkungen zu erzielen. Sie liegen den Akteuren als Handwerkszeug vor, auf das sie routinemäßig unbewusst oder aber auch strategisch zugreifen – oder auch nicht. Gleichzeitig gilt, dass ein Mechanismus wie der Städtevergleich nicht in allen Städten die gleiche Wirkung entfaltet; er geht in Frankfurt und München eher in Konkurrenz über („Wir wollen besser sein als die anderen!") und führt in Stuttgart eher zur Nachahmung („Wenn alle das machen, sollten wir das vielleicht auch tun!").

Und welchen Einfluss hat der übergeordnete politisch-institutionelle Kontext? Sie haben Städte in drei verschiedenen Bundesländern untersucht. Wie stark ist z. B. der Einfluss der Landesebene auf die Herausbildung von lokalen Wissensordnungen?

Wir versuchen, die Optionalität einschränkender oder auch ermöglichender Art von Kontextbedingungen aufzugreifen. Im Rahmen dieser Forschergruppe leitet z. B. Michèle Knodt ein Teilprojekt, das explizit der Frage nachgeht, wie kommunale Akteure EU-Rechtssetzungen umsetzen. Es ist ja auch eine Wissensfrage, ob ich unter Umständen bestimmte Dinge nur begrenzt umsetze oder sogar umgehe. Und natürlich gibt es auch zu berücksichtigende Einflüsse von übergeordneten staatlichen Ebenen, etwa das Bundesbaugesetzbuch. Aber auch diese prägen sich unterschiedlich aus, weil Akteure aufgrund ihrer Kausalannahmen und normativen Orientierungen nur eine bestimmte Umsetzung für sinnvoll erachten. So untersucht ein Kollege, mit welchen Begründungen bestimmte Festlegungen in städtebaulichen Vereinbarungen und Bebauungsplänen auftauchen.

Sie haben erwähnt, dass ein Antriebsmoment für Ihr interdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt der Stadtforschungsschwerpunkt an der TU Darmstadt war. Martina Löw, die bis Juli letzten Jahres den Forschungsschwerpunkt geleitet hat, steht für eine bestimmte Richtung innerhalb der Stadtsoziologie, die nicht ganz unumstritten ist. Hierbei geht es insbesondere um die Kontroverse, ob die Stadt ein eigenständiger Gegenstand soziologischer Analyse sein kann oder nicht. Inwiefern knüpfen Sie in Ihrem Forschungsprojekt an das Konzept der „Eigenlogik der Städte" von Löw und anderen an und inwieweit grenzen Sie sich davon ab?

Ja, das Forschungsprojekt ist im Kontext der Darmstädter Stadtforschung entstanden. Es gab einen vom Land Hessen finanzierten Schwerpunkt zur „Eigenlogik der Städte". Insgesamt gab es drei Forschergruppen. Eine davon war unsere, die der Frage nachging, wie sich lokale Wissensordnungen ausbilden und ob wir das Stadtspezifische über lokale Wissensordnungen erklären können. Uns interessierte also schon, wie es zu dieser Stadtspezifik kommt. Aber das Stadtspezifische festzustellen und davon auszugehen, dass alles Städtische spezifisch ist, wäre für mich ein mythologischer Lokalismus, den ich nicht für sehr zielführend halte. Was bringt es, wenn ich weiß, dass alle Städte spezifisch sind und eine eigene Logik haben? Wir geben uns nicht damit zufrieden zu erklären, was das Spezifische von München oder Stuttgart ist. Uns interessieren stadtübergreifende Mechanismen, die auf der Prozessebene Wissensordnungen etablieren, reproduzieren und manchmal auch transformieren. Dies sind z. B. die von mir erwähnten Mechanismen der Beobachtung anderer oder die Definition eines gemeinsamen Bezugspunktes für weitere argumentative Auseinandersetzungen. Ferner gibt es auch Mechanismen, die eine Wissensordnung gegenüber Kritikern immunisieren – z. B. mit dem Verweis auf eingegangene Verpflichtungen oder Vorgaben überörtlicher Instanzen – oder die Umetikettierung von Politikinhalten, um sie durchsetzbarer zu machen. Letzteres geschieht z. B. dadurch, dass Maßnahmen zum Klimaschutz – wie die Förderung energetischer Sanierung – mit anderen positiven Effekten, z. B. der Förderung der lokalen Wirtschaft, verbunden werden. Wir bezeichnen diesen Mechanismus als „issue relabeling". Wenn das Politikfeld „Klimapolitik" bereits etabliert ist, werden umgekehrt manchmal schwer durchzusetzende Maßnahmen anderer Politikfelder dadurch umsetzbarer, dass auf den Klimawandel verwiesen wird. Die Begründung eines Tempolimits auf innerstädtischen Schnellstraßen ist hier ein Beispiel.

Für uns ist also nicht das Entscheidende, dass es in den drei Städten unterschiedliche Wissensordnungen gibt. Uns interessiert vielmehr die Logik dieser zu verallgemeinerbaren Mechanismen. Deswegen wollen wir in einer zweiten Projektphase überprüfen, ob dieselben Mechanismen auch in einem anderen Politikfeld, der Entwicklung hin zu einer „smart city", zum Tragen kommen. Wir haben dieses neue Politikfeld ausgewählt, weil es gerade im Entstehen ist und wir die *Formierungs*phase von Wissensordnungen untersuchen möchten. In diesem Projekt planen wir auch eine Befragung aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Zusätzlich zur Befragung werden Schlüsseldokumente auswertet und verfügbare statistische Daten zusammengetragen. Folgende Fragen möchten wir beantworten: Spielt die Stadtgröße eine Rolle bei der Wirkung der fraglichen Mechanismen? Spielt die Haushaltssituation eine Rolle? Welchen Einfluss haben Parteien?

Eine der zentralen Aufgaben der ARL ist der Wissenstransfer. Ihre Forschungsergebnisse sind auch für Praktiker relevant. Ist der Transfer von Forschungsergebnissen Bestandteil des DFG-Projektes?

Besonders die an der Forschergruppe beteiligten Ingenieure haben ein ausgesprochen großes Interesse daran. Bei unserem DFG-Projekt ist eine Kooperation mit Praktikern indes nicht vorgesehen. Wenn wir im Kontext der ARL eine Möglichkeit dazu bekämen, würden wir das gerne aufgreifen.

Herr Prof. Heinelt, vielen Dank für das Gespräch!

Prof. Dr. Hubert Heinelt lehrt Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt und ist Leiter des DFG-Forschungsprojekts „Lokale Generierung handlungsrelevanten Wissens – am Beispiel lokaler Strategien und Maßnahmen gegen den Klimawandel".

Kontakt:

Hubert Heinelt ✆ 06151/16-2242
heinelt@pg.tu-darmstadt.de

Region Stuttgart

Anpassung an den Klimawandel

© pp77 - Fotolia.com

Schlossplatz in Stuttgart

In der Region Stuttgart leben auf 10 % der Fläche Baden-Württembergs 25 % der Landesbevölkerung, knapp 30 % des Bruttosozialproduktes werden hier erzeugt. Solche hochverdichteten Räume sind von den Auswirkungen des Klimawandels in besonderem Maße betroffen: Steigende Durchschnittstemperaturen und zunehmende Hitzetage verstärken den „Hitzeinseleffekt", der zu erheblichen Belastungen der Bevölkerung führt und die Lebensqualität gerade im urbanen Kernraum deutlich reduzieren kann. Häufiger zu erwartende Extremwetterereignisse gefährden eine Vielzahl von Infrastruktureinrichtungen und Produktionsanlagen und bergen damit ein erhebliches volks- und betriebswirtschaftliches Risiko. Verstärkt werden diese allgemeinen Effekte durch die besondere Topografie, insbesondere des engen Neckartals und der bekannten Stuttgarter Kessellage.

Es ist eine zentrale Aufgabe von Politik und Planung, die daraus resultierende Verwundbarkeit („Vulnerabilität") zu reduzieren. Da die Folgen des Klimawandels nicht an den Grenzen einzelner Gemeinden haltmachen, ist hier besonders die regionale Ebene gefragt. Der Verband Region Stuttgart hat sich dieser Herausforderung frühzeitig angenommen und dabei alle Handlungsmöglichkeiten eines Infrastruktur- und Planungsverbandes genutzt. Zu seinen gesetzlichen Aufgaben zählen neben der Regionalplanung auch die Trägerschaft für den regionalen Nahverkehr, die regionale Wirtschaftsförderung sowie die aktive Entwicklung des Freiraumes im Rahmen des „Regionalen Landschaftsparks". Seine Aufgabenwahrnehmung wird durch ein direkt gewähltes Gremium politisch gesteuert.

Im Rahmen der „Regionalen Klimaschutz- und Anpassungsstrategie" wurden folgende Handlungsoptionen ergriffen, um die Treibhausgase zu reduzieren und die Regionalentwicklung an die Folgen des Klimawandels anzupassen:

- Formale Planungen und deren konsequente Anwendung
- Erstellung und Umsetzung informeller Konzepte
- Erarbeitung und Bereitstellung von Grundlagendaten für nachfolgende Planungsebenen
- Durchführung bzw. Unterstützung konkreter Maßnahmen und Pilotprojekte, Kommunikation der dabei gewonnenen Erkenntnisse

Hierbei kam nachfolgenden Maßnahmen eine besondere Bedeutung zu:

Regionaler Klimaatlas

Natürliche Frischluftsysteme leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung bzw. Reduktion von siedlungsbedingten „Hitzeinseln" und damit zur Anpassung an die anstehende Erwärmung. Im „Klimaatlas für die Region Stuttgart" wurden deswegen relevante Klimafunktionen flächendeckend erhoben und in die regionalplanerische Freiraumkonzeption integriert. Flächen, die für die

Entstehung und den Abfluss von Kaltluft wichtig sind, wurden hierzu im Regionalplan verbindlich gesichert, indem regionale Grünzüge und Grünzäsuren ausgewiesen und eine Besiedlung damit ausgeschlossen wurde.

Diese Ziele der Raumordnung wirken restriktiv und stoßen bei den Trägern der Bauleitplanung bisweilen auf eine gewisse Skepsis. Eine erhöhte Akzeptanz für die Einschränkung der Siedlungsentwicklung konnte aber dadurch erreicht werden, dass die Aspekte der Klimaanpassung in das Konzept zur Freiraumsicherung integriert und die einschlägigen Plansätze damit begründet wurden.

Die Grundlagendaten des Klimaatlasses wurden den Gemeinden kostenfrei zur Verfügung gestellt und fanden damit in zahlreichen Fällen Eingang in konkretere Planungen auf örtlicher Ebene. Darüber hinaus wurden im Regionalplan Retentionsflächen und hochwassergeschützte Siedlungserweiterungsflächen dargestellt, um den erwarteten Auswirkungen möglicher Starkregenereignisse Rechnung zu tragen. Eine Weiterentwicklung dieser Planinhalte ist vorgesehen, sobald entsprechend überarbeitete Grundlagendaten in Form von Hochwassergefahrenkarten vorliegen.

Regionale Vulnerabilitätsanalyse als Modellvorhaben der Raumordnung

Im Rahmen eines „Modellvorhabens der Raumordnung" (MORO) konnte mit Förderung des zuständigen Bundesressorts eine regionale Vulnerabilitätsanalyse erarbeitet werden. Das Modellprojekt wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Siedentop durch das Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS) an der Universität Stuttgart wissenschaftlich begleitet. Vier Elemente wurden in der Praxis vertieft:

- Vulnerabilitätsanalyse
  In einer Vulnerabilitätsanalyse wurde die Anfälligkeit der Region Stuttgart für aus dem Klimawandel resultierende Ereignisse systematisch zusammengestellt und bewertet. Dabei wurden insbesondere die Sektoren Gesundheit/Siedlungsentwicklung, Biodiversität/Landwirtschaft/Forstwirtschaft und Wasser untersucht. In enger Abstimmung mit den Städten Ludwigsburg und Esslingen wurden die entsprechenden Aussagen für die bauleitplanerische Anwendung vertieft. Die gesamte Datenbasis steht den Gemeinden im Rahmen des regionalen Rauminformationssystems zur Verfügung und kann dadurch herangezogen werden, um entsprechende Anpassungsmaßnahmen im bauleitplanerischen Maßstab abzuleiten und zu begründen.
- Expertennetzwerk
  Die Annahmen der Vulnerabilitätsanalyse wurden durch Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen, Verwaltungsebenen und wissenschaftlichen Einrichtungen validiert. Durch die Einbeziehung dieser Fachleute – mit jeweils sehr spezieller Perspektive – konnten eine große inhaltliche Bandbreite erreicht und örtliche Besonderheiten berücksichtigt werden. Das entstandene Expertennetzwerk wird über die Laufzeit des MORO hinaus gepflegt. So sollen die getroffenen Annahmen regelmäßig überprüft werden, um die daraus abgeleiteten konzeptionellen Handlungsempfehlungen für die Regional- und Bauleitplanung anzupassen.
- Verfahren zur Schadensermittlung
  Zusätzlich wurden die bestehenden Hochwassergefahren vertiefend betrachtet. Hierfür wurde ein Verfahren entwickelt und getestet, mit dem aufgrund pauschalisierter Annahmen das Schadenspotenzial durch Hochwasserereignisse in von Überschwemmung bedrohten Bereichen ermittelt werden kann.
  Ursprünglich war vorgesehen, die entsprechenden Informationen in eine parallel laufende Teilfortschreibung des Regionalplanes einzuspeisen, um zu belegen, dass ggf. restriktive Maßnahmen erforderlich sind. Diese Planung wurde allerdings verzögert, weil die Hochwassergefahrenkarten als maßgebliche fachliche Grundlage nicht plausibel gemacht werden konnten. Die Ergebnisse des MORO bzw. deren Wirkung konnten daher bislang einem umfassenden Praxistest noch nicht unterzogen werden. Ein entsprechender Einsatz ist allerdings weiterhin vorgesehen.
- Analyse der Grundwassersituation
  Die Region Stuttgart ist als Grundwassermangelgebiet von einer funktionierenden Fernwasserversorgung und der effizienten Nutzung regionaler Ressourcen abhängig. Im Rahmen des Modellvorhabens wurden die Grundwassersituation sowie die Struktur bestehender Zuständigkeiten und Aufgabenwahrnehmungen in diesem zentralen Handlungsfeld analysiert und auf etwaige Störanfälligkeiten im Rahmen des Klimawandels untersucht.

Nach MORO: Weiteres Vorgehen

Mit dem „Modellvorhaben der Raumordnung" hat der laufende Prozess zur Anpassung an den Klimawandel neue und wichtige Impulse erhalten. In der Region Stuttgart wird dieses wichtige Thema auch zukünftig einen Handlungsschwerpunkt der Regionalplanung bilden. Folgende konkrete Maßnahmen sind dazu in Durchführung bzw. Vorbereitung:

- Vulnerabilitätsanalyse der Verkehrsinfrastruktur
  Aufbauend auf einem leistungsfähigen Verkehrsmodell, das im Rahmen der Regionalverkehrsplanung erarbeitet wurde und einen Überblick über das aktuelle und das künftige Verkehrsgeschehen in der Region Stuttgart gibt, soll eine Vulnerabilitätsanalyse der Verkehrsinfrastruktur vorgenommen werden. Diese Maßnahme ist besonders wichtig, weil die Kapazitätsgrenzen zumindest einzelner Systemteile erreicht sind und eine besondere Störanfälligkeit mit entsprechend weitreichenden Auswirkungen zu erwarten ist.

- Verankerung der Ziele im Flächennutzungsplan
  Damit die Ansätze der Regionalplanung zur Anpassung an den Klimawandel auch umgesetzt werden, müssen sie in die vorbereitende Bauleitplanung transformiert und mit städtebaulichen Aspekten verbunden werden. Der Flächennutzungsplan ist hierfür das zentrale Instrument. Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geförderten Vorhabens soll beispielhaft für den Flächennutzungsplan der Stadt Esslingen am Neckar ein entsprechender thematischer Layer für das gesamte Gemarkungsgebiet entwickelt und in den Flächennutzungsplan integriert werden.
- Pilotprojekte
  Weiterhin werden in der Region Stuttgart in unterschiedlichen Pilotprojekten Anpassungsmaßnahmen realisiert. Mit Unterstützung durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm bzw. durch das Bundesumweltministerium werden z. B. in Ludwigsburg Plätze und Stadtquartiere so umgestaltet, dass siedlungsbedingte Hitzestaus vermieden werden und dadurch das Stadtklima verbessert wird. Diese Pilotprojekte werden auf ihre Wirkungen hin analysiert.

Weitere Projektumsetzungen sind im Rahmen des regionalen Kofinanzierungsprogramms „Landschaftspark Region Stuttgart" zu erwarten. Bisher wurden damit bereits Maßnahmen zur Ufergestaltung und zur Bereitstellung von Retentionsflächen begleitet.

Auf Beteiligung und Vernetzung kommt es an

Mit den genannten Strategieelementen hat der Verband Region Stuttgart bereits viele Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorbereitet und umgesetzt. Bei der Erarbeitung und Umsetzung dieser Strategie ist es äußerst wichtig, regionale Partner einzubinden. Insbesondere den Kommunen als Träger der Bauleitplanung kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, denn hier werden die regionalplanerischen Vorgaben umgesetzt. Der Verband Region Stuttgart bindet sie deswegen umfassend und frühzeitig in die Planungen ein. Darüber hinaus wird die Öffentlichkeit deutlich über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus informiert.

Auch außerhalb der Region Stuttgart finden einzelne Elemente großes Interesse. So wird z. B. die regionale Strategie im Rahmen der internationalen Netzwerkarbeit diskutiert und weiterentwickelt. Hierzu zählen neben den institutionalisierten Kooperationen (insbesondere dem Europäischen Metropolennetzwerk METREX) auch Fachtagungen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet das Thema der Anpassung an die Folgen des Klimawandels auch in der Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Partnerregion Northern Virginia.

Thomas Kiwitt ist Leitender Technischer Direktor des Verbands Region Stuttgart.

Kontakt:
Thomas Kiwitt ✆ 0711 22759-50
strauss@region-stuttgart.org

Klimagerechte Verantwortung

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Voltaire

Klimawandel und Energiewende als gesellschaftliche Herausforderung

Der Beginn eines neuen Zeitalters der Erderwärmung und der stetig knapper werdenden fossilen Energieträger wird zur globalen Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Die damit in Zusammenhang stehenden Veränderungen machen vor territorialen Grenzen längst nicht mehr halt. Die Gestaltung des komplexen Zusammenspiels von „Klimawandel und Energiewende" ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zweifellos erkannt.

Aber welche Strategien und Konzepte lassen sich entwickeln, um einerseits das Klima zu schützen und andererseits Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels zu ergreifen? Wie kann die Energiewende erfolgreich umgesetzt werden? Was kommt auf Kommunen, Bürger und Wirtschaft zu? Welche Instrumente können zum Einsatz kommen? Welche Rolle kann hierbei die räumliche Planung spielen? Und wer muss Verantwortung tragen? Dieser Beitrag möchte hierzu ein paar Anregungen liefern.

Der Begriff der Verantwortung wird durch die Studie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung – Globale Umweltveränderungen (WBGU) „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" aufgegriffen. Darin wird ein neuer Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung gefordert: „Der Gesellschaftsvertrag kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (als

demokratische Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung)." (WBGU 2011: 2).

Hieran anknüpfend ist festzustellen, dass die globale Dimension des Klimawandels sowie die verstärkte Nutzung regenerativer Energien auf allen Ebenen ein hohes Maß an Verantwortung erfordern, welche sich überwiegend am Gemeinwohl und nicht nur an lokalen Bedürfnissen orientieren muss.

In diesem Sinn ist es als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu sehen, dass sich jeder Einzelne einer „klimagerechten Verantwortung" stellen muss. In besonderem Maße sind hierbei die Akteure der räumlichen Planung gefordert.

Rolle der räumlichen Planung und Aktivitäten der ARL

Die Raumplanung ist mit ihren Aufgaben, Ebenen und Instrumenten direkt und indirekt von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und kann darüber hinaus auch Maßnahmen zur Energiewende räumlich steuern. Dazu sind insbesondere die Handlungsfelder, die sich auf den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels auswirken, wie z. B. die Siedlungs- und Versorgungsstruktur, die Verkehrsentwicklung oder die Freiraumsicherung, zu nennen. Gerade weil die Raumplanung und Raumordnung in vielen Handlungsbereichen besonders betroffen ist, kann und muss sie einen großen Beitrag zur klimagerechten Verantwortung leisten. In Kooperation mit kommunalen Planungsträgern sollte sie deshalb proaktiv eine zentrale Koordinationsrolle übernehmen. Diese kann z. B. darin bestehen, in überörtlichen Gremien wie etwa den regionalen Planungsverbänden ganz gezielt neue und möglichst konkrete Standards für eine klimagerechte Stadt- und Regionalentwicklung zu setzen („Stadt der kurzen Wege", kompakte Siedlungen, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs). Darüber hinaus würde es sich anbieten, in Kombination der formellen und informellen Instrumente neue Foren der interdisziplinären Zusammenarbeit (runde Tische, Fachkonferenzen etc.) zu etablieren. Damit dies gelingt, ist ein koordiniertes Vorgehen der Akteure notwendig.

Die ARL hat hierzu bereits in mehreren Arbeitsgruppen bzw. Arbeitskreisen zum Themenkomplex „Klimawandel und Energiewende" wissenschaftliche und praxisnahe Beiträge geliefert. So stellten beispiels-

Ebenenspezifische Verantwortungsbereiche für das Themenfeld „Klimawandel und Energiewende"

Planungsebenen	Verantwortungsbereiche	Beispiele
Landesentwicklungsprogramme/ -pläne	Erfordernisse der Raumordnung mit konkreten Aufträgen an die Regionalplanung und als verbindliche Vorgaben zur Umsetzung in der Bauleitplanung	- Auftrag an die Regionalplanung, „Regionale Grünzüge" festzulegen - Ziele und Grundsätze zu Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen - Ziele und Grundsätze zu energiesparenden, kompakten Siedlungsstrukturen
Regionalpläne	Ziele und Grundsätze zur regionalen Steuerung von Siedlungsentwicklung und Freiraumsicherung etc.; Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die regenerative Energieerzeugung	- Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windkraftanlagen - Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Freiflächen – Photovoltaikanlagen - Regionale Grünzüge
Bauleitplanung	Darstellungen bzw. Festsetzungen von gebietstypdifferenzierten Flächen zur vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung	- Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen - Sondergebiete für Anlagen, die der Nutzung erneuerbarer Energien (z. B. Sonnenenergie) dienen

Quelle: eigene Darstellung

weise der Arbeitskreis „Raumplanung im Klimawandel“ (Birkmann/Vollmer/Schanze 2013) und die Arbeitsgruppe der LAG Bayern „Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung“ (Kufeld 2013) den räumlichen Aspekt einer *„klimagerechten Verantwortung“* in den Vordergrund ihrer Betrachtungen. In den sogenannten „‘Zugspitzthesen‘: Klimawandel, Energiewende und Raumordnung“ (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2012) wurden dazu zwölf zentrale Thesen formuliert, die u. a. deutlich machen, dass das Prinzip der „klimagerechten Verantwortung“ als durchgängiges Prinzip in unserem mehrstufigen Planungssystem fest verankert werden muss, um kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu bieten.

Zielführend wäre es, wenn hierfür ein auf den verschiedenen Planungsebenen verantwortlicher „Kümmerer“ und/oder entsprechende Stabsstellen zum Einsatz kämen.

Ebenenspezifische Verantwortungsbereiche und Instrumente

Das Spektrum von potenziell zu ergreifenden verbindlichen Maßnahmen ist breit. Es reicht von der Flächenvorsorge für die verschiedenen Formen der regenerativen Energieerzeugung bis zur Festsetzung von Regionalen Grünzügen. Die Tabelle (S. 19) soll exemplarisch zeigen, welche ebenenspezifischen Verantwortungsbereiche für das Themenfeld „Klimawandel und Energiewende“ zur Verfügung stehen. Ergänzend zu den formellen Instrumenten können die informellen Instrumente der Raumplanung/Raumordnung im Sinne von „Regional Governance“ sowohl Transparenz als auch Akzeptanz schaffen bzw. verstärken. Als gut geeignetes Instrument bietet sich hier beispielsweise das „Regionale Energiekonzept“ an, das auf konzeptioneller Ebene einen wichtigen Überblick über die Energiepotenziale einer Region aufzeigen kann.

Ein entscheidender Schritt von ebenenspezifisch definierten Verantwortungsbereichen zur eigentlichen Umsetzung muss allerdings darin bestehen, dass der politische bzw. kommunalpolitische Wille besteht, erstens die vorhandenen Instrumente klimagerecht weiterzuentwickeln und zweitens sie konsequent anzuwenden. Beispielsweise gilt es in diesem Sinne, den auf regionaler Ebene gewonnenen Konsens zur Festlegung von „Regionalen Grünzügen“ oder die Darstellung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen auf der Ebene der Bauleitplanung nicht durch entgegenstehende, oft kurzfristig ambitionierte Nutzungsinteressen infrage zu stellen.

Umsetzen und Handeln als Gebot der Stunde

Die Vulnerabilität von Städten, Gemeinden und Regionen kann durch vorausschauendes Handeln durchaus reduziert werden. Hierzu kann man in der räumlichen Planung auf einen umfangreichen Instrumentenkasten zugreifen. Dazu ist aber neben einem konsequenten Handeln der Akteure aller Planungsebenen auch der politische Umsetzungswille erforderlich – nicht morgen, sondern heute. Verzögertes und inkonsequentes Handeln wird dagegen die Anpassungserfordernisse in der Zukunft erhöhen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Koordination von Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie für die Umsetzung der Energiewende ist in jedem Fall eine breite Öffentlichkeitsarbeit und die Begleitung der Maßnahmen durch ein Monitoring-System. Nur so kann das notwendige Problembewusstsein geschaffen werden, das die Basis für eine erfolgreiche Implementation der notwendigen Reformschritte bildet.

Klimagerechtes und nachhaltiges Handeln ist unsere Verpflichtung für eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Ltd. Regierungsdirektor Walter Kufeld leitet an der Regierung von Oberbayern das Sachgebiet „Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in den Regionen München und Ingolstadt“. Er ist Mitglied der ARL, hat in der LAG Bayern die Arbeitsgruppe „Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung“ geleitet und war Mitglied des ARL-Arbeitskreises „Klimawandel und Raumplanung“.

Kontakt:

Walter Kufeld ✆ 089 2176-2488
walter.kufeld@reg-ob.bayern.de

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2012): „Zugspitz-Thesen“: Klimawandel, Energiewende und Raumordnung. Positionspapier aus der ARL Nr. 90. Hannover.

Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel – Herausforderungen für die räumliche Planung. Forschungsberichte der ARL 2. Hannover.

Kufeld, W. (Hrsg.) (2013): Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung. Arbeitsberichte der ARL 7. Hannover.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Gobale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.

REGKLAM – Integrierte Klimaanpassung in Dresden[1]

REGKLAM steht für „Entwicklung und Erprobung eines regionalen Klimaanpassungsprogramms für die Modellregion Dresden". Das Akronym wurde für ein Vorhaben verwendet, das zwischen 2008 und 2013 im Rahmen des BMBF-Programms „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten" (KLIMZUG) von einem Netzwerk von Akteuren in der Region Dresden durchgeführt wurde. Das Netzwerk umfasst neben dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) als Koordinator unter anderem die Technische Universität (TU) Dresden und weitere Forschungseinrichtungen, eine Vielzahl kommunaler und staatlicher Stellen sowie eine Reihe von Akteuren aus der Wirtschaft. Es existierte in seinem Kern bereits vor Projektbeginn, wurde aber im Laufe des Vorhabens erheblich ausgeweitet und gefestigt.

Die sächsische Landeshauptstadt Dresden – als kommunale Gebietskörperschaft selbst Mitglied im Projektkonsortium – und ihr weiteres Umland, eine Region, in der über 1,2 Millionen Menschen leben, dienten als Modellregion (vgl. Abbildung). Hier fand ein Großteil der Untersuchungen statt und hier wurden Maßnahmen eingeleitet sowie Projektempfehlungen umgesetzt.

Ein Hauptziel des Vorhabens war es, (1) klimatologische und gesellschaftliche Grundlagen für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu identifizieren, (2) Klimawandelfolgen und mögliche Anpassungsoptionen in strategischen Handlungsfeldern zu eruieren und (3) die Ergebnisse in den einzelnen Handlungsfeldern in einem Integrierten Regionalen Klimaanpassungsprogramm für die Region Dresden zusammenzuführen.

Herausforderungen durch den Klimawandel

Klimabeobachtungen aus den Jahren 1961 bis 2010 lassen einen Anstieg der Jahresdurchschnitts- und -maximaltemperaturen in der Region Dresden in den letzten Jahrzehnten erkennen. Wasserbilanzen haben abgenommen. Klimamodelldaten bis zum Ende des 21. Jahrhunderts legen den Schluss nahe, dass die Trends der vergangenen Jahre im Hinblick auf die Temperaturentwicklung weiter anhalten und sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verschärfen werden. Die Niederschläge werden sich ebenfalls verändern. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Winter nasser werden, wobei mehr Regen als Schnee fallen wird. Im Sommer dürften Trockenperioden zunehmen, unterbrochen durch seltene, aber lokal heftige Niederschläge. Extreme werden nah beieinander liegen.

Dies führt zu einer Reihe von Herausforderungen, aber auch zu neuen Chancen. So kann in den dicht bebauten Stadtteilen Dresdens die zunehmende Hitze im Frühjahr und Sommer in Kombination mit dem städtischen Wärmeinseleffekt schon heute zum Problem werden. Heiße Tage mit mehr als 30 Grad Celsius und Tropennächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad Celsius fällt, haben zugenommen und beeinflussen das Bioklima, und damit z. B. den Schlafkomfort, negativ. Die Wärmeinseln stellen besonders für ältere Menschen eine hohe gesundheitliche Belastung dar.

Quelle: Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung 2009

Überblick über die Modellregion Dresden

Die Wassersysteme in der Region Dresden sind ebenfalls betroffen. So haben Starkregenereignisse beispielsweise Auswirkungen auf technische Infrastrukturen (Abwassersysteme etc.), die Bodenerosion und folglich auf den Eintrag von Nährstoffen in Gewässer und Schutzgebiete sowie auf die Gefährdung von Siedlungsräumen durch Überschwemmungen oder Erdrutsche.

[1] Der Beitrag basiert auf einer umfassenderen Darstellung des REGKLAM-Vorhabens und seiner Ergebnisse in: Olfert, A.; Müller, B.; Bernhofer, C.; Korndörfer, C.; Sommer, W. (2014): REGKLAM – ein integriertes regionales Klimaanpassungsprogramm: das Beispiel Dresden (im Druck). Teilweise wird hier auf diesen Beitrag wörtlich Bezug genommen.

In der Land- und Forstwirtschaft sowie im Obst- und Weinbau liegen Risiken und Chancen des Klimawandels dicht beieinander. Eine längere thermische Vegetationsperiode und höhere Temperaturen begünstigen die Ertragsaussichten vor allem in den kühleren Anbaugebieten der Region und eröffnen Möglichkeiten für Wärme liebende Ackerfrüchte, Gemüsearten und Rebsorten. So wird sich beim Weinbau das Spektrum zugunsten von Rebsorten ausweiten, die bisher vorwiegend in südlichen Ländern wie Frankreich oder Italien angebaut werden.

Diesen Vorteilen stehen Nachteile wie geringere Planungssicherheit und mögliche Ertragseinbußen gegenüber – z. B. durch häufigere Trockenperioden schon im Frühjahr, häufigere Starkregen- oder Hagelereignisse, neue Schädlinge, zunehmende Bodenerosion und Waldbrände, aber auch Spätfröste, die bei einem früheren Vegetationsbeginn zu höheren Schäden führen.

Auch im Hinblick auf die regionale Wirtschaft sind die Folgen des Klimawandels ambivalent. Höhere Temperaturen führen zu einem höheren Kühl- und damit Energiebedarf, z. B. in der für die Region wichtigen Nahrungsmittelindustrie. Reinraumtechnologien in der Mikroelektronikindustrie, einem wesentlichen wirtschaftlichen Hochtechnologie-Standbein der Region, erfordern bei steigender Trockenheit und höherer Staubbelastung besondere Filteranlagen.

Die Anpassung an den Klimawandel kann aber auch zu einem lukrativen Geschäftsfeld werden – beispielsweise für innovative und flexible Unternehmen im Bereich Umwelttechnologien. Die Bauwirtschaft dürfte durch Anpassungsmaßnahmen an Gebäuden profitieren. Auch die Verlängerung der touristischen Sommersaison birgt Potenziale.

Handlungsansätze

In dem in Dresden erarbeiteten Programm wird ein Leitbild für die regionale Klimaanpassung formuliert, welches drei Kernpunkte enthält: (1) die Erhaltung gesunder und attraktiver Lebens- und Arbeitsbedingungen, (2) die Nutzung wirtschaftlicher Chancen und die Minimierung von Risiken sowie (3) die Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen. Basierend auf diesem Leitbild präsentiert das Klimaanpassungsprogramm Ziele und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in der Region für fünf strategische Themen: (1) städtebauliche Strukturen, Grün- und Freiflächen sowie Gebäude, (2) Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft, (3) Land- und Forstwirtschaft, (4) gewerbliche Wirtschaft und (5) Naturschutz.

Die Identifizierung dieser Themen erfolgte nicht im „Elfenbeinturm", sondern gemeinsam mit maßgeblichen Vertretern öffentlicher Verwaltungen auf Landesebene, der Region und der Kommunen sowie der regionalen Wirtschaft. REGKLAM setzte damit bewusst Akzente. Für jedes Thema wurden die spezifischen Herausforderungen der Klimaanpassung, ein themenspezifisches Leitbild sowie Handlungsschwerpunkte ausgearbeitet und konkrete Ziele und Maßnahmen formuliert.

Handlungsschwerpunkte zur Anpassung an den Klimawandel im Bereich der Siedlungsentwicklung betreffen z. B. die Gestaltung der potenziell betroffenen Siedlungsräume, die aktive, klimatisch wirksame Nutzung vorhandener Flächenpotenziale sowie den systematischen und zielgerichteten Umbau von Siedlungsstrukturen und des Gebäudebestands. Konkrete Maßnahmen reichen einerseits vom Leitbild der „kompakten Stadt im ökologischen Netz", verankert im Landschaftsplan der Landeshauptstadt Dresden, bis hin zur Beurteilung und Erarbeitung von Vorschlägen zur langfristigen Veränderung von Großgrün bzw. Baumbeständen in der Stadt. Andererseits geht es um Maßnahmen im Gebäudebestand, um Risiken für die Bausubstanz durch häufigere und zum Teil sich verstärkende Naturgefahren (Starkregen, Hagel, Hitze etc.) zu senken, oder in Bezug auf das Innenraumklima öffentlicher und privater Gebäude, um gesundheitliche Belastungen an Arbeitsplätzen, in Schulen oder in Wohnräumen zu minimieren. In Pilotvorhaben wurden Gebäude für die zunehmende Hitzebelastung fit gemacht, indem sie durch effiziente Speicher unter dem Haus passiv gekühlt werden.

Andere Maßnahmen, die entwickelt und teilweise bereits umgesetzt wurden, zielen auf die Stabilisierung des ruralen und des urbanen Wasserhaushalts in Quantität und Qualität oder auf die Schaffung bzw. Erhaltung leistungsfähiger und dauerhaft effizienter technischer Infrastrukturen, z. B. von Abwassernetzen. Abwassernetze weisen beispielsweise eine erhöhte Belastung in Trockenperioden auf: Aufgrund des geringeren Wasserdurchflusses kann es zu Sedimentations- und Fäulnisprozessen kommen, die wiederum eine Korrosion des Materials verursachen und zu Geruchsbelastungen in Siedlungsräumen sowie einem steigenden Wartungs- und Instandsetzungsaufwand führen. Bei Starkregen besteht wiederum die Gefahr eines unkontrollierten Überstaus in den Abwassernetzen, der zu Schäden an Infrastrukturen und Gebäuden führen kann. Für beide Probleme wurden gemeinsam mit der Stadtentwässerung Dresden und dem Umweltamt der Stadt Dresden Lösungen entwickelt, etwa hinsichtlich einer geringeren Flächenversiegelung oder einer gezielten Entsiegelung in Überstaubereichen, einer verbesserten Regenwasserbewirtschaftung, z. B. mit Wasserrückhalteflächen, oder einer Anpassung von Bewirtschaftungsplänen und der Wartungstechnik (etwa durch Kanalspülwagen).

Im Bereich der Landwirtschaft ging es unter anderem um die Wahl geeigneter Sorten, um Fragen einer konservierenden Bodenbearbeitung, die Einführung geeigneter Fruchtfolgen, um die Dauerbegrünung besonders erosionsgefährdeter Flächen sowie um betriebliches Risikomanagement. In der Forstwirtschaft standen der Waldumbau, die Anpassung der Struktur der Wälder und die Zusammensetzung der Baumarten

im Mittelpunkt. Während die Sensibilität von Land- und Forstwirten hinsichtlich der Folgen des Klimawandels teilweise bereits relativ weit fortgeschritten ist, haben Umfragen ergeben, dass sich die meisten Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe (noch) nicht vom Klimawandel betroffen fühlen. Dies war Anlass für die Industrie- und Handelskammer, sich der Problematik in besonderer Weise anzunehmen und das Vorhaben durch die Einrichtung eines Wirtschaftsbeirats zu unterstützen, in dem regionale Unternehmen zusammenarbeiteten, die bereits Erfahrungen im Bereich des Umweltmanagements und der Anpassung an den Klimawandel hatten und bereit waren, ihre Erfahrungen an andere Firmen weiterzugeben.

REGKLAM in der Praxis

REGKLAM profitierte davon, dass dem Thema Klimaanpassung auf allen Ebenen von Beginn an eine große Bedeutung beigemessen wurde. Von der Landesregierung wurde es als „Leuchtturmprojekt" bezeichnet, da man überzeugt war, dass das Vorhaben wichtige Anregungen für die künftige Anpassung sächsischer Kommunen an den Klimawandel liefern würde. Wichtig war die Zusammenarbeit mit der Praxis in jeder Phase des Vorhabens. Dadurch konnte die Praxisrelevanz von Vorschlägen sowie die Ergebnisorientierung der Arbeiten gewährleistet werden. Von entscheidendem Vorteil für die Übertragbarkeit der Ergebnisse war, dass die Zwischenresultate und die daraus abgeleiteten Empfehlungen im Projektverlauf wiederholt – unter anderem auch mit kommunalen Entscheidungsträgern und Akteuren – in verschiedenen Veranstaltungsformaten diskutiert und dabei auf ihre Praxistauglichkeit geprüft wurden. Über die kommunalen Verwaltungen hinaus wurde von Beginn an der Dialog mit weiteren Zielgruppen wie Unternehmen und Land- und Forstwirten gesucht, um die Notwendigkeit der Anpassung an den Klimawandel zu erörtern, Betroffenheiten zu identifizieren und realistische Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Bereits frühzeitig wurde innerhalb des Netzwerks die Frage behandelt, wie die in REGKLAM aufgebaute und weiterentwickelte Struktur nach Projektende verstetigt werden könnte. Denn es war von Beginn an klar, dass innerhalb der Projektlaufzeit nur erste Maßnahmen eingeleitet werden konnten. Zudem war zu erwarten, dass es auch nach fünf Jahren REGKLAM in der Region eine Vielzahl von Menschen, auch politische Verantwortungsträger, geben würde, die nach wie vor am Klimawandel zweifeln und dem Thema keine oder nur geringe Bedeutung beimessen.

Nach Projektende geht es deswegen darum, weiterhin betroffene Zielgruppen wie Unternehmen, Landnutzer, Planer und Bauherren für die Ergebnisse aus dem Vorhaben und für Vorschläge zu Anpassungsmaßnahmen zu sensibilisieren und ihnen entsprechende Erkenntnisse aus REGKLAM zur Verfügung zu stellen. In dieser Hinsicht spielt es eine Rolle, dass REGKLAM nicht von der Wissenschaft allein, sondern insbesondere auch von der Praxis getragen wurde. So wird das Thema sowohl von der Sächsischen Staatsregierung und ihren Einrichtungen, z. B. dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, als auch von der Landeshauptstadt Dresden, der Industrie- und Handelskammer und weiteren Stellen weiter behandelt. Die Wissenschaft, allen voran die wissenschaftlichen Projektpartner von REGKLAM, sind nach wie vor eng in die Arbeiten einbezogen. Im IÖR hat das Thema weiterhin Priorität, neue Projektvorhaben, auch in Kooperation mit Kommunen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, werden vorbereitet. Neue Perspektiven, gerade auch im Hinblick auf eine internationale Vernetzung, bietet die Zusammenarbeit mit einem in Dresden seit kurzem ansässigen Institut der United Nations University (UNU-Flores), das sich mit dem Nexus von Wasser, Boden und Abfall beschäftigt.

REGKLAM hat gezeigt, dass Klimaanpassung nur dann erfolgreich ist, wenn alle betroffenen Akteure eng zusammenarbeiten. Denn nur dann ist es möglich, das Denken und Handeln in „Silos", das heißt innerhalb der engen sektoralen Grenzen von fachlichen Zuständigkeitsbereichen, zu überwinden und zu neuen, integrierten Perspektiven zu gelangen. Dies ist keine leichte Aufgabe, aber der Aufwand lohnt sich. In diesem Sinne sind auch die vielfältigen Initiativen zur Fortführung der Zusammenarbeit in der Region Dresden über das Projektende hinaus zu verstehen.

Prof. Dr. Bernhard Müller ist Leiter des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden und Professor für Raumentwicklung an der TU Dresden. Er leitete das Projekt REGKLAM.

Kontakt:

Bernhard Müller ✆ 0351 46 79 211
b.mueller@ioer.de

Alfred Olfert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im IÖR und war REGKLAM-Projektkoordinator.

Kontakt:

Alfred Olfert ✆ 0351 46 79 292
a.olfert@ioer.de

Literatur

Müller, Bernhard (Hrsg.) (2013): Risiken beherrschen, Chancen nutzen. Die Region Dresden stellt sich dem Klimawandel. Strategiekonzept zum Integrierten Regionalen Klimaanpassungsprogramm für die Region Dresden. Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung. Dresden.

REGKLAM-Konsortium (Hrsg.) (2013): Integriertes Regionales Klimaanpassungsprogramm für die Region Dresden. Grundlagen, Ziele und Maßnahmen, REGKLAM-Publikationsreihe, Heft 7. Berlin.

KLIFF-IMPLAN: Handlungsempfehlungen für Niedersachsen

Der Klimawandel ist eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Neben verstärkten Anstrengungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sind Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels erforderlich. Der Raum ist hiervon in vielfacher Hinsicht betroffen, weswegen der Raumplanung bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels eine besondere Rolle zukommt.

Bislang werden die Auswirkungen der zu erwartenden klimatischen Veränderungen auf Mensch und Umwelt sowie die Reaktionsmöglichkeiten der Raumplanung vorwiegend auf wissenschaftlicher Ebene behandelt. In der Planungspraxis findet eine Auseinandersetzung mit dem Thema dagegen erst vereinzelt statt, und wenn, dann vor allem in Form geförderter und wissenschaftlich begleiteter Modellvorhaben (z. B. KlimaMORO, KlimaExWoSt). Vor diesem Hintergrund haben sich vor mittlerweile fünf Jahren die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) als federführende Einrichtung und ihre Partner, die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und die Region Hannover, zu einem Projektkonsortium zusammengeschlossen. Ziel war es, im Rahmen des niedersächsischen Forschungsverbunds „KLIFF – Klimafolgenforschung in Niedersachsen" Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu erarbeiten. Der Titel des querschnittsorientierten Teilprojektes lautete: „IMPLAN – IMplementierung von Ergebnissen aus KLIFF in der räumlichen PLANung in Niedersachsen".

Wie wurde in IMPLAN vorgegangen?

Da das Thema eine hohe Komplexität aufweist, wurde für den transdisziplinären Wissenstransfer eine projektbegleitende Dialogplattform eingerichtet. Zu diesem Zweck wurde eine mit Expertinnen und Experten aus Raumwissenschaft und Planungspraxis besetzte Arbeitsgruppe, die IMPLAN-AG, gegründet, die in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt elf Workshops zu den unterschiedlichen KLIFF-Forschungsthemen (s. Abb.) durchgeführt hat. Durch die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus der niedersächsischen Landes- und Regionalplanung war es möglich, von Beginn an zielgerichtet Informationen und neue Forschungserkenntnisse in die Planungspraxis einfließen zu lassen.

Welche Ergebnisse sind in IMPLAN entstanden?

Im IMPLAN-Abschlussbericht, der in der Reihe „Arbeitsberichte der ARL" erscheinen wird, werden für ausgewählte Handlungsfelder der räumlichen Planung in Niedersachsen die voraussichtlichen Konsequenzen der klimatischen Veränderungen auf den Raum sowie denkbare Reaktionsmöglichkeiten der Raumplanung aufgezeigt. Zu diesen Handlungsfeldern zählen der Küstenschutz und das Wassermanagement in Niederungsgebieten, die Wasserwirtschaft im Binnenland, die Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung, der Schutz der biologischen Vielfalt, die Land- und Forstwirtschaft sowie der Tourismus. Basierend auf einer Beschreibung der aus dem Klimawandel resultierenden Handlungsbedarfe sowie bereits vorhandener bzw. zukünftig denkbarer Anpassungsoptionen wurde das Instrumentarium der Raumplanung dahingehend analysiert, ob es sich zur Vorbereitung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen eignet. Sofern erforderlich, wurden Vorschläge zur Weiterentwicklung unterbreitet. Im Fokus standen

Quelle: eigene Darstellung

Aufbau des KLIFF-Forschungsverbunds

hierbei die Handlungsmöglichkeiten und Instrumente der niedersächsischen Landes- und Regionalplanung. In den wasserbezogenen Handlungsfeldern wurden darüber hinaus auch die Ansatzpunkte der Fachplanung betrachtet.

Dieser Beitrag beleuchtet im Folgenden beispielhaft einige klimawandelbedingte Anforderungen an die räumliche Planung in zwei der untersuchten Handlungsfelder: Küstenschutz und Schutz der biologischen Vielfalt.

1. Küstenschutz als (künftig) wichtiges Handlungsfeld der Raumplanung

Der Klimawandel wird zu einem beschleunigten Anstieg des Meeresspiegels führen, über dessen Ausmaß und Verlauf bislang noch große Unsicherheiten bestehen. Während das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in seinem 5. Sachstandsbericht von 2013 von einem Anstieg des mittleren globalen Meeresspiegels um 28 bis 98 cm bis 2100 ausgeht, halten zahlreiche andere Studien auch weitaus größere Anstiege für möglich. Mit dem steigenden Meeresspiegel wird sich an der niedersächsischen Küste die Sturmflutgefahr erhöhen, sodass zusätzliche Anstrengungen im Bereich des Küstenschutzes erforderlich werden. Darüber hinaus projizieren die regionalen Klimaszenarien für den niedersächsischen Küstenraum einen Anstieg der Niederschlagssummen im Winterquartal sowie eine Zunahme von Starkregenereignissen. Dies führt dazu, dass die Wassermengen, die aus den Küstenniederungen abgeleitet werden müssen, sowohl saisonal als auch in der Spitze zunehmen werden. Aufgrund des Meeresspiegelanstiegs reduzieren sich aber gleichzeitig die Möglichkeiten einer Entwässerung im natürlichen Sielzug während der Tideniedrigwasserphase. Dies führt insgesamt dazu, dass die Kapazitäten des Wassermanagementsystems angepasst werden müssen. Hierfür kommen grundsätzlich zwei Möglichkeiten infrage: 1) der Ausbau von installierten Pumpleistungen und 2) die Schaffung von Poldern für den temporären Wasserrückhalt, mit deren Hilfe Starkregenereignisse abgepuffert werden können. Aufgrund der hohen Raumrelevanz einzelner Maßnahmen wird im Bereich des Küstenschutzes künftig auch die Raumplanung stärker gefordert sein. Folgende Handlungserfordernisse gewinnen hier an Bedeutung:

- **Sicherung von Flächen für den Küstenschutz:** Angesichts der bestehenden Vielfalt hydromorphologischer, topographischer und siedlungsstruktureller Gegebenheiten entlang der niedersächsischen Küste ist davon auszugehen, dass die Anpassung des Küstenschutzsystems mittel- bis langfristig in lokalen Modifikationen erfolgen muss. Dabei könnten neben den bewährten, eher technisch ausgerichteten Strategien des Küstenschutzes (wie z. B. die Ertüchtigung bestehender Hauptdeiche) auch alternative, stärker raumbezogene Maßnahmenoptionen zur Anwendung kommen. Hierzu zählen z. B. gestaffelte Schutzsysteme mit zusätzlichen Schutzlinien im Deichhinterland, Rückdeichungen und Sturmflutentlastungspolder an Ästuaren oder die Schaffung von temporär nutzbarem Speicherraum im Entwässerungssystem der Küstenniederungen. Um eine ausreichende räumliche Flexibilität für künftige Küstenschutzoptionen zu gewährleisten, müssen von der Raumplanung vorausschauend Flächen von entgegenstehenden Nutzungen freigehalten werden. Dies wäre allerdings nur auf der Grundlage entsprechend langfristig ausgerichteter wasserwirtschaftlicher Fachplanungen und -konzepte möglich. Um Raumnutzungskonflikte zu minimieren, muss die Sicherung von Flächen für Küstenschutzmaßnahmen durch informelle Planungs- und Aushandlungsprozesse begleitet werden.
- **Sicherung von Flächen für Kleientnahmen:** Für den Bau bzw. die Ertüchtigung von Küstenschutzdeichen wird Klei benötigt, der überwiegend in den deichgeschützten Küstenmarschen sowie in kleinerem Umfang in geeigneten Außendeichflächen gewonnen wird. Aufgrund konkurrierender Nutzungen und entgegenstehender Naturschutzfunktionen sind die Möglichkeiten, Kleientnahmeflächen auszuweisen, zum Teil jedoch schon heute stark eingeschränkt. Der steigende Bedarf an Klei und die damit einhergehende erhöhte Flächeninanspruchnahme werden zu Flächennutzungskonflikten führen, die durch die Raumordnung geregelt werden müssen.
- **Risikominimierung in überflutungsgefährdeten Küstenbereichen:** Da Küstenschutzanlagen trotz hoher Sicherheitsstandards versagen können, sollten entsprechende Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden, um das Risiko von Überflutungen zu minimieren. Dies kann u. a. durch eine Reduzierung des Schadenspotenzials in überflutungsgefährdeten Küstenbereichen erreicht werden. In der Raumordnung und Bauleitplanung ist hierfür allerdings ein Umdenken erforderlich: Bis heute werden die niedersächsischen Küstengebiete quasi uneingeschränkt für Siedlungs- und Gewerbeflächen, Industriebetriebe und Infrastruktureinrichtungen genutzt. Grundsätzlich zur Verfügung stehende planerische Informations- und Restriktionsmöglichkeiten, wie z. B. die Darstellung von Gefährdungslagen, Vorgaben zur Flächennutzung oder zu hochwasserangepassten Bauweisen bzw. Objektschutzmaßnahmen, finden kaum Anwendung.

Wie die vorangegangenen Ausführungen verdeutlichen, werden sich die bereits heute existierenden Flächenkonkurrenzen zwischen den Belangen des Küstenschutzes und Wassermanagements sowie anderen Raumnutzungen und -funktionen (z. B. Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung, Naturschutz, Tourismus, Landwirtschaft) im Hinblick auf die klimawandelbedingten Anpassungserfordernisse weiter verschärfen. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die Bemühungen um ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM)

zu intensivieren. Nur so können Konflikte minimiert und potenzielle Synergien identifiziert werden. Ziel muss es sein, die Strategien eines räumlich integrierten Küstenschutzes mit den Belangen des Naturschutzes und den Nutzungsansprüchen von Landwirtschaft und Tourismus in einer multifunktionalen Küstenschutzzone zu verknüpfen.

2. Sicherung der biologischen Vielfalt durch Biotopverbund

Die (Wieder-)Vernetzung isolierter Lebensräume in Form von Biotopverbünden stellt bereits heute eine wichtige Aufgabe des Biodiversitätsschutzes dar. In Anbetracht des Klimawandels werden die Effekte großräumiger Biotopverbundsysteme allerdings noch bedeutender. Nur ausreichend vernetzte Lebensräume ermöglichen Wanderungs- und Ausweichbewegungen für zahlreiche von klimawandelbedingten Arealverschiebungen betroffene Arten. Zudem weisen vernetzte Artvorkommen eine höhere Widerstandsfähigkeit gegenüber ungünstigen Einflüssen des Klimawandels auf, weil die Wiederbesiedlung von Habitaten erloschener Vorkommen (z. B. infolge eines Extremwetterereignisses) erleichtert wird und weil durch den genetischen Austausch zwischen Populationen eine größere Anpassungsfähigkeit gewährleistet ist.

Um funktionsfähige und großräumige Biotopverbünde zu schaffen, müssen naturschutzfachlich wertvolle Flächen, die als Verbundachsen und Trittsteinbiotope fungieren können, gesichert und entwickelt werden. Darüber hinaus ist auf eine Verringerung der Barrierewirkung von Verkehrswegen und Fließgewässerverbauungen sowie von intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen hinzuwirken. Letzteres kann zum Beispiel durch Hecken, Feldraine, Gehölze, Wasserläufe und Tümpel erreicht werden, die die Nischen- und Strukturvielfalt der Landschaft erhöhen. Bei der Sicherung und Entwicklung eines Biotopverbundsystems kommt der Landschaftsplanung eine Schlüsselrolle zu. Sie sollte ihre Planwerke regelmäßig aktualisieren, um eine rechtzeitige Berücksichtigung und Integration naturschutzrelevanter Aspekte zu gewährleisten. Dies ist in Niedersachsen aktuell längst nicht flächendeckend der Fall. Auf Landesebene bedarf es z. B. dringend einer Fortschreibung des noch aus dem Jahr 1989 stammenden Landschaftsprogramms. Hier wären im Hinblick auf den Klimawandel vor allem Aussagen zu einem landesweiten Biotopverbund erforderlich. Auch bei der Fortschreibung der zum Großteil noch aus den 1990er Jahren stammenden Landschaftsrahmenpläne auf regionaler Ebene sollten die Aspekte des Biotopverbunds verstärkt berücksichtigt werden.

Neben der Landschaftsplanung ist aber auch die Raumordnung gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Zwar schreibt das niedersächsische Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) in seinen textlichen Festlegungen den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes bereits vor. Es enthält allerdings keine konkretisierenden zeichnerischen Festlegungen zu dessen Umsetzung. Aus diesem Grund konnte ein landesweites Biotopverbundsystem bislang alleine durch kumulierende Festlegungen zur Biotopvernetzung in den Regionalen Raumordnungsprogrammen entstehen. Es ist deswegen zu begrüßen, dass in den allgemeinen Planungsabsichten zur Änderung des LROP vom 24. Juli 2013 (Nds. MBl. Nr. 28/2013 S. 556) eine Konkretisierung der Regelungen zur Sicherung eines landesweiten Biotopverbundes vorgesehen ist. Demnach sollen gemäß der Maßstabsebene des LROP bereits auf Landesebene Waldlebensräume, Lebensräume des trockenen und feuchten Offenlandes sowie Fließgewässerlebensräume in einem landesweiten Verbundsystem gesichert und entwickelt werden.

Jan Spiekermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) sowie des Instituts für Biologie und Umweltwissenschaften (AG Angewandte Geographie und Umweltplanung) der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er ist Koordinator von KLIFF-IMPLAN.

Kontakt:

Jan Spiekermann ✆ 0511 34842-57
spiekermann@arl-net.de

Klimawandel und Raumplanung: Noch viele offene Fragen

Abschlussworkshop des Arbeitskreises „Klimawandel und Raumplanung“ am 21./22. November 2013 in Bonn

Ende November trafen sich Mitglieder und Gäste des Arbeitskreises an der United Nations University, Institute for Environment and Human Security, in Bonn, um Bilanz zu ziehen und den Blick nach vorne zu richten. Ziel des Abschlussworkshops war es, die eigenen Arbeitsergebnisse vor dem Hintergrund anderer Forschungsaktivitäten (z. B. Abschluss der Forschungsvorhaben KLIMZUG und KlimaMORO) zu reflektieren und darauf aufbauend Forschungsdesiderate zu benennen.

Blick zurück …

Der AK „Klimawandel und Raumplanung“ hat sich mit den raumplanerischen Möglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel beschäftigt. In einem ersten Schritt haben die Mitglieder hierfür grundlegende Begriffe der Risiko- und Klimafolgenforschung aus den Blickwinkeln ihrer Fachdisziplinen – neben der Raumplanung und Geographie waren z. B. auch Rechtswissenschaften und die Physik vertreten – definiert, diese auf die räumliche Planung übertragen und in einem Glossar zusammengetragen. Der Arbeitskreis hat Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zusammengeführt und zeigt im abschließenden Forschungsbericht Handlungsoptionen und Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung auf. Das Thema Klimawandel und Raumplanung fand auch in anderen Forschungsaktivitäten Berücksichtigung. So wurden im Rahmen der „KlimaMOROs“ (Modellvorhaben der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“) Klimaschutz- und Anpassungsstrategien erarbeitet. Auf dem Abschlussworkshop des Arbeitskreises berichteten daher Beteiligte der KlimaMOROs von ihren Erfahrungen und ließen diese Erkenntnisse in die Diskussionen einfließen.

… Blick nach vorn: Weiterer Forschungsbedarf

Der Arbeitskreis und die Forschungsprojekte haben Grundlagen für den Umgang mit dem Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung gelegt. Dabei wurden aber nicht nur Antworten gegeben, sondern auch viele neue Fragen aufgeworfen. Weiterer Klärungsbedarf besteht z. B. hinsichtlich der Rolle der Regionalplanung: Kann sie wirklich der ihr zugedachten Führungsrolle gerecht werden? Wie können Projekte verstetigt und auch Regionen ohne Projektförderung erreicht werden? Wie können die gewonnenen Erkenntnisse adressatengerecht vermittelt werden und wie kann ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel geschaffen werden? Sollte in der Raumplanung vermehrt mit Szenariotechniken gearbeitet werden? Wer ist für Datenbereitstellung zuständig und wer verfügt über relevante Daten?

Einer weiteren Betrachtung bedürfen auch die aktuellen Entwicklungen auf politischer Ebene. Dies sind zum

Teilnehmende des Abschlussworkshops des AK „Klimawandel und Raumplanung“ an der UNU-EHS in Bonn

einen auf EU-Ebene die Novellierung der Richtlinie zur Projekt-UVP im 1. Quartal 2014, in der der Klimawandel ein wichtiges Thema sein wird, und die Erstellung einer Richtlinie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Zum anderen wird auf nationaler Ebene die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) fortgeschrieben.

Der Arbeitskreis sieht für die Zukunft insbesondere folgenden Handlungsbedarf:

- Wissenstransfer in die Politik, Planungspraxis und Öffentlichkeit
- Weiterentwicklung von UVP und SUP
- Möglichkeiten des Einsatzes von Szenariotechniken in der räumlichen Planung

Lena Neubert ✆ 0511 34842-34
neubert@arl-net.de

Zum Weiterlesen

Birkmann, J.: Böhm, H. R.; Buchholz, F.; Büscher, D.; Daschkeit, A.; Ebert, S.; Fleischhauer, M.; Frommer, B.; Köhler, S.; Kufeld, W.; Lenz, S.; Overbeck, G.; Schanze, J.; Schlipf, S.; Sommerfeldt, P.; Stock, M.; Vollmer, M.; Walkenhorst, O. (2013): Glossar Klimawandel und Raumentwicklung (2., überarbeitete Fassung). Hannover. = E-Paper der ARL Nr. 10.

http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-73571

Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover. = Forschungsberichte der ARL 2.

http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-07302

BMVBS; BBSR (Hrsg.) (2013): Methodenhandbuch zur regionalen Klimafolgenbewertung in der räumlichen Planung. Systematisierung der Grundlagen regionalplanerischer Klimafolgenbewertung. Berlin, Bonn.

http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/raumentwicklungsstrategien-zum-klimawandel-expertise-klimafolgenbewertung.html

Neues aus dem Nordwesten

114. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen / Hamburg / Niedersachsen / Schleswig-Holstein am 22. November 2013 in Hannover

Die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft trafen sich im November in Hannover zu ihrer Herbstsitzung. Neben Informationen zum Stand der laufenden Arbeitsgruppen und zu aktuellen Themen aus Landesplanung und Hochschule gab es eine rege Diskussionen zur weiteren Entwicklung der LAGs in der ARL.

Die Landesarbeitsgemeinschaften als Säule der Transdisziplinarität der ARL

Prof. Dr. Sabine Hofmeister, Vizepräsidentin der ARL und Professorin an der Universität Lüneburg, berichtete den LAG-Mitgliedern aus den aktuellen Diskussionen des Präsidiums. Im Januar 2015 steht die Evaluierung der ARL durch die Leibniz-Gemeinschaft an. Internationalisierung, Nachwuchsförderung, Qualitätssicherung und Wissenschaftlichkeit sind zentrale Bewertungsmaßstäbe, an denen die ARL gemessen werden wird. Wie können die Landesarbeitsgemeinschaften zu einer erfolgreichen Evaluation beitragen?

Dr. Martha Pohl, stellvertretende Leiterin der LAG Nordwest, hob hier die transdisziplinäre Arbeitsweise der LAGs hervor: Aufgrund des kontinuierlichen Austausches zwischen Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis bildeten die LAGs eine tragende Säule der inter- und transdisziplinären Arbeit der ARL. Doch wie lässt sich dieser Mehrwert erheben und für die Evaluation greifbar machen? Hierzu gab es von den Anwesenden unter anderem folgende Vorschläge: Erfasst werden könnte beispielsweise, welche Netzwerke sich für die LAG-Mitglieder durch ihr Engagement erschlossen haben, welche neuen Ideen durch den Austausch entstanden sind oder wie viele Stunden ehrenamtlicher Mitarbeit in den Arbeitsgruppen erbracht wurden. Viele externe Experten, die von ARL-Arbeitsgruppen beraten oder in deren Diskussionen einbezogen wurden, schätzten den Austausch als sehr wertvoll ein. Diese Wirkung der Politik- und Gesellschaftsberatung werde jedoch bisher noch nicht ausreichend dokumentiert. Auch über die Schwierigkeiten und Grenzen in einer immer stärker auf Exzellenzorientieung ausgerichteten Forschungswelt wurde diskutiert: Insbesondere für die Mitglieder aus Hochschulen nehme der Druck, Forschungsmittel zu akquirieren und an der eigenen Universität positiv evaluiert zu werden, zu, sodass sie weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement in der LAG hätten. Andererseits trage der Austausch mit der Praxis in den LAGs dazu bei, gesellschaftlich relevante Forschungsprojekte zu generieren.

Veranstaltungen der LAG

Zwei erfolgreiche Veranstaltungen haben Mitglieder der LAG im Herbst durchgeführt: Zum einen hat die Tagung „Raumordnung im Untergrund" (siehe Tagungsbericht in diesem Heft) große Resonanz gefunden und dazu beigetragen, die Ergebnisse des gleichnamigen LAG-Positionspapiers in Fachkreisen weiter zu diskutieren. Zum anderen fand unter der Leitung von Dr. Guido Nischwitz vom Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen ein Expertengespräch zum Thema „Stadtentwicklungsfonds" (SEF) in Bremen statt. Zielsetzung war die Fokussierung von Fragestellungen und Arbeitsfeldern für eine Arbeitsgruppe der LAG. Im Gespräch mit Ressortverantwortlichen aus Stadtentwicklung, Städtebau und Wirtschaftsförderung sowie weiteren Experten aus den nordwestdeutschen Bundesländern kristallisierte sich heraus, dass der Einsatz von klassischen Finanzierungshilfen in der regionalen Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik künftig reduziert wird und die Tendenz dahin geht, neue revolvierende Finanzierungsformen und -instrumente auszubauen. Eine Auswertung der bisherigen europäischen und nationalen Erkenntnisse und Erfahrungen mit SEF und die Entwicklung von übertragbaren Ansätzen für Nordwestdeutschland sei ein relevantes Thema der Stadtentwicklungspolitik. Aufgrund dieser positiven Rückmeldungen der Experten beschlossen die Mitglieder der LAG, dem ARL-Präsidium die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema zu empfehlen.

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Klaus Mensing, CONVENT Mensing, Hamburg, Leiter der Arbeitsgruppe „Funktion der Ortskerne für die Stabilisierung Zentraler Orte", stellte erste Ergebnisse der Befragung von lokalen Akteuren aus den Fallregionen Kreis Dithmarschen (Schleswig-Holstein) und Landkreis Osnabrück (Niedersachsen) zum Thema Ortskernentwicklung vor. Insbesondere Kommunalpolitiker, Mitarbeiter der Verwaltungen und von Werbe- und Standortgemeinschaften wurden befragt. Hier zeigte sich als Ergebnis, dass es vor Ort ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Entwicklungszusammenhänge gibt: Das Wegbrechen von Versorgungsfunktionen führe im Ortskern zu Leerständen und könne letztlich in einer Abwertung des gesamten Ortes resultieren. Hauptziele der befragten Kommunen seien daher die Erhaltung der Leitfunktion Einzelhandel und eine am Ortskern orientierte Innenentwicklung. Die klassischen Instrumente wie Stadtsanierung, Dorferneuerung, Einzelhandelskonzepte usw. erwiesen sich als weitgehend bekannt und würden entsprechend angewendet. Der Schwerpunkt liege dabei jedoch eher auf einer städtebaulichen als einer funktionalen Zielsetzung. Kleinteiligere, räumlich und finanziell niedrigschwelligere Instrumente wie die Quartiersinitiative Niedersachsen (QiN) und der Zukunftsfonds Ortskernentwicklung werden hingegen in geringerem Maße und nur in Niedersachsen genutzt.

Die Mitglieder der LAG diskutierten diese Ergebnisse und gaben Feedback zur weiteren Vorgehensweise. In einem nächsten Schritt wird die Arbeitsgruppe Handlungsempfehlungen ableiten und diese mit den lokalen Entscheidungsträgern rückkoppeln. Als Arbeitsergebnis soll ein Leitfaden für die praxisnahe Politikberatung zur Stabilisierung der Ortskerne herausgegeben werden.

Dr. Stephan Löb, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hannover, stellte die Zielsetzungen der neu eingerichteten Ad-hoc-Arbeitsgrgruppe "Großräumige Kompensation und landesweiter Biotopverbund – Der Beitrag der Raumordnung" vor. Im Zuge der anstehenden Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) sollen die Regelungen zur Biodiversität und zur Biotopvernetzung konkretisiert werden. Gemäß der Maßstabsebene des LROP sollen dabei Gebiete mit internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung für Arten und Biotope berücksichtigt werden. Dabei sollen Waldlebensräume, Lebensräume des trockenen und feuchten Offenlandes sowie Fließgewässer in einem landesweiten Verbundsystem gesichert und entwickelt werden. Damit Lebensraumkorridore umgesetzt werden können, bedarf es der Abstimmung verschiedener Fachplanungen und Programme und der verbindlichen Sicherung des Verbundes über die Raumordnung. Da bei diesem Thema alle nordwestdeutschen Länder angesprochen sind (Anschlussfähigkeit der Biotopverbundplanungen, Umsetzung von Natura 2000, Umgang mit Kompensationsverpflichtungen der Stadtstaaten), ist geplant, die Arbeitsgruppe mit Experten aus Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu besetzen. Die Arbeitsgruppe soll innerhalb eines Jahres ein Positionspapier erarbeiten, das in den Fortschreibungsprozess des LROP einfließen kann.

Neuwahl der Lenkungsgruppe

Abschließend fanden die turnusgemäßen Wahlen statt. Wilhelm Schulte, ehemaliger Leiter des Amtes für Landesplanung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, schied nach langjährigem Engagement aus der Lenkungsgruppe aus. Er hatte von 2011 bis 2013 die Leitung und davor vier Jahre die stellvertretende Leitung inne und gestaltete die Arbeit der LAG in den vergangenen Jahren maßgeblich mit. Als LAG-Mitglied bleibt er weiterhin aktiv.

Die neue Lenkungsgruppe der LAG Bremen / Hamburg / Niedersachsen / Schleswig-Holstein für den Berufungszeitraum 2014/2015 besteht aus:

- Dr. Martha Pohl, Hamburg; Leiterin
- Prof. Dr. Brigitte Wotha, Strande / Ostfalia, Hochschule für angewandte Wissenschaften Salzgitter; stellvertretende Leiterin
- Dr. Guido Nischwitz, Universität Bremen, Institut Arbeit und Wirtschaft; stellvertretender Leiter.

Anne Ritzinger ✆ 0511 34842-23
ritzinger@arl-net.de

Informations- und Initiativkreis Braunkohlenplanung

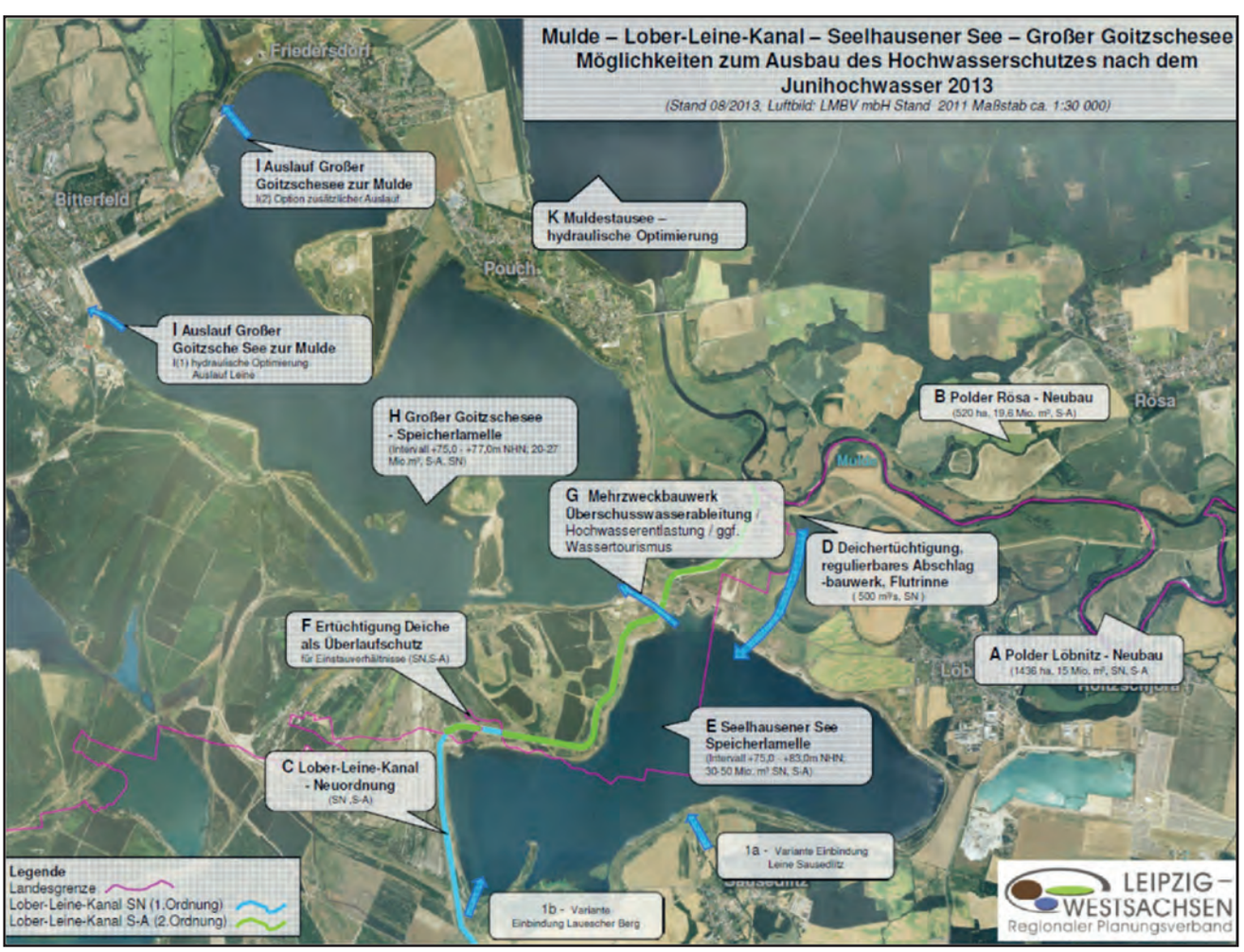
Herbsttagung des IIK Braunkohlenplanung am 8./9. Oktober 2013 in Bautzen

Auf der Herbsttagung standen zwei Themen im Fokus: die Braunkohlenplanung und Zulassung von Bergbauvorhaben sowie die Herausforderungen für die Regionalplanung im länderübergreifenden Sanierungsgebiet der Goitzsche.

Zu Beginn berichtete Prof. Dr. Dammert von den Verfassungsbeschwerden zu Grundabtretungsbeschlüssen der Bezirksregierung Arnsberg und den diese bestätigenden Gerichtsentscheidungen. Er ging auch auf die Zulassung des Rahmenbetriebsplans für den Tagebau Garzweiler I/II des Bergamtes Düren vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in Karlsruhe ein. Anlass der Verhandlung waren die Klagen eines Anwohners, der sich in seinen Grundrechten verletzt sah, sowie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). In dieser Verhandlung wurde, so Dammert, die Unverzichtbarkeit des Braunkohlenabbaus für die Energieversorgung bzw. das Allgemeinwohl erörtert. Ferner wurde auch über die Schutzwirkungen des Grundrechts auf Freizügigkeit (Bleiberecht) im Zusammenhang mit großflächigen Tagebauvorhaben sowie die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Zulässigkeit einer Enteignung diskutiert. Wie inzwischen auch durch die Medien berichtet wurde, hat das Bundesverfassungsgericht die Klage des Anwohners zurückgewiesen.

Herausforderungen der Regionalplanung im Sanierungsgebiet der Goitzsche

Im Sanierungsgebiet der Goitzsche, so Prof. Dr. Berkner in seinem anschließenden Vortrag, muss die Regionalplanung die Hochwassergefahr berücksichtigen. Berkner veranschaulichte dies am Beispiel des Juni-Hochwassers 2013, das nicht nur die Elbe, Mulde und Pleiße erfasste, sondern auch die Flusseinzugsge-



Quelle: Folie aus dem Vortrag von Berkner

Ausbau des Hochwasserschutzes

biete der Saale (in Halle/Saale höchste beobachtete Durchflüsse seit 400 Jahren) und der Weißen Elster (Dimensionen von 1954) sowie die kleineren Flüsse der Region (z. B. Gösel, Parthe, Wyhra). Schon vor dem großflächigen Niederschlag (200 mm in drei Tagen z. B. im Erzgebirge/Vogtland) war das Retentionsvermögen der Landschaft in jenem Jahr durch einen langen Winter und ein niederschlagsreiches Frühjahr ausgeschöpft. Die entstandenen Schäden betrugen mehrere Milliarden Euro. Um derartige Schäden in Zukunft zu verhindern, wurde im Mai letzten Jahres ein Abschlagbauwerk an der Weißen Elster bei Zitzschen fertiggestellt, mit dem durch Einleitung von 130 m^3/s in den Zwenkauer See für die Stadt Leipzig eine Schadenverhütung im dreistelligen Millionenbereich erreicht werden konnte. Ein umfassender Hochwasserschutz kann laut Berkner nur integrativ durch zweckmäßige Maßnahmen an den richtigen Stellen erreicht werden.

Der Entwurf des vom IIK geplanten Positionspapiers wird auf der Frühjahrssitzung am 31. März 2014 in Magdeburg präsentiert.

Die nächste Herbsttagung wird am 6. und 7. Oktober 2014 stattfinden und organisatorisch von den IIK-Mitgliedern in Sachsen-Anhalt vorbereitet. Die Tagung findet voraussichtlich im Raum westlich von Magdeburg statt. Inhaltliche Schwerpunkte werden auf der Frühjahrstagung in Magdeburg besprochen.

Andreas Stefansky ✆ 0511 34842-43
stefansky@arl-net.de

Informations- und Initiativkreis Regionalplanung

Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2013

Im Jahr 2013 kam der Informations- und Initiativkreis (IIK) Regionalplanung zweimal zu Arbeitssitzungen zusammen: am 19./20. April in Lüneburg und am 15./16. November, im direkten Anschluss an die 86. Mitgliederversammlung der ARL in Kassel.

Auf beiden Sitzungen wurden aktuelle Themen der Arbeitsbereiche der Mitglieder aus Planungspraxis und Raumwissenschaften diskutiert, Entwürfe zu Positionspapieren weiterentwickelt und neue Themenfelder in den Fokus genommen. Gleichzeitig setzte sich der personelle Erneuerungsprozess im IIK fort.

33. Treffen am 19./20. April 2013 in Lüneburg

Das Positionspapier zum Thema „Privilegierung von Außenbereichsvorhaben i. S. d. § 35 BauGB" (Vorbereitungsteam: Thomas Kiwitt, Axel Priebs, Theophil Weick) wurde diskutiert. Es ist inzwischen als Positionspapier aus der ARL Nr. 94 auf der Website der Akademie eingestellt.

Diskussionsgrundlage zum Themenfeld „Große Infrastrukturprojekte und Regionalplanung" war der Entwurf eines Positionspapiers (Dirk Vallée, Stefano Panebianco, Catrin Schmidt, Klaus Einig) vom März 2013. Die aktuelle Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans ist Anlass, die Rolle der Regionalplanung bzw. Raumordnung insbesondere mit Blick auf Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung zu Großprojekten zu vertiefen. Mit Hinweisen auf eine Arbeitsgruppe der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) zu Raumordnungsverfahren (ROV) für Bundesfachplanungen (Netzentwicklung, Energie) wurde einvernehmlich eine wachsende Verantwortung der für Raumordnung zuständigen Behörden für eine höhere Bürgerakzeptanz festgestellt. Der Vorschlag, einen bürgerorientierten Leitfaden für Raumordnungsverfahren zu erarbeiten, wurde als künftige Aufgabe des IIK angesehen.

Postitionspapier aus der ARL 94

Auch aktuelle Aspekte im Zusammenhang mit den Konsequenzen der Energiewende für die Raumplanung (regionale Energiekonzepte, Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsinformation etc.) wurden thematisiert.

Zudem wurde durch eine Präsentation von Thomas Kiwitt über die Entwicklungen in der Region Stuttgart das Spannungsfeld zwischen Marktprozessen und

Raumordnung bei der raumplanerischen Steuerung des großflächigen Einzelhandels aufgezeigt. Dieses Thema wird den IIK auch zukünftig beschäftigen; eventuell sollen Auswertungen erfolgreicher Steuerungsansätze erfolgen.

Des Weiteren wurde über verschiedene Varianten der Abgrenzung mittelzentraler Verflechtungsbereiche in Niedersachsen berichtet. Zielsetzung hierbei sind die Stärkung sowie eine Plausibilitäts- und Akzeptanzsteigerung des Zentrale-Orte-Systems als zentralem raumordnerischem Instrument. In der Diskussion wurden einzelne Problemfelder der statistischen Datenerhebungen und die Erfassung der Dynamik von Verflechtungsbeziehungen (z. B. Überlappung von Mittelbereichen) thematisiert.

Die für 2014 geplante deutsche Regionalplanertagung im Raum Würzburg wurde ebenfalls besprochen. Sie soll eine hohe Praxisrelevanz mit anwendbarem Erkenntniszuwachs für Praktiker und Wissenschaftler bieten. Der IIK wird sich in die Vorbereitungen mit mehreren Mitgliedern (Klaus Einig, Stefanie Matern, Axel Priebs, Thomas Kiwitt, Dirk Vallée) einbringen.

34. Treffen am 15./16. November 2013 in Kassel

Zu Beginn wurde zusammen mit dem Präsidium die künftige Rolle des IIK im Netzwerk der ARL diskutiert. Seitens des Präsidiums wurde betont, dass der IIK Regionalplanung als herausgehobenes Beispiel für die Kooperation zwischen Wissenschaft und Planungspraxis gelten kann. Er habe sich insbesondere in einem kontinuierlichen Diskurs um die Zukunft der Regionalplanung bzw. Regionalentwicklung bewährt.

Für die Anfang 2015 anstehende Evaluierung der ARL sind allerdings einige Weiterentwicklungen in der Organisationsstruktur und bei der Außendarstellung des IIK von Bedeutung. So sollte u. a.

- ein temporäres Sprecherteam zur Verbesserung der Außendarstellung und des Dialoges zwischen IIK und Präsidium eingerichtet werden,
- eine Agenda von relevanten Themenbereichen für die Diskussion und Bearbeitung durch den IIK erarbeitet werden und
- eine personelle Erneuerung nicht aus den Augen verloren werden.

Einvernehmlich wurde beschlossen, dass Hans-Jörg Domhardt und Petra Schmidt-Kaden gemeinsam, zunächst für ein Jahr, die Funktion des Sprecherteams übernehmen. Ihre Aufgaben liegen in der Vorbereitung der jeweils nächsten Sitzung (Tagesordnung) in enger Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Mitgliedern des IIK. Die Moderation der Sitzung verbleibt, in bewährter Weise, bei dem jeweils vor Ort tätigen IIK-Mitglied. Das Sprecherteam fungiert darüber hinaus als Ansprechpartner des IIK und übernimmt Außenvertretungs- und Berichtsaufgaben.

Das weiterentwickelte Positionspapier zum Themenfeld „Raumordnungsverfahren und Infrastrukturprojekte“ (Federführung: Dirk Vallée) stand zur Diskussion. Grundsätzlich fand der Entwurf Zustimmung, allerdings soll er noch durch die Vorbereitungsgruppe weiterentwickelt und gestrafft werden.

Die geplante deutsche Regionalplanertagung 2014 in Würzburg soll am 25./26. September stattfinden.

Themenbörse – aktuelle und künftige Fragestellungen des IIK Regionalplanung

Folgenden Themenfeldern wird sich der IIK in den nächsten ein bis zwei Jahren vor allem widmen:

- Angesichts der ungebrochenen Dynamik wird sich der IIK weiterhin mit dem großflächigen Einzelhandel beschäftigen. Er kann hier an sein Positionspapier aus der ARL Nr. 67 „Großflächiger Einzelhandel als Herausforderung“ (2006) und an weitere ARL-Veröffentlichungen (z. B. Positionspapier Nr. 87 „Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen planvoll steuern“ aus dem Jahr 2011) anknüpfen.
- Ebenfalls stehen die Zusammenhänge von Öffentlichkeitsarbeit, Plandidaktik und Monitoring in der Raumplanung, insbesondere auf der regionalen Ebene, im Fokus zukünftiger Beratungen.
- Eine Raumordnung im Untergrund mit ihren aktuellen Herausforderungen und den zentralen Praxisanforderungen wird auch zukünftig vom IIK thematisiert werden.
- Nach dem Inkrafttreten des Regionalen Flächennutzungsplanes (RegFNP) im Gebiet des Regionalen Planungsverbandes FrankfurtRheinMain im Jahr 2011 stellt sich die Frage nach der Effektivität dieses bundesweit bislang besonderen Planungsinstrumentes in Metropolregionen (ein zweites Beispiel gibt es im mittleren Ruhrgebiet). Die Frage nach der Steuerungswirksamkeit des RegFNP ist auch für den IIK von Interesse.
- Es stellen sich nicht nur Fragen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Raumordnungsverfahrens, sondern auch nach den Anforderungen an die Raumverträglichkeitsprüfungen bei Fachplanungsverfahren (u. a. Ermessungsspielraum zum Einbringen von Alternativen).
- Zudem soll als eine laufende Aufgabe die Sammlung und Aufbereitung von „Best-Practice-Beispielen“ aus der Regionalplanung für unterschiedliche Adressatengruppen (Studierende, Schüler, Bürger) erfolgen. Damit soll das breite Aufgabenfeld der Regionalplanung und ihrer Leistungsfähigkeit verdeutlicht werden.
- Weitere aktuelle Fragestellungen werden sich durch die Planungspraxis ergeben.

Personelle Erneuerung

Anfang 2013 hat das Präsidium der ARL auf Vorschlag des IIK Rechtsanwalt Ass. jur. Frank Reitzig, Berlin, zum neuen Mitglied des IIK berufen.

Nachdem bereits Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich und Heinz Konze ihren altersbedingten Ausstieg aus dem IIK zum Jahresende 2012 vollzogen hatten, beendete Prof. Dr. Hans Kistenmacher seine aktive Tätigkeit in diesem Kreis im Juli 2013. Ihm gilt ein besonderer Dank, da er als ehemaliger Leiter des Arbeitskreises „Regionalplanung 2000" zu den Gründungsmitgliedern des IIK Regionalplanung im Jahr 1996 gehörte.

Derzeit wird über neue Mitglieder aus dem Kreis der Planungspraktiker nachgedacht, um im IIK eine noch bessere flächenmäßige Abdeckung der Regionalplanungsaktivitäten in Deutschland zu erreichen.

Hans-Jörg Domhardt, Petra Schmidt-Kaden,
Mitglieder des IIK Regionalplanung

Kontakt:

Hans-Jörg Domhardt ✆ 0631-2052551
domhardt@ru.uni-kl.de

Petra Schmidt-Kaden ✆ 0358-5888042
petra.schmidt-kaden@em.mv-regierung.de

Neuerscheinung der ARL

Raumentwicklung 3.0 – Thesen zur Zukunft der räumlichen Planung

Positionspapier aus der ARL 95
Hannover 2014, 7 S.

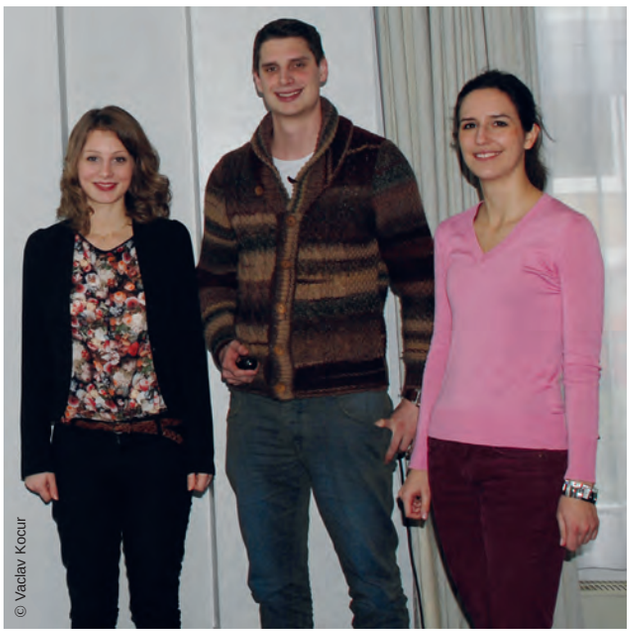
Das Positionspapier wurde von den Mitgliedern des Organisationsteams der Jahrestagung des Jungen Forums der ARL „Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten", die vom 6. bis 8. Juni 2012 in Hannover stattfand, erarbeitet.

Die Veröffentlichung steht zum kostenfreien Download unter shop.arl-net.de bereit.

Synergien zwischen LAG-AG „Wissensgesellschaft" und Studienprojekt

Der demografische Wandel wird in vielen Regionen den bereits heute existierenden Fachkräftemangel entscheidend verschärfen. Für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden ist es daher ein wichtiges Ziel, die vorhandenen Qualifikationsreserven auszuschöpfen. Die Öffnung der Hochschulen für weitere Bevölkerungskreise bietet die Aussicht, den regionalen Mangel an Fachkräften spürbar zu lindern. Wäre das ein Konzept insbesondere für ländlich-periphere Regionen? Dieser Frage ging eine Gruppe Studierender des Instituts für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover nach. Im Rahmen eines Studienprojekts haben sie sich ein Semester lang mit den Themen Wissensgesellschaft, ländlich-periphere Räume und dem Konzept „Offene Hochschule"

AG-Mitglieder und Studierende



Vortragende aus den Reihen der Studierenden

auseinandergesetzt. Dr. Martina Hülz und Timm Sebastian Wiegand aus der Geschäftsstelle der ARL haben das Studienprojekt im Rahmen ihrer Mitwirkung in der AG „Räumliche Implikationen der Wissensgesellschaft" der LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern konzipiert, begleitet und durchgeführt.

Unter ihrer Betreuung bearbeiteten die Studierenden im Laufe des Wintersemesters 2013/2014 folgende Fragestellungen:

- Wie gelangt Wissen in eine Region?
- Wie kann in Zeiten des demografischen Wandels dem regionalen Mangel an Fachkräften entgegengewirkt werden?
- Welche Aspekte umfasst das Konzept der „Offenen Hochschule" und wie kann es zur Regionalentwicklung beitragen?
- Welche Rolle spielen die Erwachsenenbildungseinrichtungen in ländlich-peripheren Räumen und welchen Beitrag können sie zur Regionalentwicklung leisten?

Die Gruppe hat ein eigenes Forschungsdesign entwickelt und eine Feldstudie in Neubrandenburg und der umliegenden Region Landkreis Mecklenburgische Seenplatte durchgeführt.

Ausgangslage und Lösungsstrategien für den Landkreis

Der dünn besiedelte Landkreis leidet unter den demografischen Entwicklungen, die im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern besonders stark zu spüren sind. Hohe Abwanderungsraten machen der ländlich-peripher geprägten Region zu schaffen. Der Bevölkerungsverlust beläuft sich auf fast 1 % im Jahr und die Arbeitslosenquote des Landkreises von 13,6 % ist fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Die Stadt Neubrandenburg steht in der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung allerdings gar nicht so schlecht da. Sie ist eine der wirtschaftskräftigsten Städte im Osten Deutschlands und liegt mit einem BIP von 33.000 € pro Kopf noch vor den Städten Potsdam und Dresden. Lediglich Jena reiht sich in diesem Ranking noch vor Neubrandenburg ein.

Um den Trends im Landkreis entgegenwirken zu können, stellte das Studienprojekt die regionale Vernetzung in den Vordergrund und versuchte, weitere Potenziale der Kooperation und Qualifizierung zu ermitteln. Der Fokus lag hierbei auf dem Konzept „Offene Hochschule", seiner Akzeptanz und den Erwartungen der regionalen Wirtschaft an die Qualifizierungsbedarfe in der Region.

An drei Tagen führten die Studierenden zahlreiche Interviews in Unternehmen, öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und intermediären Institutionen. Mithilfe der erhobenen Daten konnten wichtige Erkenntnisse über die Situation der regionalen Akteure sowie über deren Kommunikation und Vernetzung innerhalb Neubrandenburgs und des Landkreises gewonnen werden. Neben der „Feldarbeit" erhielten die Studierenden außerdem die Möglichkeit, die Umgebung kennenzulernen und mit weiteren Experten ins Gespräch zu kommen. An dieser Stelle sei Herrn Prof. Dehne von der Hochschule Neubrandenburg ganz herzlich für seine Unterstützung gedankt.

Am 17. Januar 2014 wurden erste Zwischenergebnisse im Rahmen einer LAG-AG-Sitzung in Hannover präsentiert und mit den Mitgliedern diskutiert. Die Rückkopplung mit den Experten in der AG war für die Studierenden sehr hilfreich: Anmerkungen und Hinweise gaben ihnen eine erste Einschätzung zum derzeitigen Stand des Projektes und lieferten Anregungen für die abschließende Bearbeitung. Doch auch von den AG-Mitgliedern wurde dieser Austausch äußerst positiv aufgenommen. Sie werden für die weitere Arbeit in der AG die gesammelten Daten der Studierenden nutzen und diese auch in die Abschlusspublikation einfließen lassen.

Melhem Daoud, Vaclav Kocur,
Timm Wiegand ✆ 0511 34842-31
wiegand@arl-net.de

Regionalplanung 3.0 – die dritte Generation Raumordnungspläne in Sachsen

Sächsische Regionalplanertagung am 7./8. November 2013 in Freiberg

Vor rund 300 Jahren wurde in Deutschland der Begriff der Nachhaltigkeit geprägt. Ein guter Anlass, um diesen Begriff in den Fokus der Sächsischen Regionalplanertagung zu stellen und seine Bedeutung für die Raumplanung heute zu beleuchten. In einem vielfältigen Programm wurden die Aufgaben, Rahmenbedingungen und Ansprüche der sächsischen Landes- und Regionalplanung aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet: in Bezug auf die Ziele der Nachhaltigkeit, die neuen Leitbilder der Raumordnung sowie die Handlungsschwerpunkte des 2013 verabschiedeten sächsischen Landesentwicklungsplans.

Hochwasser 2013 in Sachsen

Quelle: Folie aus dem Vortrag von Tschetschorke

Der Begriff der Nachhaltigkeit und seine Bedeutung für die Raumordnung war Thema des Eröffnungsvortrags von Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler, Ministerialrat a. D. (Sächsische Hans-Carl-von-Carlowitz-Gesellschaft e. V.). Hübler betrachtete die aktuellen Herausforderungen der Raumplanung vor dem Hintergrund der Geschichte: Bereits 1713 hat Hans Carl von Carlowitz das erste eigenständige Werk über die Forstwirtschaft verfasst und darin den Begriff der Nachhaltigkeit geprägt. Obwohl er kein Raumplaner im eigentlichen Sinne war, hat sein Werk die Leitvorstellungen der heutigen Raumplanung beeinflusst. Würde Carlowitz sich in der heutigen Zeit zur Raumplanung äußern, würde er sicherlich empfehlen, dass sie sich mit der Zukunft befassen und stärker als bislang die ihr zukommende Koordinierungsfunktion wahrnehmen sollte, mutmaßte Hübler.

Das zweitägige Tagungsprogramm teilte sich in vier Themenblöcke auf: die aktuellen Herausforderungen der Raumordnung (I), die effiziente Flächennutzung (II), die Sicherung der Daseinsvorsorge (III) sowie Strategien zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung (IV).

Herausforderungen der Raumordnung

Nachhaltige Raumentwicklung dient dazu, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit dessen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen beizutragen. Wie dies gelingen kann, wurde im ersten Veranstaltungsblock in Bezug auf die Bundesebene (Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Generalsekretär der ARL), die Landesebene (Dr. Frank Pfeil, Abt. 4 Landesentwicklung, Vermessungswesen, Sport, Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI)) und die regionale Ebene (Sebastian Kropop, Verbandsgeschäftsstelle des Planungsverbandes Region Chemnitz) erörtert.

Danielzyk stellte den Entwurf der zurzeit in Aufstellung befindlichen „neuen" Leitbilder der Raumentwicklung vor. Seiner Ansicht nach ist der Entwurf insgesamt zu begrüßen, es sollten jedoch einige Aspekte, wie etwa die Frage der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse oder die Aussagen zum System der Zentralen Orte, geschärft werden. Inwieweit der aktuelle sächsische Landesentwicklungsplan auf die neuen Leitbilder Bezug nimmt, erläuterte Pfeil in seinem Vortrag. Interessant nicht nur für die Anwesenden, sondern auch für die ARL– insbesondere die LAG Sachsen / Sachsen-

Anhalt/Thüringen und ihre Arbeitsgruppe „Metropolregion Mitteldeutschland" –, war seine Aussage, dass sich das Land zur Metropolregion Mitteldeutschland bekennt. Zeitnah zum neuen Landesentwicklungsplan hat auch der Planungsverband Region Chemnitz seinen Regionalplan fortgeschrieben, der in seinen Grundzügen von Kropop vorgestellt wurde.

Flächeninanspruchnahme muss reduziert werden

Die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme ist ein wichtiger Aspekt nachhaltiger Raumentwicklung. Mit welchen Instrumenten dies erreicht werden kann, zeigte Prof. Dr. Stefan Greiving (plan + risk consult, Dortmund) am Beispiel des BMVBS-MORO-Projekts „Regionalplanerische Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme". Sein Fazit: Es gibt nicht den einen perfekten Steuerungsansatz.

Das sächsische Handlungsprogramm zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme wurde von Jörg Kellermann (Referat 44 Landes- und Regionalplanung, SMI) vorgestellt. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen und der eingesetzten Instrumente beurteilen zu können, so eine seiner abschließenden Forderungen, bedürfe es einer belastbaren Statistik und einer differenzierten Betrachtung der Siedlungs- und Verkehrsflächen. Darüber hinaus seien in Zukunft ergänzende Indikatoren und weitere Zielgrößen in Betracht zu ziehen.

Einen Einblick in die Praxis des Flächenmanagements und der Flächenreduzierung boten Erich Fritz (SAXONIA Freiberg) und Bernd Siemer (LfULG Sachsen). Als wichtige Erfolgsfaktoren nannten sie die Integration der Flächendaten in das CirCUse TOOL „Flächenmanagement", das eine Visualisierung der Flächenmanagement-Daten ermöglicht.

Daseinsvorsorge im demografischen Wandel

Der demografische Wandel hat bekanntermaßen weitreichende Auswirkungen auf den Raum. So besteht z. B. eine große Herausforderung für die Raumplanung darin, die Daseinsvorsorge zu sichern. Die Bundesregierung hat hierfür ein „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge" aufgelegt, das die Regionen dabei unterstützen soll, das raumordnerische Leitbild „Daseinsvorsorge sichern" umzusetzen. Johann Kaether (HS Neubrandenburg) stellte das Aktionsprogramm vor: In 21 ländlichen Modellregionen soll von 2012 bis 2014 eine „Regionalstrategie Daseinsvorsorge" erarbeitet werden. Laut Kaether besteht eine Erkenntnis der Begleitforschung darin, dass die Regionalstrategie Daseinsvorsorge Prozess und Ergebnisdokument zugleich ist. Wie die Sicherung der Daseinsvorsorge in der Praxis gelingen kann, zeigten Michael Holzweißig (Verbandsgeschäftsstelle RPV Oberes Elbtal/Osterzgebirge) und Heike Zettwitz (Referat 35 Strategische Planung, Demografie, Demoskopie der Sächsischen Staatskanzlei). Dr. Ludwig Scharmann (Referat 45 Europäische Raumordnung, Regionalentwicklung, SMI) stellte abschließend die Impulsregionen und die FR-Regio-Umsetzungsprojekte mit Instrumenten der sächsischen Regionalentwicklung vor.

Strategien zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung

Ebenso wie der demografische Wandel hat auch der Klimawandel Auswirkungen auf den Raum, denen sich die Raumplanung stellen muss, um dem Primat der Nachhaltigkeit zu folgen. Das KlimaMORO II hat sich mit diesen Auswirkungen genauso befasst wie mit der Frage nach den notwendigen Handlungsstrategien zum Klimawandel. Es wurde in seinen Grundzügen von Katrin Klama (Regionale Planungsstelle, RPV Leipzig-Westsachsen) für die Region Leipzig-Westsachsen vorgestellt.

Peter Seifert (Verbandsgeschäftsstelle RPV Oberes Elbtal/Osterzgebirge) und Thomas Tschetschorke (Regionale Planungsstelle, RPV Leipzig-Westsachsen) widmeten sich anschließend dem Thema Hochwasser. Seifert plädierte für eine stärkere Einbeziehung der Thematik Extremhochwasser in die Regionalplanung. Tschetschorke machte deutlich, dass mit den Ausweisungen im Regionalplan Westsachsen 2008 den Aspekten des Hochwasserschutzes gerade in den Auenbereichen umfassend Rechnung getragen wurde. Besondere Bedeutung komme dabei dem Verzicht auf Neubaumaßnahmen in Überschwemmungsgebieten sowie hochwassergerechten Wiederaufbaumaßnahmen im baulichen Bestand zu.

Das Regionale Energie- und Klimaschutzkonzept Oberlausitz-Niederschlesien wurde von Anne Scheuermann (Leipziger Institut für Energie GmbH) vorgestellt. Nina Heller (Referat 44, Landes- und Regionalplanung, SMI) kommentierte den Beitrag und kam zu dem Ergebnis, dass das Regionale Energie- und Klimaschutzkonzept Oberlausitz-Niederschlesien einen guten Überblick über die raum- und umweltverträglichen Potenziale biete und die interkommunale Zusammenarbeit für eine optimierte Standortsteuerung fördere. Das Konzept sei deswegen sehr gut als Vorbild für andere Regionen geeignet.

Auf der Homepage der ARL stehen die Präsentationen der Vorträge unter **www.arl-net.de/rpt-sachsen-2013** zur Verfügung.

Andreas Stefansky ✆ 0511 34842-43
stefansky@arl-net.de

Nutzungskonkurrenzen im Untergrund nehmen zu

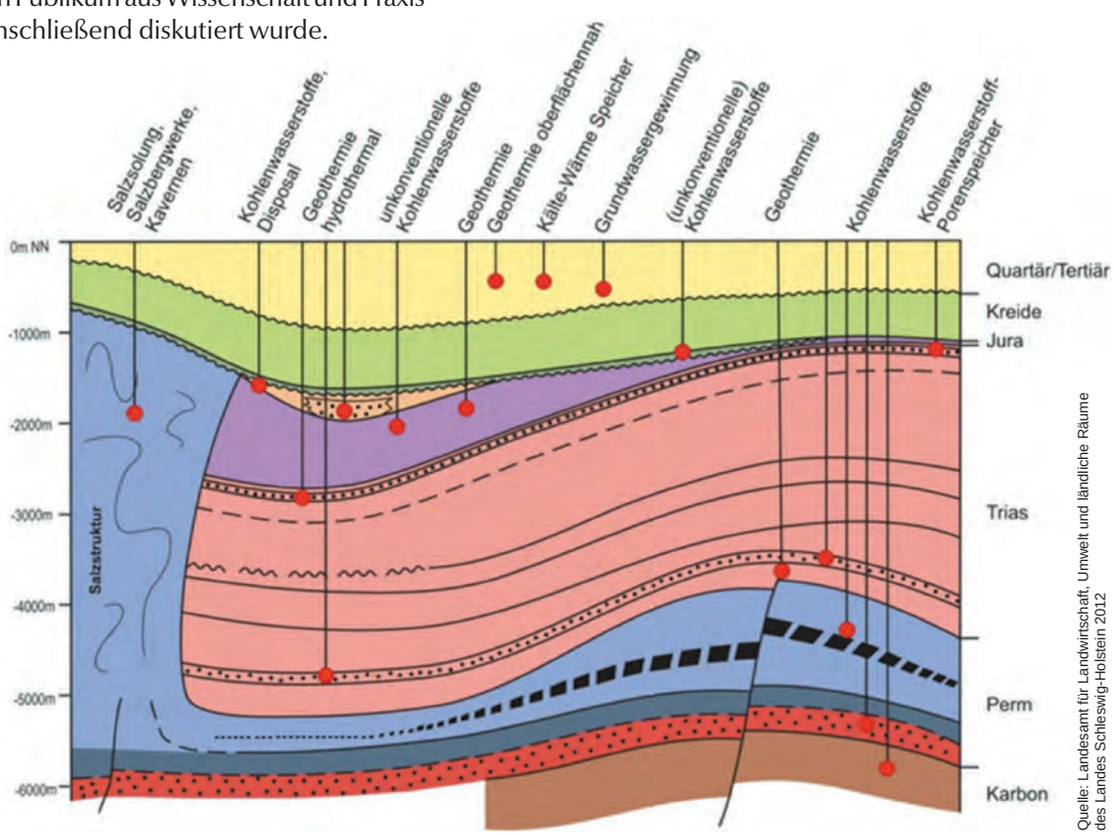
Fachtagung zur Raumordnung für den tiefen Untergrund Deutschlands am 11. November 2013, veranstaltet von der LAG Bremen / Hamburg / Niedersachsen / Schleswig-Holstein und der Akademie für Geowissenschaften und Geotechnologien in Hannover

Welche Auswirkungen haben zunehmende unterirdische Nutzungsansprüche u. a. durch die Speicherung von Energieträgern oder die Gewinnung von Gasvorkommen? Wie ist der Umgang mit Nutzungskonkurrenzen bisher rechtlich geregelt und welche Rolle kann oder sollte die Raumordnung in Zukunft dabei spielen? Diese Fragen beschäftigten die über hundert Konferenzgäste aus ganz Deutschland.

Insbesondere der norddeutsche Raum ist aufgrund seiner geologischen Beschaffenheit von wachsenden Nutzungskonkurrenzen betroffen. Die Gefahren negativer Wechselwirkungen steigen, sodass eine vorsorgende räumliche Steuerung hier in besonderem Maß erforderlich wird. Die Landesarbeitsgemeinschaft Bremen / Hamburg / Niedersachsen / Schleswig-Holstein hat deswegen bereits 2012 eine Arbeitsgruppe zum Thema eingerichtet und ein entsprechendes Positionspapier („Nutzungen im Untergrund vorsorgend steuern – für eine Raumordnung des Untergrundes") erarbeitet, das auf der Fachveranstaltung einem breiten Publikum aus Wissenschaft und Praxis präsentiert und anschließend diskutiert wurde.

Welche Nutzungskonkurrenzen treten auf?

Der Raum unter der Erdoberfläche wird für Industrieunternehmen zunehmend attraktiver. Bisher wurden unterirdische Räume vorwiegend zur Förderung tieferliegender mineralischer Rohstoffe und zur Gewinnung von Grundwasser und Energierohstoffen (z. B. in Untertagedeponien) sowie zur Speicherung von Erdgas und Erdöl genutzt. In den letzten Jahren nehmen die Anforderungen an den Untergrund durch die Speicherung von Energieträgern aus erneuerbaren Energien (z. B. Wasserstoff, Methan, Druckluft), die verstärkte Nutzung der Geothermie und die untertägige Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid zu. Dies verdeutlichten u. a. die Vorträge von Dr. Zander-Schiebenhöfer (KBB Underground Technologies GmbH, Hannover) und Dr. Kassner (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Hannover). Vor allem die zunehmende Gewinnung von Gasvorkommen durch das umstrittene



Schematische Darstellung von teufenbezogenen Nutzungen im tieferen Untergrund im norddeutschen Raum

Quelle: Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein 2012

Fracking-Verfahren und die unterirdische Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS) führen in der breiten Öffentlichkeit zu sehr kontroversen Diskussionen.

Welche Nutzungen kommen in welchen geologischen Formationen infrage? Frank Liebrenz (Staatskanzlei Schleswig-Holstein, Kiel) veranschaulichte mit der Abbildung (vorige Seite) die in Betracht kommenden Nutzungsoptionen und ihre Lage im unterirdischen Raum.

Offene Fragen für die Raumordnung?

Bisher ist die Erteilung von unterirdischen Nutzungsrechten ausschließlich vorhabenbezogen durch das Berg- oder Wasserrecht geregelt. Die Vergabe von Nutzungsrechten erfolgt weitgehend antragsbezogen, so Liebrenz. Mit steigenden Nutzungsintensitäten, -konkurrenzen und -unverträglichkeiten sei diese auf den Einzelfall bezogene Vergabelogik jedoch immer weniger geeignet, eine nachhaltige und nutzungsoptimierte geordnete Entwicklung des unterirdischen Raumes sicherzustellen. Beispielsweise könnten unterirdische Räume, auf die einzelne Nutzungen zwingend angewiesen sind, langfristig durch weniger standortgebundene Nutzungen blockiert werden oder es könnten große Teile des Untergrundes von Nutzungsinteressenten präventiv in Beschlag genommen werden, um spätere Konkurrenzsituationen zu vermeiden. Eine vorsorgende Koordinierung zur Lösung dieser Nutzungskonflikte werde deswegen immer notwendiger. Doch wie sollte diese Abstimmung am besten erfolgen? Welche rechtlichen Anpassungen sind hierzu erforderlich? Besteht hier eine Regelungslücke zwischen Berg- und Raumordnungsrecht? Während das Bundesberggesetz aufgrund der antragsbezogenen Vergabe von Nutzungsrechten nicht für eine vorsorgende Steuerung geeignet ist, berücksichtigt die Raumordnung hingegen bislang ausschließlich raumbeanspruchende Nutzungsansprüche oberhalb der Erdoberfläche, wie z. B. die Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung, oder, im oberflächennahen Bereich, den Trinkwasserschutz und die Gewinnung von Rohstoffarten wie Kies, Sand und Ton. Grundsätzlich könne aber aus der gegenwärtigen Rechtslage auch eine raumordnungsrechtliche Steuerungsmöglichkeit unterirdischer Vorhaben abgeleitet werden, so Prof. Erbguth, Uni Rostock. Im Interesse der Rechtsklarheit sei es empfehlenswert, durch eindeutige gesetzliche Regeln sicherzustellen, dass die Raumordnung nicht nur oberirdisch, sondern auch unterirdisch stattfinden und der unterirdische Raum den Raumordnungsinstrumenten zugänglich gemacht werden kann. Einen weiteren rechtlichen Aspekt hob Liebrenz hervor: Unterirdische Nutzungsrechte werden bislang ohne eine Beteiligung der Öffentlichkeit erteilt. Die Regelung von Nutzungskonflikten über raumordnerische Verfahren böten hingegen stärkere Beteiligungsmöglichkeiten und würden dadurch auch eine größere Transparenz der Entscheidungsverfahren gewährleisten.

Mehr Daten, mehr Austausch

Im Praxisteil am Nachmittag wurden neben den Hauptaussagen des ARL-Positionspapiers auch die aktuellen Aktivitäten des Bund-Länder-Ausschusses Geologie BLA-GEO zur Raumordnung im Untergrund und erste Ansatzpunkte der Fachplanungen einzelner Bundesländer vorgestellt. Die Teilnehmer diskutierten darüber, mit welchen Instrumenten eine Steuerung der verschiedenen Nutzungen in Zukunft möglich ist und welche Datengrundlagen für die verbesserte Abstimmung zwischen den Planungen in Zukunft notwendig sind.

Fazit der Tagung: Für die vorsorgende Steuerung von Nutzungen im Untergrund ist die Informationsdichte und -qualität über den tieferen Untergrund bisher zu inhomogen und mancherorts unzureichend. Da die Ziele der Raumordnung jedoch schlussabgewogen sind, wachsen die Anforderungen an die Daten und damit zugleich an die beteiligten Fachplanungen.

Die große Teilnehmerzahl der Tagung und die intensiven Diskussionen zeigten, dass das Thema eine hohe Aktualität und Brisanz hat. Der Austausch zwischen den beteiligten Akteuren, insbesondere zwischen geologischer Fachplanung und Raumordnung, müsse deswegen weiter geführt werden, so die Tagungsleiter. Weiterhin sollten die Staatlichen Geologischen Dienste die Anforderungen an eine entsprechende Fachplanung untereinander und mit der Raumordnung abstimmen und diese Fachplanung sukzessive ausbauen. Die Weiterentwicklung der Erkundungstechnologie, einschließlich neuer effizienter Mess- und Auswerteverfahren, sei darauf auszurichten.

Anne Ritzinger ✆ 0511 34842-23
ritzinger@arl-net.de

Weitere Informationen zu diesem Thema

- Präsentationen der Tagungsreferenten zum Download unter **http://www.arl-net.de/blog/geoforum-2013-raumordnung-für-den-tiefen-untergrund-deutschlands**
- Positionspapier aus der ARL 91: „Nutzungen im Untergrund vorsorgend steuern – für eine Raumordnung des Untergrundes“ zum Download unter **http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_91.pdf**

Kleinere Städte als Ankerpunkte im ländlichen Raum

Herbsttagung der LAG Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen am 18. Oktober 2013 in Nordhausen

Im Mittelpunkt der diesjährigen Herbsttagung standen kleinere Städte im ländlichen Raum. Diese leisten insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge. Angesichts des demografischen Wandels stehen sie jedoch auch vor großen Herausforderungen: Die Bevölkerung wird insgesamt älter und die Bevölkerungszahl schrumpft, junge und hoch qualifizierte Fachkräfte zieht es häufig in die großen Städte. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, haben Bund und Länder 2010 das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke" gestartet. Wie kleine Städte klassifiziert werden, welche Entwicklungsmaßnahmen auf dieser Grundlage von der Bundesregierung gefördert und wie diese vor Ort umgesetzt werden, war Gegenstand der Tagung.

Wie können „Kleine Städte" klassifiziert und gefördert werden?

Zu Beginn erläuterte Prof. Dr. Joachim Burdack, Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig, verschiedene Entwicklungstypen sächsischer Kleinstädte. Ihm zufolge können sie wie folgt klassifiziert werden: a) de-industrialisierte Kleinstädte, b) re-industrialisierte Kleinstädte, c) spezialisierte Dienstleistungsstädte, d) Kleinstädte mit verstärkter zentralörtlicher Funktion sowie e) Sondertyp der suburbanisierten Kleinstädte. Insgesamt können die „peripherisierte Kleinstadt" und die „revitalisierte Kleinstadt" als Endpunkte einer Skala unterschiedlicher Entwicklungen verstanden werden.

Holger Pietschmann, Bundestransferstelle „Kleinere Städte und Gemeinden", erläuterte anschließend das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke". Durch das Programm werden u. a. die gemeindeübergreifende Vernetzung von Einzelmaßnahmen zur Stärkung der Stadt- und Ortskerne, Maßnahmen zur Innenentwicklung von kleinen Städten sowie die Einrichtung eines interkommunalen Infrastrukturmanagements zur dauerhaften Sicherung der Daseinsvorsorge gefördert. Weiterhin wird auch die Erarbeitung interkommunaler Entwicklungskonzepte zur Infrastrukturentwicklung ermöglicht. Die Raumstruktur und die Rahmenbedingungen in Mitteldeutschland sind, so Pietschmann, prädestiniert für das Programm. In den geförderten Projekten gehe es häufig um die Sicherung der Daseinsvorsorge, leider sei jedoch selten ein überörtlicher Ansatz erkennbar. Insgesamt bleibe die Projektumsetzung in den mitteldeutschen Ländern ein wenig hinter anderen Ländern zurück.

Einen Einblick in die Programmpraxis in Sachsen-Anhalt gab Rolf Sonnenberger, Bürgermeister der Stadt Zörbig. Unter dem Motto „Mit Bildung und Kommunikation zur Integration" hat die Stadtverwaltung ein Integriertes Entwicklungskonzept erarbeitet. Auch wenn zunächst mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen war – so war es u. a. nötig, neue Vorgehensweisen zu erproben, während die inhaltlichen Vorgaben des Programms noch unklar waren –, konnte ein Leitbild mit den Handlungsfeldern Wohnlandschaft, Unternehmenslandschaft, Bildungslandschaft und Kulturlandschaft erstellt werden.

Wie beurteilen Unternehmen die Situation in kleinen Städten? Dieser Frage ging Dr. Cornelia Haase-Lerch von der Industrie- und Handelskammer Erfurt nach. Sie berichtete, dass im Raum Erfurt zahlreiche Unternehmen über alternde Belegschaften bei gleichzeitigem Fehlen junger und qualifizierter Fachkräfte klagen. Angesichts der anhaltenden Veränderungsprozesse im ländlichen Raum und ab 2014 knapper werdender Fördermittel der Europäischen Union sei von einer weiteren räumlichen Bündelung bei der Daseinsvorsorge auszugehen. Zentrale Orte, vor allem die Mittelzentren, würden dadurch zukünftig an Bedeutung gewinnen.

Neue Ad-hoc-Arbeitsgruppe der LAG

Ludwig Scharmann regte eine Diskussion darüber an, ob und in welcher Weise sich die LAG an dem Diskussionsprozess der Neuen Leitbilder der Raumordnung beteiligen könnte. Dabei sollte der Fokus auf die regionale Sichtweise gerichtet werden und eine Beschränkung auf die Themen „Daseinsvorsorge" und „Wettbewerbsfähigkeit" erfolgen. Angesichts der Aktualität kann es zudem erst einmal nur um die Bildung einer kleinen Ad-hoc-Arbeitsgruppe gehen, die sich eng mit der „bundesweiten" Arbeitsgruppe der ARL unter der Leitung von Prof. Hesse (Luxemburg) abstimmen soll. Das Präsidium hat mittlerweile der Einrichtung dieser neuen Gruppe – deren Leitung Ludwig Scharmann übernimmt – zugestimmt.

Andreas Stefansky ✆ 0511 34842-43
stefansky@arl-net.de

Chinesische Delegation in Hannover

von oben links: Andreas Stefansky, Anne Ritzinger, Martina Hülz, Jing Li, Hui Jiang, Huajiang Wang, Evelyn Gustedt, Hans-Dieter Frey

Die internationale Zusammenarbeit der ARL mit China setzt sich fort: Vom 13.–15. Januar hat erneut eine chinesische Delegation die Expertise der ARL-Geschäftsstelle zu Themen der Regionalplanung nachgefragt. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) organisierten deutsch-chinesischen Kooperationsprogramms „Regionale Wirtschaftsförderung Nordost" hat die Delegation an einem dreitägigen Fortbildungsprogramm der ARL-Geschäftsstelle in Hannover teilgenommen.

Den Teilnehmern wurde ein umfangreiches Programm geboten: Es gab Fachvorträge zum System der Raumordnung der Bundesrepublik Deutschland, zur transnationalen Zusammenarbeit im Bereich der Klimafolgenanpassung, zur Raumordnungspolitik und -planung für die Energiewende sowie zum demografischen Wandel und zur Planung für die Ressource Braunkohle.

Weiterhin trafen die Teilnehmer im Rahmen einer Exkursion Dr. Auffarth vom Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover, Dr. Preising vom Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover (EWH) und Dipl.-Ing. Ulrich Kinder, Fachbereichsleiter Planung und Raumordnung, Region Hannover.

Der internationale Austausch wurde von Hans-Dieter Frey, Ministerialdirigent a. D. und ehemaliges Kuratoriumsmitglied der ARL, initiiert. Für die Programmorganisation war Dr. Evelyn Gustedt verantwortlich.

Gabriele Schmidt ✆ 0511 34842-56
schmidt@arl-net.de

Preis für Studienarbeit zu Folgen des demografischen Wandels

Zum 9. Mal vergab die Niedersächsische Akademie ländlicher Räume e. V. am 28.11.2013 den ALR-Hochschulpreis für besonders kreative und innovative Studienarbeiten, die sich mit zukunftsfähiger Regionalentwicklung in Niedersachsen auseinandersetzen.

Den mit 800 € dotierten 3. Platz belegte in diesem Jahr das studentische Projekt „Folgen des demografischen Wandels für Infrastrukturen in dünn besiedelten Räumen". Neun Masterstudentinnen der Leibniz Universität Hannover – darunter zwei studentische Hilfskräfte der ARL, Lena Franke und Lina Trautmann, – hatten sich ein Semester lang mit den Auswirkungen einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft auf die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in der Samtgemeinde Eschershausen-Stadtoldendorf (Landkreis Holzminden) befasst. Den Schwerpunkt legte die Gruppe dabei auf die Bereiche Bildung und Gesundheit. Was tun, wenn der Weg zum Arzt immer weiter und beschwerlicher wird? Was tun, wenn der Kindergarten schließen muss? Und sind die von den Statistiken prognostizierten Auswirkungen des demografischen Wandels wirklich schon jetzt spürbar? Um sich hiervon ein eigenes Bild machen zu können, waren zahlreiche Termine und Gespräche vor Ort nötig. Die Hilfsbereitschaft der Expertinnen und Experten war groß und so konnten am Ende genau zugeschnittene Handlungsvorschläge für die Samtgemeinde zwischen Ith, Hils und Elfas entwickelt werden. Betreut wurde das Projekt von Prof. Dr. Rainer Danielzyk und PD Dr. Sylvia Herrmann.

Im Rahmen der Preisverleihung, die in das traditionelle „Sulinger Gespräch" der ALR eingebettet war, präsentierten die Studentinnen ihre Ergebnisse bereits zum dritten Mal. Nach der Abschlusspräsentation des Projektes im Mehrgenerationenhaus der Stadt Eschershausen im November 2012 vor über 60 Gästen wurde die Gruppe zu Beginn dieses Jahres auch für die Vollversammlung des Sozialpsychiatrischen Verbundes des Landkreises Holzminden angefragt.

Bei Interesse an den Ergebnissen finden Sie den Beitrag in Kürze auf der Website der ALR (**www.alr-niedersachsen.de**).

Lina Trautmann ✆ 0511 34842-25
trautmann@arl-net.de

DFG-Projekt: Reurbanisierung in den USA und Deutschland

Noch vor wenigen Jahren galten die großen Städte nicht wenigen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern als bauliche Zeugnisse einer vergangenen, industriell geprägten Epoche. In einer postindustriellen Ökonomie mit nahezu unbegrenzter Mobilität von Personen, Gütern und Informationen schien kein Bedarf mehr für traditionelle Formen städtischer Zentralität und baulicher Verdichtung zu bestehen. Umso bemerkenswerter ist der Stimmungswandel in der Bewertung metropolitaner Entwicklungspfade, der seit einigen Jahren in Deutschland und anderen westlichen Industriestaaten zu beobachten ist. Unter Schlagwörtern wie „Reurbanisierung", „Urban Renaissance" oder „Urban Resurgence" wird vielerorts eine mögliche Trendwende der räumlichen Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung diskutiert. Kern- und Innenstädte, die über lange Zeit von Bevölkerungsverlusten sowie rückläufigen Beschäftigtenzahlen betroffen waren, können auf neuerliche Einwohner- und Arbeitsplatzzuwächse verweisen.

Indes muss konstatiert werden, dass die empirischen Befunde im Hinblick auf den Nachweis und die Ausprägung von Reurbanisierungstendenzen noch immer widersprüchlich sind und auch hinsichtlich der Ursachen noch Klärungsbedarf besteht. Dies gilt ganz besonders dann, wenn die Konvergenz ähnlicher stadtregionaler Entwicklungsphänomene in unterschiedlichen Weltregionen zu beurteilen ist. Hier stellt sich die Frage, ob Anzeichen eines Bedeutungsgewinns zentraler Standorte als Orte des Wohnens und Arbeitens auf ähnliche ökonomische, soziale und politische Faktoren zurückgeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund steht die vergleichende Analyse von Reurbanisierungsprozessen in den USA und Deutschland im Fokus eines neuen Forschungsvorhabens am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Dortmund). In der ersten Projektphase wird die Stadtentwicklung in 50 US-amerikanischen und 14 deutschen Großstadtregionen im Zeitraum von 1980 bis 2010 analysiert. Anschließend werden in zwei Fallstudien die kleinräumigen Ausprägungen der Reurbanisierung und ihre Ursachen in Stuttgart und Portland (Oregon) verglichen. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, ob und inwieweit Reurbanisierungsprozesse vor allem marktgesteuert oder das Ergebnis lokaler bzw. regionaler Politik sind. Mit seinem komparativen Forschungsansatz verortet sich das Projekt in der international vergleichenden Stadtforschung. Es möchte einen empirischen Beitrag leisten zur aktuellen Debatte um Angleichungen und Unterschiede in der europäischen und amerikanischen Stadtentwicklung und -politik.

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Vorhaben wird im ILS vom Forschungsfeld „Entwicklung von Stadtregionen" in Kooperation mit dem Städtebau-Institut der Universität Stuttgart bearbeitet.

Philipp Zakrzewski
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
Kontakt:
Philipp Zakrzewski ✆ 0176 248 683 92
philipp.zakrzewski@ils-forschung.de

IÖR-Jahrestagung am 25. Juni in Dresden

Im Wettbewerb der Städte national und weltweit stehen grüne Themen an zentraler Stelle. Die Debatte um die „Grüne Stadt" ist dabei keine neue – politisch und gesellschaftlich ist sie jedoch so aktuell wie nie.

Mit den vielfältigen Herausforderungen einer dauerhaft umweltgerechten Stadtentwicklung setzt sich das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) auf seiner diesjährigen Jahrestagung am 25. Juni im Deutschen Hygienemuseum Dresden auseinander.

Thematisiert werden ausgewählte Aspekte des Bauens und der Freiraumentwicklung: Welche Bedeutung hat die grüne Infrastruktur für die Lebens- und Umweltqualität in Städten? Welche aktuellen Monitoring-Daten geben Auskunft über Anteil und Qualität von Grünflächen und Vegetation in Siedlungsräumen? Welche Vorteile bietet die „Grüne Stadt", wenn es darum geht, Naturgefahren und Folgen des Klimawandels zu begegnen? Und was kennzeichnet ökologisches Bauen in Bezug auf Rohstoffe, Emissionen und Entsorgung?

Nach Fachbeiträgen zu diesen Fragen beleuchtet eine Podiumsdiskussion mögliche „Wege zur Grünen Stadt". Akteure aus Wissenschaft und Gesellschaft geben Einblick in ihre Erfahrungen und Sichtweisen.

Weitere Informationen unter:
www.ioer.de/jahrestagung

Heike Hensel
Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung
Kontakt:
Heike Hensel ✆ 0351 4679241
h.hensel@ioer.de

EU-Projekt RegPol² gestartet

Nach der Bewilligung des internationalen Vorhabens „RegPol² – Socio-economic and Political Responses to Regional Polarisation in Central and Eastern Europe" im Juli 2013 (wir haben in Heft 3/2013 darüber berichtet) hat das Projekt zum Jahresbeginn seine Arbeit aufgenommen. Wissenschaftler aus Deutschland, Estland, Rumänien, Ungarn sowie der Slowakischen und Tschechischen Republik werden in den kommenden vier Jahren Ursachen und Folgen der ungleichen Entwicklung von wirtschaftlich dynamischen Ballungszentren und stagnierenden Peripherregionen im mittleren und östlichen Europa untersuchen und Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeiten. Gleichzeitig erhalten 16 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eine strukturierte Ausbildung, die sie auf eine berufliche Laufbahn in Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung oder im Privatsektor vorbereitet.

Die unter den acht internationalen Partnern aufgeteilten Arbeiten beinhalten in der ersten Projektphase Planungen und Maßnahmen in den Bereichen Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vorbereitung der interdisziplinären Forschungsvorhaben. Europaweite Stellenausschreibungen für die 16 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sind auf der neu eingerichteten Projektwebsite www.regpol2.eu veröffentlicht. Drei Stellen werden im IfL angesiedelt sein, wobei sich grundsätzlich alle Projektpartner an der Ausbildung beteiligen. Die Vorstellungsgespräche finden im Rahmen eines ersten Projekttreffens im März 2014 in Prag statt.

Die Stelleninhaber nehmen im Projektverlauf an acht Trainingsveranstaltungen, zwei davon im IfL, zum Erwerb von theoretischen und methodischen Fertigkeiten teil und werden die für 2017 in Leipzig geplante Abschlusskonferenz mitgestalten. International renommierte Wissenschaftler unterstützen das Trainingsprogramm als Gastdozenten. Die Ausbildungseinheiten werden zusätzlich von Supervisoren begleitet, unter ihnen Prof. Dr. Sebastian Lentz, Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde, sowie die IfL-Wissenschaftler Prof. Dr. Ute Wardenga, Dr. Judith Miggelbrink und Dr. Sebastian Henn.

Koordiniert wird das von der EU mit rund 3,2 Millionen Euro geförderte Projekt am Leibniz-Institut für Länderkunde von Dr. Thilo Lang als wissenschaftlichem Leiter und Franziska Görmar als Projektmanagerin.

Thilo Lang
Leibniz-Institut für Länderkunde

Kontakt:

Thilo Lang ✆ 0341 60055198
T_Lang@ifl-leipzig.de

Beirat für Raumentwicklung

Mit dem Ende der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages endete auch die Amtszeit des Beirates für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung. In dem Beirat wirkten neben Prof. Dr. Rainer Danielzyk (Vorsitzender) und Dr. Stefan Köhler (stellv. Vorsitzender) zahlreiche weitere Mitglieder der Akademie mit. Er hat sich in der jüngeren Vergangenheit vor allem mit folgenden Themen beschäftigt:

- Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungs- und Zulassungsverfahren großer Infrastrukturvorhaben (unter der Leitung von Prof. Dr. Jörg Knieling)
- Demographischer Wandel: Migration, Internationalität und Integration (unter Leitung von Prof. Dr. Annette Spellerberg)
- Region 2020: Zur Zukunft peripherer, strukturschwacher, ländlicher Regionen – Denkanstöße zur gleichwertigen Entwicklung und Handlungsansätze zur Daseinsvorsorge (unter Leitung von Prof. Dr. Gabi Troeger Weiß)
- Großräumige Partnerschaften: Chancen für Innovation und Kohäsion auf neuer Maßstabsebene (unter Leitung von Prof. Dr. Jörg Knieling)

Die intensiv erarbeiteten Stellungnahmen und Empfehlungen finden sich auf der Homepage des zuständigen Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur unter www.bmvi.de (→ Stadt und Land → Raumentwicklung → Beirat).

Rainer Danielzyk
Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Kontakt:

Rainer Danielzyk ✆ 0511 34842-36
danielzyk@arl-net.de

Erstmals Reinhard-Baumeister-Preis verliehen

Ende November letzten Jahres hat der Regionalverband Mittlerer Oberrhein erstmals den Reinhard-Baumeister-Preis in Karlsruhe verliehen. Nachwuchswissenschaftler waren aufgerufen, ihre Arbeiten zum Thema „Flächen sparen" einzureichen. Den ersten Preis konnte Bernd Droste von der Technischen Universität Dortmund entgegennehmen. Mit seiner Arbeit „Entwicklung einer GIS-gestützten Methode zur Bewertung der Infrastrukturversorgung bei der Ausweisung von allgemeinen Siedlungsbereichen in der Planungsregion Düsseldorf" überzeugte er die Jury. Der zweite Preis ging an Kirsten Janson für ihre Arbeit „Kosten-Nutzen-Prüfungen zur Steuerung der Wohnbauflächenentwicklung?", die an der Technischen Universität Kaiserslautern entstanden ist. Eine Anerkennung erhielt Dmytro Udodenko für seine Studie „Monitoring Flächenverbrauch: planerisch ungesteuerter Zuwachs im Außenbereich". Die Projektarbeit hat der Student der Regionalwissenschaften am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) in den Jahren 2012 und 2013 erstellt. Mehr Informationen zu den ausgezeichneten Arbeiten finden sich unter www.region-karlsruhe.de.

Baumeister-Preisträger Bernd Droste mit dem Vorsitzenden des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein, Josef Offele

Reinhard Baumeister, 1833 in Hamburg geboren, war langjähriger Professor für Ingenieurswissenschaft und Städtebau am damaligen Polytechnikum Karlsruhe. Baumeister gilt als Gründer des wissenschaftlichen Städtebaus in Deutschland. Noch zu Lebzeiten wurde eine Straße in Karlsruhe nach ihm benannt, in der der Regionalverband Mittlerer Oberrhein heute seine Geschäftsstelle hat. Der Verband verleiht den Reinhard-Baumeister-Preis künftig alle zwei Jahre.

Volkmar Baumgärtner
Regionalverband Mittlerer Oberrhein

Kontakt:

Volkmar Baumgärtner ✆ 0721 35502 29
volkmar.baumgaertner@region-karlsruhe.de

ARL-Kongress 2014

(T)Raumentwicklung in Europa – Brauchen wir eine neue Politik der Umverteilung?

26./27. Juni 2014 in Karlsruhe

Die Strukturpolitik der EU steht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, ganz besonders in Zeiten von Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen. Um die knappen öffentlichen Mittel bestmöglich zu nutzen, ist in der kommenden Förderperiode nach Aussage der EU-Kommission eine „intelligente Regionalpolitik" unerlässlich.

Im Rahmen des Kongresses wollen wir gemeinsam den Fragen nachgehen, ob mit der kommenden Förderperiode das Europäische Projekt neu erfunden wird, ob mit der Kohäsionspolitik ein Auseinanderbrechen Europas verhindert werden kann und ob Europa 2020 mehr Kohäsion bewirken kann. Es werden neue Herausforderungen für die räumliche Entwicklung angesprochen, die angesichts einer sich wandelnden Weltwirtschaft, des Klimawandels und der demografischen Veränderung zu bewältigen sind. Das Entstehen neuer räumlicher Gebietszuschnitte und die Rolle der verschiedenen Regierungsebenen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 werden ebenso betrachtet wie Aspekte der territorialen Veränderung durch die Raumentwicklungspolitik und deren Bedeutung für die Zukunft der Kohäsion in Europa. Aus deutscher Sicht interessiert zudem die Frage, ob das Ziel der „territorialen Kohäsion" für die Steuerung von Raumentwicklung adäquater ist als das Leitbild „gleichwertige Lebensverhältnisse".

In den Hauptvorträgen wird auf Megatrends im Hinblick auf das Europäische Projekt und deren Regulierungsmechanismen eingegangen und erläutert, warum die Verwirklichung dieses Projektes viel guten Willen und Energie benötigt. Dem Zusammenhang zwischen den sogenannten „place-based policies" und den Kohäsionserfolgen oder -misserfolgen wird nachgespürt. Zudem soll abschließend im Rahmen einer Podiumsdiskussion hinterfragt werden, ob die Regionalpolitik durch ein neues, einen Finanzausgleich schaffendes Instrument ergänzt oder gar abgelöst werden müsste. Im Plenum wie auch in den Arbeitsgruppen wird es viel Raum für Diskussion, Gedanken- und Erfahrungsaustausch geben.

Weitere Informationen:
www.arl-net.de/arl-kongress-2014

Evelyn Gustedt ✆ 0511 34842-29
gustedt@arl-net.de

Mitgliederversammlung des FRU

Im Zusammenhang mit der Mitgliederversammlung der ARL fand am 15. November 2013 in Kassel die 14. Mitgliederversammlung des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung (FRU) statt. Zu Beginn berichtete der Vereinsvorsitzende Prof. Dr. Jörg Knieling über die Aktivitäten der vergangenen beiden Jahre und gab einen Ausblick auf Vorhaben im Jahr 2014. Im Mittelpunkt standen folgende Themen:

Werner-Ernst-Preis

Die Wettbewerbsthemen der vergangenen zwei Jahre haben sich jeweils an die Themenstellungen der ARL-Kongresse angelehnt. Sie lauteten „Infrastrukturgroßprojekte: Akzeptanz durch Raumplanung?“ (2012) und „Regionale Stadtlandschaften“ (2013). Erstmals seit Bestehen der Ausschreibung ist die unabhängige Jury im letzten Jahr zu dem Schluss gekommen, dass kein eingereichter Beitrag die erforderliche Qualität aufwies. Der Vorstand hat sich diesem Votum angeschlossen und deshalb keinen Preis verliehen.

Das Wettbewerbsthema für dieses Jahr lautet „Zukunftsraum Europa: Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung in Europa“. Die Ausschreibung dafür ist bereits erfolgt. Knieling bat die Vereinsmitglieder, in ihrem jeweiligen fachlichen Umfeld auf den Wettbewerb hinzuweisen.

Mentoring-Programm

Im gemeinsamen Mentoring-Programm von ARL und FRU wurden 2012 sieben, 2013 fünf Mentees gefördert. Ihnen standen jeweils eine erfahrene Mentorin aus Wissenschaft oder Praxis als Ansprechpartnerin und Beraterin zur Seite („One-to-one Mentoring“ im Sinne eines Tandems). Die Federführung für das Programm lag in den Händen des FRU, der in beiden Jahren auch die Kosten für ein Qualifizierungsseminar mit einer Trainerin übernommen hat. Das Programm soll kontinuierlich weiterentwickelt werden. Beispielsweise werden Vereinbarungen zwischen Mentee und Mentorin über die Ziele der „Partnerschaft“ und die Form des Austauschs im Programmzeitraum geschlossen. Die Auftakt- und Abschlusstreffen werden – auf Basis von Feedback-Meldungen der Mentees und Mentorinnen – angepasst. Der Programmzeitraum wird von einem auf zwei Jahre ausgedehnt, das Programm wird künftig nur alle zwei Jahre ausgeschrieben. Zusätzlich wird ab 2015 seitens der ARL ein weiteres zweijähriges Mentoring-Programm aufgelegt, das einen stärkeren fachlichen Fokus aufweist und auch jungen Männern offensteht. Der FRU-Vorstand hat beschlossen, sich auch hieran zu beteiligen.

Junges Forum, Summer School

Der FRU unterstützt weiterhin die jährlichen Tagungen des Jungen Forums sowie erstmals zusätzlich die Internationale Sommerschule, die die ARL seit 2011 mit jährlich wechselnden internationalen Partnern ausrichtet.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Vorstand wurde von den anwesenden Mitgliedern gebeten, die Darstellung des Förderkreises nach außen zu verbessern. Vorgeschlagen wurde, die Gestaltung der Website zu überarbeiten und einen neuen Flyer herzustellen, mit dem auch neue Mitglieder geworben werden können.

Neuwahl des Vorstands, Vereinsmitglieder

Nachdem der alte Vorstand entlastet wurde, wurde der neue für die Amtsjahre 2014 bis 2017 gewählt. Alle vier Vorstandsmitglieder stellten sich erneut zur Wahl und wurden einstimmig wiedergewählt. Der neue Vorstand umfasst somit folgende Vereinsmitglieder:

- Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling (Vorsitzender)
- Prof. Dr.-Ing. Ulrike Weiland (stellvertretende Vorsitzende)
- Prof. Dr. Rainer Danielzyk (als Generalsekretär der ARL)
- Dr. Andreas Klee (Schriftführer)

Die **nächste Mitgliederversammlung** findet voraussichtlich **im Herbst 2015** statt.

Andreas Klee ✆ 0511 34842-39
klee@arl-net.de

Als **neues Mitglied** im Förderkreis begrüßt der Vorstand Dr. **Raymond Saller**, Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft.

Infobörse

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf kürzlich abgeschlossene Diplomarbeiten und Dissertationen. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten (nicht älter als sechs Monate), die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL
Hohenzollernstr. 11
30161 Hannover
Fax: 0511 34842-41
fru@arl-net.de

Redaktionsschluss: 02.05.2014 / 01.08.2014 / 31.10.2014

Diplomarbeiten, Dissertationen etc.

Kürzlich abgeschlossene Arbeiten

HafenCity Universität Hamburg
Department Stadtplanung

- ***Beuerle, Iris***

Wohnungsgenossenschaften im gesellschaftlichen Wandel
(Dissertation, abgeschl. 01/2014)

- ***Caldas Torres de Gumpert, Patricia***

Die andere Moderne – Informelle Veränderungsprozesse in staatlich geplanten Siedlungen in Lima, 1938-1971
(Dissertation, abgeschl. 01/2014)

- ***Fellmer, Mareike***

Bürgerschaftliches Engagement im Umgang mit Sturmflutrisiken. Eine Analyse von Ausprägungen und Einflussfaktoren am Beispiel des Flussgebiets der Tideelbe
(Dissertation, abgeschl. 01/2014)

- ***Müller, Hannes***

Neue, nachhaltige Quartiere und Baugemeinschaften
(Dissertation, abgeschl. 12/2013)

- ***Wallrath, Jana***

ALTERnative HEIMAT. Über die Chancen von Wohnprojekten für das Leben im Alter. Eine Untersuchung in der Metropolregion Hamburg
(Dissertation, abgeschl. 12/2013)

Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung

Basiswissen in einem Band für Praxis, Wissenschaft und Studium

Inhaltliche Schwerpunkte

- Rolle der Raumplanung in der Gesellschaft
- Raumplanung unter veränderten Verhältnissen
- Geschichte der Raumordnung
- Konzepte und Inhalte der Raumordnung
- Methoden der Raumplanung
- Rechtlicher und institutioneller Rahmen der Raumplanung
- Programme, Pläne und Verfahren der Raumplanung
- Verwirklichung und Sicherung der Raumordnung
- Umsetzung der Raumplanung
- Ausgewählte Spannungsfelder der Raumentwicklung
- Raumplanung in und mit europäischen Nachbarländern

Über 870 Seiten
mit zahlreichen Abbildungen
und Tabellen

Das Buch kann über den Onlineshop der ARL oder im Buchhandel bestellt werden.
(ISBN 978-3-88838-554-4)

Ausgewählte Zeitschriftenbeiträge

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer Rubrik zugeordnet.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. **Theoretische und methodische Grundlagen**
2. **Raumplanung und -entwicklung**
3. **Umwelt**
4. **Wirtschaft**
5. **Soziales**
6. **Infrastruktur**

1. Theoretische und methodische Grundlagen

Altrock, U. (2013): Nachhaltige Stadtentwicklung. Mythos, Leitbild, Handlungsorientierung. In: Planerin (6), 15-17.

Cabrera, J. F.; Najarian, J. C. (2013): Can New Urbanism Create Diverse Communities? In: Journal of Planning Education and Research 33 (4), 427-441.

Church, D.; Thielen, K. (2013): Zertifikate für Stadtquartiere. Über das gute Mittelmaß hinaus zur qualitativ hochwertigen Praxis. In: Planerin (5), 42-43.

Davoudi, S.; Cowie, P. (2013): Are English neighbourhood forums democratically legitimate? In: Planning Theory & Practice 14 (4), 562-566.

Denzer, V.; Klotz, S.; Porada, H. T. (2013): Landeskunde, Environmental History und Landschaftsökologie. Ein kurzer Rück- und Ausblick zu methodischen Ansätzen der Kulturlandschaftsforschung im internationalen Vergleich. In: Berichte. Geographie und Landeskunde 87 (3), 209-214.

Fink, C.; Maikämper, M.; Weidner, S. (2013): Die digitale Behörde der Zukunft. Einsatz von E-Partizipation in der Stadtplanung in Mittelstädten – Eine Bestandsaufnahme. In: Planerin (5), 44-45.

Fischer, J. (2013): Deutsche Großstädte – eine Zeitreise. Einwohnerentwicklung, Grenzverschiebungen, Volkszählungen. In: Stadtforschung und Statistik (2), 21-28.

Jahnke, P.; Kurz, O. (2013): Neues Modell für ländliche Räume. Potenziale erkennen, bewerten und fördern. In: Planerin (6), 30-33.

Jakubowski, P. (2013): Resilienz – eine zusätzliche Denkfigur für gute Stadtentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung (4), 371-378.

Kaltenbrunner, R. (2013): Mobilisierung gesellschaftlicher Bewegungsenergien. Von der Nachhaltigkeit zur Resilienz – und retour? In: Informationen zur Raumentwicklung (4), 287-295.

Kockey, A.; Phillips, J.; Walford, N. (2013): Planning for an Ageing Society: Voices from the Planning Profession. In: Planning Practice & Research 28 (5), 527-543.

Lysgård, H. K.; Cruickshank, J. (2013): Creating attractive places for whom? A discourse-theoretical approach to knowledge and planning. In: Environment and Planning A 45 (12), 2868-2883.

Meinel, G. (2013): Auf dem Weg zu einer besseren Flächennutzungsstatistik. Raumforschung und Raumordnung 71 (6), 487-495.

Roser, F. (2013): Ist die Schönheit der Landschaft berechenbar? Bereitstellung einer landesweiten Planungsgrundlage für das Schutzgut Landschaftsbild in Baden-Württemberg. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 45 (9), 265-270.

Schneidewind, U.; Zahrnt, A. (2013): Jenseits der Steigerungslogik. Politische Weichenstellungen. In: Politische Ökologie 31 (135), 115-121.

Schollän, U. (2013): Das Modellvorhaben „DemografieCheck Parchim" des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In: fub – Flächenmanagement und Bodenordnung 75 (5), 225-230.

Selle, K. (2013): Noch eine Legende: Stadtplanung geht alle an... Große Zahlen sind kein Qualitätsnachweis. In: Planerin (6), 11-14.

Sieverts, T. (2013): Am Beginn einer Stadtentwicklungsepoche der Resilienz? Folgen für Architektur, Städtebau und Politik. In: Informationen zur Raumentwicklung (4), 315-323.

2. Raumplanung und -entwicklung

Athenstaedt, C. (2013): Aktuelle Tendenzen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. In: Die Öffentliche Verwaltung 66 (21), 835-844.

Bovet, J.; Bizer, K.; Henger, R.; Ostertag, K.; Siedentop, S. (2013): Handelbare Flächenzertifikate – vom akademischen Diskurs über einen Modellversuch in die Planungspraxis? Raumforschung und Raumordnung 71 (6), 497-507.

Brown, G.; Chin, S. Y. W. (2013): Assessing the Effectiveness of Public Participation in Neighbourhood Planning. In: Planning Practice & Research 28 (5), 563-588.

Dieckmann, N. (2013): Umweltgerechtigkeit in der Stadtplanung. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 32 (24), 1575-1580.

Durner, W. (2013): Die „Bundesfachplanung" im NABEG – Dogmatischer Standort, Bindungswirkung, Prüfprogramm und infrastrukturpolitische Modellfunktion. In: Deutsches Verwaltungsblatt 128 (24), 1564-1571.

Farrokhikhiavi, R.; Dietrich, C.; Vallée, D. (2013): Neue Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge. In: fub – Flächenmanagement und Bodenordnung 75 (5), 193-200.

Fischer, T. (2013): Ältere Landbevölkerung. Eine Herausforderung für die Planung in strukturschwachen ländlichen Räumen. In: RaumPlanung (171), 43-48.

Folmer, E.; Risselada, A. (2013): Planning the Neighbourhood Economy: Land-Use Plans and the Economic Potential of Urban Residential Neighbourhoods in the

Netherlands. In: European Planning Studies 21 (12), 1873-1894.

Fuhrhop, D. (2013): Warum wir das Bauen verbieten sollten. Argumente gegen das angebliche Allheilmittel Neubau. In: Planerin (5), 5-7.

Gatz, S. (2013): Zur langen Geschichte des § 34 BBauG/BauGB. In: Deutsches Verwaltungsblatt 128 (20), 1304-1309.

Gellermann, M. (2013): Verbandsklagen im Umweltrecht – aktueller Stand, Perspektiven und praktische Probleme. In: Deutsches Verwaltungsblatt 128 (21), 1341-1347.

Guckelberger, A. (2013): Das französische Gesetz Nr. 2012-1460 zur Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 32 (18), 1196-1199.

Harrison, J.; Growe, A. (2014): From places to flows? Planning for the new 'regional world' in Germany. In: European Urban and Regional Studies 21 (1), 21-41.

Iwanow, I.; Schäfer, S. (2013): Wohnungsneubau in Schrumpfungsregionen – Fehlentwicklung oder Notwendigkeit? Raumforschung und Raumordnung 71 (6), 471-486.

Jenisch, U. (2013): Tiefseebergbau – Lizenzvergabe und Umweltschutz. In: Natur und Recht 35 (12), 841-854.

Köck, W. (2013): Flussgebietsbewirtschaftungsplanung und Raumordnung – Zur Problematik räumlicher und sachlicher Koordinierung. In: Die Öffentliche Verwaltung 66 (21), 844-852.

Kohn, M. (2013): What is wrong with gentrification? In: Urban Research & Practice 6 (3), 297-310.

Kremer, E.-M. (2013): Geltung des Planvorbehalts gem. § 35 III 3 BauGB bei privilegierter Biomasseanlage nach § 35 I Nr. 6 BauGB mit land- oder forstwirtschaftlichem Basisbetrieb. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 32 (20), 1321-1324.

Megerle, H.; Zierlein, K. (2013): Naturraum- und Regionalmanagement. Ein neuer Bachelor-Studiengang zum Management ländlicher Räume. In: Planerin (5), 57-58.

Meyer, H. (2013): Gebiets- und Verwaltungsreformen des letzten Jahrzehnts im Spiegel der Verfassungsrechtsprechung. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 32 (18), 1177-1184.

Mitschang, S. (2013): Darstellung zentraler Versorgungsbereiche und Steuerung von Vergnügungsstätten. Neue kommunale Handlungsmöglichkeiten durch die Innenentwicklungsnovelle 2013. In: Umwelt- und Planungsrecht 33 (11-12), 401-407.

Müller, A.-L. (2013): Die kreative Stadt: zwischen Leitbild und städtischer Wirklichkeit. In: Geographische Revue 15 (1-2), 18-35.

Reuter, S. (2013): Rechtsfragen bei der Zulassung von Pumpspeicherkraftwerken. In: Zeitschrift für Umweltrecht 24 (9), 458-467.

Schlaack, J.; Sonnenburg, F. (2013): Flughäfen – Kompakte Stadt – Umweltschutz. Zielkonflikte und Gestaltungsmöglichkeiten. In: Planerin (5), 23-25.

Smith, B.; Olaru, D. (2013): Lifecycle stages and residential location choice in the presence of latent preference heterogeneity. In: Environment and Planning A 45 (10), 2495-2514.

Smith, R. G. (2014): Beyond the Global City Concept and the Myth of 'Command and Control'. In: International Journal of Urban and Regional Research 38 (1), 98-115.

Spannowsky, W. (2013): Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Raumordnungs- und Bauleitplanung. In: Natur und Recht 35 (11), 773-785.

Spohr, G.; Uttke, A. (2013): Kompakte Stadt vs. Umwelt. Nutzung, Konflikte, Ansprüche. In: Planerin (5), 3-4.

Steinbach, A. (2013): Keine Energiewende ohne Netze: Die Umsetzung des Bedarfsplangesetzes im reformierten Rechtsrahmen. In: Die Öffentliche Verwaltung 66 (23), 921-928.

Steinführer, A. (2013): Demographischer Wandel und mehr: Daseinsvorsorge zwischen Anpassung und Gestaltung. In: fub – Flächenmanagement und Bodenordnung 75 (5), 201-206.

Taylor, B.; Wallington, T.; Heyenga, S.; Harman, B. (2014): Urban Growth and Climate Adaptation in Australia: Divergent Discourses and Implications for Policy-making. In: Urban Studies 51 (1), 3-21.

Wahlhäuser, J. (2013): Bindungswirkung versus Konzentrationswirkung: Zur fehlenden Entscheidungskonzentration der Bundesfachplanung nach §§ 4 ff. NABEG und ihren Auswirkungen auf die etwa erforderliche FFH-Verträglichkeitsprüfung bzw. die Erteilung von Abweichungen, Ausnahmen, Befreiungen im Naturschutzrecht. In: Umwelt- und Planungsrecht 33 (11-12), 427-432.

Weisensee, C. (2013): Erdkabel als Realkompensation für Windenergieanlagen. In: Natur und Recht 35 (11), 789-793.

3. Umwelt

Claßen, T. (2013): Naturschutz und vorsorgender Gesundheitsschutz. In: Standort 37 (4), 217-222.

Haber, W. (2013): Naturschutz persönlich betrachtet: „Unbequeme Wahrheiten der ökologischen Wissenschaft". In: Natur und Landschaft 88 (11), 460-465.

Korn, H.; Bockmühl, K.; Feit, U.; Piechocki, R.; Stadler, J. (2013): 20 Jahre Übereinkommen über die biologische Vielfalt. Geschichte, Arbeitsweise und Bilanz. In: Natur und Landschaft 88 (11), 441-446.

Paech, N. (2013): Lob der Reduktion. Maßvolle Lebensstile. In: Politische Ökologie 31 (135), 16-22.

Steller, H. (2011): Tambora – eine virtuelle Forschungsumgebung für die historische Klimatologie. In: Europa Regional 19 (1), 56-60.

Völker, S.; Baumeister, H.; Claßen, T.; Hornberg, C.; Kistemann, T. (2013): Evidence for the temperature-mitigating capacity of urban blue space – a health geographic perspective. In: Erdkunde – Archive for Scientific Geography 67 (4), 355-371.

4. Wirtschaft

Bassens, D.; van Meeteren, M.; Derudder, B.; Witlox, F. (2013): No more credit to Europe? Cross-border bank lending, financial integration, and the rebirth of the national scale as a credit scorecard. In: Environment and Planning A 45 (10), 2399-2419.

Bondonio, D.; Greenbaum, R. T. (2014): Revitalizing regional economies through enterprise support policies: an impact evaluation of multiple instruments. In: European Urban and Regional Studies 21 (1), 79-103.

Brachert, M.; Cantner, U.; Graf, H.; Günther, J.; Schwartz, M. (2013): Which Regions Benefit from Emerging Industries? In: European Planning Studies 21 (11), 1703-1707.

Braun, B.; Schlaack, J. (2014): Großflughäfen als Impulsgeber der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung. Trends und räumliche Modelle.

In: Geographische Rundschau 66 (1), 4-11.

Crespo, J.; Suire, R.; Vicente, J. (2014): Lock-in or lock-out? How structural properties of knowledge networks affect regional resilience. In: Journal of Economic Geography 14 (1), 199-219.

Grabher, G.; Ibert, O. (2014): Distance as asset? Knowledge collaboration in hybrid virtual communities. In: Journal of Economic Geography 14 (1), 97-123.

Grusevaja, M.; Pusch, T. (2013): Im Fokus: Nach dem EU-Beitritt stoppt die institutionelle Konvergenz in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten. In: Wirtschaft im Wandel 19 (6), 112-116.

Hauser, L.; Leupold, J.; Wirth, C. (2013): Arbeitslos – autolos – chancenlos? Regionale Mobilität und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. In: WSI-Mitteilungen 66 (8), 606-613.

Isaksen, A.; Nilsson, M. (2013): Combined Innovation Policy: Linking Scientific and Practical Knowledge in Innovation Systems. In: European Planning Studies 21 (12), 1919-1936.

Kronenberg, K. (2013): Firm relocations in the Netherlands: Why do firms move, and where do they go? In: Papers in Regional Science 92 (4), 691-713.

Leick, B.; Ströhl, A. (2011): Demographischer Wandel im ländlichen Raum: Anpassungsdruck und Anpassungsstrategien regional orientierter Unternehmen. In: Europa Regional 19 (1), 41-55.

Miguélez, E.; Moreno, R. (2014): What Attracts Knowledge Workers? The Role of Space and Social Networks. In: Journal of Regional Science 54 (1), 33-60.

Nappi-Choulet, I.; Decamps, A. (2013): Can Sustainability Enhance Business District Attractiveness? A Survey of Corporate Property Decisions in France. In: Urban Studies 50 (16), 3283-3304.

Pileček, J.; Chromý, P.; Jančák, V. (2013): Social Capital and Local Socio-economic Development: The Case of Czech Peripheries. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 104 (5), 604-620.

Schipper, S. (2014): The Financial Crisis and the Hegemony of Urban Neoliberalism: Lessons from Frankfurt am Main. In: International Journal of Urban and Regional Research 38 (1), 236-255.

Schumann, M. (2013): Landmanagement – Voraussetzung zur effizienten Entwicklung von Energielandschaften. In: fub – Flächenmanagement und Bodenordnung 75 (5), 231-237.

Steffen, A. (2013): Richtfest für die Suffizienz. Bauen und Wohnen. In: Politische Ökologie 31 (135), 78-84.

Sternberg, R. (2013): Berufsfelder und -chancen von Wirtschaftsgeographen – Empirische Befunde einer Verbleibsanalyse der Leibniz Universität Hannover und Schlussfolgerungen für die universitäre Lehre. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 57 (4), 237-258.

Trippl, M. (2013): Scientific Mobility and Knowledge Transfer at the Interregional and Intraregional Level. In: Regional Studies 47 (10), 1653-1667.

Weterings, A.; Knoben, J. (2013): Footloose: An analysis of the drivers of firm relocations over different distances. In: Papers in Regional Science 92 (4), 791-809.

5. Soziales

Collard, R.-C.; Dempsey, J. (2013): Life for sale? The politics of lively commodities. In: Environment and Planning A 45 (11), 2682-2699.

Demant, J.; Landolt, S. (2014): Youth Drinking in Public Places: The Production of Drinking Spaces in and Outside Nightlife Areas. In: Urban Studies 51 (1), 170-184.

Dingeldey, I.; Berninger, I. (2013): Familienlohn und Armutssicherung im Normalarbeitsverhältnis. Zur Einkommenssituation von Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 65 (4), 669-696.

Gross, C.; Kriwy, P. (2013): Einfluss regionaler sozialer Ungleichheits- und Arbeitsmarktmerkmale auf die Gesundheit. In: Comparative Population Studies 38 (3), 741-768.

Hofmann, A. (2013): Mit dem Bagger melden sich die Bürger zu Wort. Streit um eine neue Lücke in der Berliner Mauer. In: Planerin (6), 21-24.

Jackson, J. T. (2014): Planning for Social Inclusion? What Planners from Glasgow, Melbourne and Toronto Say. In: International Planning Studies 19 (1), 45-76.

Klein-Hitpaß, Katrin (2011): Und ewig lockt die Heimat: Der polnische Remigrationsprozess seit 1989 und seine Implikationen für Wirtschaft und Politik. In: Europa Regional 19 (1), 19-40.

Schafran, A.; Sosa Lopez, O.; Gin, J. L. (2013): Politics and possibility on the metropolitan edge: the scale of social movement space in exurbia. In: Environment and Planning A 45 (12), 2833-2851.

Schündeln, M. (2014): Are Immigrants More Mobile than Natives? Evidence from Germany. In: Journal of Regional Science 54 (1), 70-95.

Tutkundardes, B. (2013): Identitätskonstruktionen türkeistämmiger Migranten im Gentrificationprozess. In: Berichte. Geographie und Landeskunde 87 (2), 135-155.

Unger, R.; Schulze, A. (2013): Können wir (alle) überhaupt länger arbeiten? Trends in der gesunden Lebenserwartung nach Sozialschicht in Deutschland. In: Comparative Population Studies 38 (3), 545-564.

Wiest, K.; Leibert, T. (2013): Wanderungsmuster junger Frauen im ländlichen Sachsen-Anhalt – Implikationen für zielgruppenorientierte Regionalentwicklungsstrategien. Raumforschung und Raumordnung 71 (6), 455-469.

6. Infrastruktur

Balder, H. (2013): Luxus oder Notwendigkeit. Öffentliches Grün als Indikator für den Wohlstand unserer Gesellschaft. In: Planerin (5), 17-19.

Cacilo, A. (2013): Noch längst nicht in Sicht. Suffizienz im Verkehr. In: Politische Ökologie 31 (135), 71-77.

Conventz, S.; Thierstein, A. (2014): Zwischen Mobilität und Immobilität. Neue Wissensräume an internationalen Flughäfen in Deutschland. In: Geographische Rundschau 66 (1), 20-26.

Frey, H. (2013): Nahv@rsorge – das DORV-Konzept als Multifunktionale Nahversorgung. In: fub – Flächenmanagement und Bodenordnung 75 (5), 207-213.

Soffel, C.; Schwärzel, C. (2013): ÖPNV als Vorreiter und Innovationsmotor der Elektromobilität in Deutschland. In: Internationales Verkehrswesen 65 (4), 72-74.

Stadter, C.; Probst, G.; Lämmer, S. (2013): Multimodale Tarife für alle Stammkunden. Auf dem Weg zum echten Mobilitätsverbund. In: Internationales Verkehrswesen 65 (4), 54-56.

Neuerscheinungen aus anderen Verlagen

Kati Volgmann

Metropole

Bedeutung des Metropolenbegriffs und Messung von Metropolität im deutschen Städtesystem

Als Inbegriff des Urbanen erlebt das „Diskursphänomen" Metropole seit nunmehr zwei bis drei Jahrzehnten in gesellschaftlichen, stadtpolitischen und wissenschaftlichen Kontexten eine fortwährende Konjunktur. Was aber verbirgt sich hinter dem Begriff Metropole, speziell hinter seinem Bedeutungsgehalt und den spezifischen Funktionen von Metropolen?

Um den Begriff wissenschaftlich zu präzisieren wird einerseits eine quantitativ semiologische Analyse der Verwendung des Metropolenbegriffs in den führenden deutschen Printmedien durchgeführt, um Aussagen über den Bedeutungsgehalt zu erlangen und Funktionen von Metropolen zu begründen. Andererseits wird auf Grundlage vorliegender internationaler und nationaler Operationalisierungsansätze ein Konzept zur Messung von Metropolität entwickelt.

Mit dem indikatorengestützten Ansatz werden im Zeitverlauf metropolitane Funktionsstandorte im Hinblick auf Veränderungen der räumlichen Konzentration und funktionalen Spezialisierung im deutschen Städtesystem analysiert.

ISBN 978-3-939486-70-1

Ulrich Schneckener, Andreas Lienkamp, Britta Klagge, Arnulf von Scheliha (Hrsg.)

Wettstreit um Ressourcen

Konflikte um Klima, Wasser und Boden

Klima, Wasser und Boden sind gleichermaßen unverzichtbare wie gefährdete Ressourcen der Menschheit.

Was geschieht, wenn um ihre Nutzung ein Wettstreit entbrennt? Welche Konflikte können daraus entstehen? International renommierte Fachleute gehen der Frage nach, wie sich Ressourcenkonflikte und Ressourcenknappheit auf innerstaatlicher wie globaler Ebene auswirken und untersuchen exemplarisch Formen der Kooperation und Konfliktlösung. Ihre Beiträge spiegeln die Erkenntnisse und Sichtweisen unterschiedlicher Fachrichtungen wider: Das Buch umfasst politikwissenschaftliche, volkswirtschaftliche, wirtschafts- und sozialgeographische, völkerrechtliche, regionalwissenschaftliche ebenso wie theologisch-normative Aspekte – und erschließt so ein hochaktuelles Themenfeld der Friedens- und Konfliktforschung.

ISBN 978-3-86581-421-0

Matthias Bernt, Heike Liebmann (Hrsg.)

Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit?

Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen

Globale wirtschaftliche Restrukturierungsprozesse, interregionale Wanderungen und demographischer Wandel führen zu einer Verschärfung räumlicher Disparitäten. Die Folge sind peripherisierte Räume, die eine Bündelung von Entwicklungsnachteilen und Problemlagen kennzeichnet. Innerhalb dieser Räume sind allerdings differenzierte Entwicklungsdynamiken zu beobachten. Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse liegen dabei zeitlich und räumlich häufig eng beieinander. Darüber hinaus verfolgen die Städte im Umgang mit Peripherisierungsprozessen verschiedene Ansätze. Die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe, Governanceformen und strategischen Neupositionierungen von Städten sind Thema des Buches.

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten und -logiken den Umgang lokaler Akteure mit Peripherisierungsprozessen prägen.

ISBN 978-3-531-18596-5

Michael Böcher, Max Krott

Mit Wissen bewegen!

Erfolgsfaktoren für Wissenstransfer in den Umweltwissenschaften

So kann erfolgreicher Wissenstransfer aus den Umweltwissenschaften aussehen: Im Pinzgau arbeiten BürgerInnen mit Forschenden an einer langfristigen Strategie zur Regionalentwicklung. In der Region Schladming verändert die Seilbahnwirtschaft ihre Haltung zum Klimawandel aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die

Stadt Wien nimmt als Konsequenz eines Forschungsprojektes die stadtnahe Landwirtschaft bei der Stadtentwicklung stärker wahr. Die Autoren beschreiben diese und vier weitere Erfolgsfälle aus Österreich und zeigen, wie Wissenstransferprozesse exzellente Forschung mit der Praxis verbinden. Dabei können wichtige BündnispartnerInnen helfen, dass wissenschaftliches Wissen vor Ort ankommt. Neben den Praxisbeispielen enthält das Buch eine Checkliste für erfolgreichen Wissenstransfer, die Forschende und PraktikerInnen darin unterstützen kann, Transferprozesse einzuschätzen und zu verbessern. Die Fallanalysen und die Checkliste beruhen auf einem neuen Wissenstransfermodell, das in einem abschließenden Kapitel vorgestellt wird.

ISBN 978-3-86581-472-2

Christiane Schröder, Heike Düselder, Detlef Schmiechen-Ackermann, Thomas Schwark, Martin Stöber (Hrsg.)

Geschichte, um zu verstehen

Traditionen, Wahrnehmungsmuster, Gestaltungsperspektiven

Carl-Hans Hauptmeyer zum 65. Geburtstag

Geschichte, um zu verstehen – eine Einladung, Traditionen, Wahrnehmungsmustern und Gestaltungsperspektiven nachzuspüren.

Historikerinnen, die sich mit urbanen Lebensräumen beschäftigen, kommen hier ebenso zu Wort wie Fürsprecher dörflicher Lebensformen; weit in die Geschichte zurückgreifende Untersuchungen treffen auf zeitgeschichtliche Betrachtungen, mikrohistorische Analysen zur niedersächsischen Regionalgeschichte auf globale Deutungsentwürfe. Theoriegeleitete Reflexionen, historische Fallstudien und interdisziplinär angelegte, anwendungsorientierte Erörterungen spiegeln das ertragreiche Wirken des Historikers Carl-Hans Hauptmeyer, dem diese Festschrift gewidmet ist.

ISBN 978-3-89534-948-5

Gudrun Escher, Magdalena Leyser-Droste, Walter Ollenik, Christa Reicher, Yasemin Utku (Hrsg.)

Stadtsanierung in der Stadtentwicklungspolitik

Beiträge zur städtebaulichen Denkmalpflege

Die Stadtsanierung ist fester Bestandteil der kommunalen Praxis und nach dem Negativimage des Sanierungsbegriffs in den 1970er Jahren scheint es in den Fachdiskursen derzeit wieder einen neuen bzw. „unbelasteten" Umgang mit dem Instrument der Sanierung zu geben. Dies war Ausgangspunkt für eine Jahrestagung Städtebauliche Denkmalpflege, die sich mit aktuellen Fragestellungen rund um die Stadtsanierung aus dem Blickwinkel der städtebaulichen Denkmalpflege beschäftigte.

Vorliegende Aufsatzsammlung dokumentiert die Diskussionen der Fachtagung und gliedert sich nach Beiträgen zur inhaltlichen Einführung in vier Themenkomplexe: Im ersten Teil erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Sanierung aus historischer Perspektive sowie im Kontext der aktuellen Quartierserneuerung. Energetische und denkmalpflegerische Anforderungen in der Stadtsanierung sind Gegenstand des zweiten Themenblocks. Im dritten Teil wird die Stadtsanierung als baulich-räumlicher Eingriff in vorhandene Strukturen unter baukulturellen Gesichtspunkten beleuchtet. Abschließend werden praktische Beispiele der Stadtsanierung in ihrer konkreten Umsetzung unter Berücksichtigung der städtebaulichen Denkmalpflege aufgezeigt.

ISBN 978-3-8375-1007-2

Gabriele Schmidt

Urban Governance zwischen Inklusion und Effektivität

Lokale Partnerschaften in New Labours integrierter Stadtteilentwicklung

In den 1990er Jahren haben zahlreiche europäische Staaten in Reaktion auf sozialräumliche Ausgrenzungsprozesse einen neuen Steuerungsansatz etabliert: Die integrierte Stadtteilentwicklung. Gabriele Schmidt untersucht die Implementation dieses Steuerungsansatzes in England unter New Labour, illustriert an zwei Partnerschaften in Bristol. Sie zeigt auf,

mit welch hohen programmatischen Ansprüchen die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren in lokalen Governance-Arrangements verbunden und wie diese in der Praxis verwässert und teilweise blockiert wurden. Sie verbindet die Analyse der Politikprogramme mit theoretischen Fragen nach dem Zusammenspiel von Urban Governance, zivilgesellschaftlicher Partizipation und repräsentativer Demokratie.

ISBN 978-3-658-04371-1

Neue Partner für die Quartiersentwicklung

Initiiert von der Montag Stiftung Urbane Räume und der GAG Immobilien AG wurde im Kölner Stadtviertel Kalk Nord ein Projekt angestoßen, das sich von den üblichen Formen des Quartiersmanagements unterscheidet: die KALKschmiede.

Die in der etwa dreieinhalb Jahre währenden Laufzeit entwickelten Methoden und gewonnenen Erkenntnisse können den Diskurs über die Zukunft des Stadtteilmanagements befruchten und beleben.

Dieser Band stellt das Projekt vor und lässt Partner und Beteiligte ebenso zu Wort kommen wie erfahrene Stadtteilentwicklungsexperten, die die KALKschmiede im Kontext aktueller Fragen zur Zukunft der Stadtteilentwicklung verorten und grundsätzliche Probleme des Quartiersmanagements ansprechen.

ISBN 978-3-8376-2664-3

Uwe Altrock, Sandra Huning, Thomas Kuder, Henning Nuissl (Hrsg.)

Zielgruppen in der räumlichen Planung

Zielgruppenorientierung spielt heute eine wichtige Rolle in der Planung. Familien-, Kind- oder Altengerechtigkeit dienen als Aushängeschilder in städtebaulichen Projekten.

Gender Mainstreaming, Diversity Management, Marktforschung und Lebensstilanalysen sollen dabei helfen, Zielgruppen besser sichtbar zu machen. Doch wer konstruiert eigentlich Zielgruppen auf welche Weise und zu welchem Zweck? Wie spiegeln sich dabei Machtverhältnisse und Ungleichheiten der Planung wider? Ergibt es überhaupt Sinn, von einheitlichen Zielgruppen zu sprechen? Was ist von zielgruppenspezifischer Planung zu halten? Die in diesem Band versammelten Beiträge suchen aus unterschiedlichen Perspektiven Antworten auf diese Fragen.

ISBN 978-3-937735-12-2

Band 71
Heft 6
Dezember 2013

Papierausgabe:
ISSN 0034-0111

Elektronische Ausgabe:
ISSN 1869-4179

Wissenschaftlicher Beitrag

Karin Wiest / Tim Leibert

Wanderungsmuster junger Frauen im ländlichen Sachsen-Anhalt – Implikationen für zielgruppenorientierte gionalentwicklungsstrategien

Irene Iwanow / Susann Schäfer

Wohnungsneubau in Schrumpfungsregionen – Fehlentwicklung oder Notwendigkeit?

Bericht aus Forschung und Praxis

Gotthard Meinel

„The most likely future isn't": Landnutzungsszenarien für Mitteldeutschland

Jana Bovet / Kilian Bizer / Ralph Henger / Katrin Ostertag / Stefan Siedentop

Handelbare Flächenzertifikate – vom akademischen Diskurs über einen Modellversuch in die Planungspraxis?

Band 72
Heft 1
Februar 2014

Papierausgabe:
ISSN 0034-0111

Elektronische Ausgabe:
ISSN 1869-4179

Wissenschaftlicher Beitrag

Ingo Mose / Marta Jacuniak-Suda / Georg Fiedler

Regional Governance-Stile in Europa. Eine vergleichende Analyse von Steuerungsstilen ausgewählter LEADER-Netzwerke in Extremadura (Spanien), Warmińsko-Mazurskie (Polen) und Western Isles (Schottland)

Kati Volgmann

Entwicklung metropolitaner Funktionen im polyzentralen deutschen Städtesystem – Raummuster der Konzentration und funktionalen Spezialisierung

Dörthe Brinker / Heidi Sinning

Wohnraumversorgung und Wohnqualität einkommensschwacher Haushalte. Herausforderungen, Handlungsmöglichkeiten und Grenzen für Wohnungspolitik und Stadtentwicklung am Beispiel des Sonnenbergs in Chemnitz

Bericht aus Forschung und Praxis

Christian Diller / Keno Frank

Räumliche Aspekte der Schulversorgung aus Nutzersicht – Ergebnisse einer Eltern-Schüler-Befragung in Schleswig-Holstein

Bestellungen nimmt der Verlag entgegen: Springer Customer Service Center GmbH
Haberstraße 7, 69126 Heidelberg
Tel. (+49-6221) 3454303
Fax (+49-6221) 3454229
E-Mail: subscriptions@springer.com
www.springer.com/geography/human+geography/journal/13147

Forschungsberichte

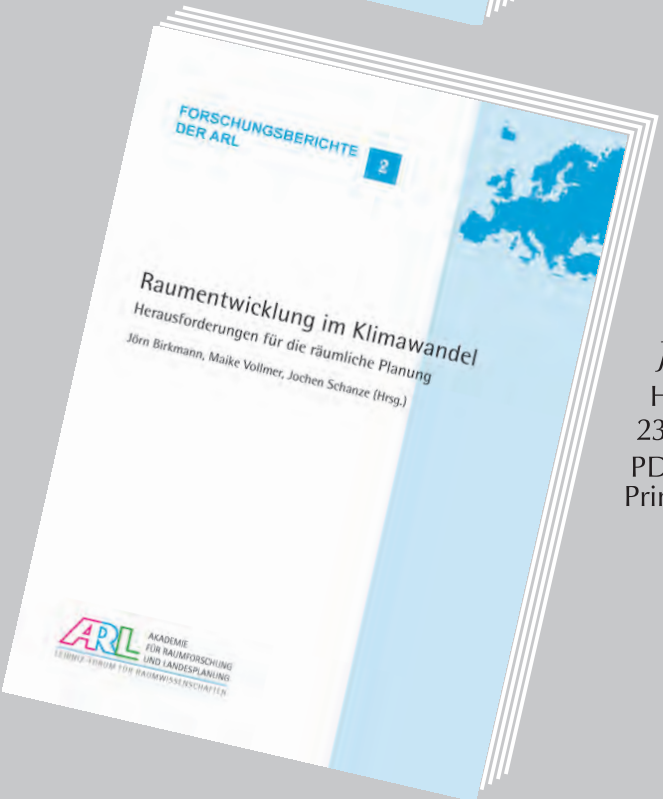
AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

1

Maritime Raumordnung
Interessenlage, Rechtslage, Praxis, Fortentwicklung

Hannover 2013
89 Seiten, Abb.

PDF: ISBN 978-3-88838-071-6
Print: ISBN 978-3-88838-072-3



2

Raumentwicklung im Klimawandel
Herausforderungen für die räumliche Planung

Jörn Birkmann, Maike Vollmer, Jochen Schanze (Hrsg.)

Hannover 2013
231 Seiten, Abb.

PDF: ISBN 978-3-88838-073-0
Print: ISBN 978-3-88838-074-7

Alle Bände stehen zum kostenfreien Download unter **shop.arl-net.de** bereit. Dort kann auch eine kostenpflichtige gedruckte Ausgabe bestellt werden.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)
Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
Hohenzollernstr. 11 • 30161 Hannover
Tel. +49 511 3 48 42-13 • Fax +49 511 3 48 42-41
berswordt@arl-net.de • www.arl-net.de

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

ISSN 1612-3891
(Printausgabe)

ISSN 1612-3905
(Internetausgabe)

www.arl-net.de